



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunale 2013 in Nürnberg:

Fitness-Rezepte für Kommunen

Die GZ im Gespräch mit Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags

Unter dem Motto „Gemeinde 2030 – Kommunale Megatrends“ findet am 23. und 24. Oktober 2013 im Nürnberger Messezentrum zum achten Mal die Kommunale, Bayerns größte Fachmesse für Kommunalbedarf, statt. Bürgermeister sowie Mitarbeiter aus den Rathäusern und kommunalen Einrichtungen treffen sich zum Erfahrungsaustausch. In Bayern beheimatet, richtet sich die Kommunale an Vertreter aller Bundesländer, wie Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung, die heuer erneut als Medienpartner fungiert, deutlich machte.

Alle zwei Jahre versammelt die Kommunale in Nürnberg unterschiedlichste Themengebiete wie Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung kompakt und übersichtlich für ihre Besucher. Zur diesjährigen Ausgabe erwartet die Messe auf einer Gesamtfläche von 12.000 Quadratmetern laut Busse 272 Aussteller (1999: 125 Aussteller), die das Messezentrum in einen Marktplatz für die Bedürfnisse von Städten und Kommunen verwandeln und Produkte sowie Dienstleistungen für die tägliche Arbeit im kommunalen Bereich vorstellen. Die rund 45 Vorträge im Rahmen einzelner Ausstellerfachforen unterstreichen die Angebotsvielfalt der Kommunale.

Erfahrungsaustausch

Stark auf der Kommunale vertreten ist auch heuer wieder das Themenfeld IT: Der IT-Talk der Kommunen bietet den Verantwortlichen an beiden Messtagen offene Gesprächsrunden für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Die vier Blöcke befassen sich mit den Themen „Innovative Fachverfahren in der Praxis“, „IT-Outsourcing, Rechenzentren und Cloud Computing“ sowie „Mobile Anwendungen“ und „Soziale

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

siertes Informationsprogramm, das es uns ermöglicht, noch mehr Präsenz zu zeigen.“

Sicherheitsthemen

Zum festen Bestandteil der Fachmesse zählt erneut der Feuerwehr-Informationstag, der sich an Führungskräfte von Feuerwehren bundesweit richtet und von der Feuerwehr der Stadt Nürnberg organisiert wird. Im Mittelpunkt der fünften Ausgabe stehen ungewöhnliche Einsätze, genauso wie „Dauerbrenner“-Themen, unter anderem „Sicherheit bei Großveranstaltungen“.

Eine Premiere feiert die parallel zur Kommunale stattfindende Deutsch-Griechische Versammlung. Sie ist zum ersten Mal in



Dr. Jürgen Busse.

Deutschland zu Gast und versammelt zahlreiche Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie Experten aus Griechenland und Deutschland. Das Forum für die Zusammenarbeit von Kommunen, Regionen und Bürgern beider Länder geht auf eine Verein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag in Regensburg:

Hochwasserschutz und Bundesfreiwilligendienst

Rund 30 Oberbürgermeister aus ganz Deutschland trafen sich in Regensburg zu einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages. Dabei ging es in erster Linie um den Ausbau des Hochwasserschutzes und die Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes.

Nach Auskunft des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, halten es die deutschen Städte für dringend notwendig, den Hochwasser- und Katastrophenschutz weiter zu entwickeln. Sie wollten sich mit ihren Kompetenzen einbringen und erwarten, dass sie an der Entwicklung des nationalen Hochwasserschutzprogramms beteiligt werden, das die Umweltminister der Länder erarbeiten wollen.

Dramatische Bilder

Wie Maly hervorhob, „begrüßen wir die gemeinsamen Hochwasserhilfen von Bund und Ländern sowie das Vorhaben der Umweltministerkonferenz, ein nationales Hochwasserschutzprogramm zu erarbeiten“. Die dramatischen Bilder des Hochwassers in diesem Jahr hätten sich eingepreist und sehr deutlich gemacht, dass es für einen vorbeugenden Hochwasserschutz allein nicht ausreiche, Deiche zu bauen oder zu erhöhen. Hochwasser auslösende Extremwetterlagen würden auch im Binnenland mit

dem Klimawandel weiter zunehmen. Deshalb müssten der Hochwasser- und Katastrophenschutz unbedingt weiter entwickelt werden, so der Städtetagschef.

Ausbreitungsflächen

Beispielsweise sollten zusätzliche Ausbreitungsflächen für Überschwemmungen und Polder geschaffen oder bestehende erweitert werden, etwa durch Deichrückverlegung oder angepasste Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern in Uferbereichen. Die Flächenversiegelung sollte minimiert werden. Außerdem könnten der Bau von Deichen und anderen technischen Bauten für den Hochwasserschutz weiter optimiert sowie der Hochwasser- und Katastrophenschutz besser verzahnt werden. Zudem sollte überlegt werden, wie Hochwasserschutzmaßnahmen beschleunigt umgesetzt werden können.

Vorbeugender Schutz

„In jedem Fall muss der vorbeugende Hochwasserschutz ausgeweitet werden und erfordert beträchtliche Investitionen. Um diese Ausgaben für einen besseren Hochwasserschutz finanzieren zu können, brauchen die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung durch den Bund und die Länder. Möglicherweise lässt sich das analog zum Küstenschutz regeln“, fuhr Maly fort. Ein integrierter und vorsorgeorientierter Hochwasserschutz müsse allerdings auch die Eigenvorsorge der Bürger und Unternehmen einbeziehen.

Die deutschen Städte begrüßen ausdrücklich, dass sich Bund und Länder zügig auf eine Soforthilfe für Flutgeschädigte und einen gemeinsamen Hilfsfonds für betroffene Kommunen und Unternehmen geeinigt und die Regularien dafür festgelegt haben. „Die Menschen in den von der Flut betroffenen Städten

brauchen die Hilfe ebenso wie die betroffenen Städte selbst. Dringend notwendige Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten gerade auch an der kommunalen Infrastruktur werden damit geplant und bereits ausgeführt“, erklärte der Präsident.

An die Adresse der vielen Einsatzkräfte und freiwilligen Helfer, die mit großem Engagement bei der Flutkatastrophe in den betroffenen Regionen an Elbe und Donau und deren Nebenflüssen geholfen haben, gerichtet, konstatierte Maly: „Sie haben freiwillig und in vielfältigster Form mitgeholfen. Enormes geleistet und noch Schlimmeres verhindert. Sie haben Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Dafür sagen wir danke.“

Korrekturen

Korrekturen mahnte der Deutsche Städtetag beim Thema Bundesfreiwilligendienst an. Der Verband fordert von der künftigen Bundesregierung, die Obergrenze von 35.000 Stellen im Bundesfreiwilligendienst für die kommenden Jahre auszusetzen und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landkreise - Gestalter in der Fläche

Forderungskatalog des Deutschen Landkreistages an Bundestag und Bundesregierung für die 18. Legislaturperiode

Der Deutsche Landkreistag hat einen Forderungskatalog für die nächste Legislaturperiode vorgelegt, um das Agieren der politischen Akteure nach der Neukonstituierung des Deutschen Bundestages daran zu messen. Titel der Publikation: „Landkreise – Gestalter in der Fläche“.

Wie Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, in einem Vorwort darlegt, hat sich die kommunale Finanzlage in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Herausragende Ereignisse seien dabei die Absicherung der kommunalen Option zur alleinigen Wahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie die vollständige Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund gewesen. „wofür allen an diesen politischen Leistungen Beteiligten Respekt und Anerkennung gebührt“.

Gestaltungsaufgaben

Dennoch bleiben Henneke zufolge die Gestaltungsaufgaben unverändert: So hatte 2012 bun-

desweit weiterhin knapp die Hälfte der 295 Kreise einen defizitären Haushalt, wobei es sich aufgrund der Aufgaben- und Kostenstruktur – vor allem im Sozialbereich – um ein strukturelles Defizit handle.

Einnahmehbasis

„Angesichts des ständig wachsenden Spektrums an Selbstverwaltungsaufgaben und daraus resultierenden Ausgaben bedarf es einer eigengestaltbaren Einnahmehbasis für die Kreise, um sie unabhängig von den Zuweisungen der Länder zu machen“, lautet eine Forderung des Bayerischen Landkreistags. Dies sollte durch eine Beteiligung der Kreise an der Umsatzsteuer und eine Zuweisung der Grunderwerbsteuer realisiert werden, die nicht zulasten der Gemeinden geht. Die

drei kommunalen Spitzenverbände seien ferner an einer Föderalismuskommission III zur Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen zu beteiligen.

Eingliederungshilfe

Darüber hinaus müsse ein Bundesleistungsgesetz erarbeitet werden, das die bisherigen Regelungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit einem Ausgabevolumen von derzeit ca. 14,4 Mrd. Euro jährlich ablöst. Ziel sei eine tatsächliche finanzielle Ertüchtigung der Kommunen, die idealerweise durch eine Erhöhung der kommunalen Beteiligung am Steueraufkommen erfolgen sollte.

Spielräume

Dabei seien die kommunalen Handlungs- und Entscheidungsspielräume für eine angepasste Betreuung der Behinderten vor Ort zu wahren; eine Bundesauftragsverwaltung werde daher

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Wunsch, Dinge nicht nur zu nutzen, sondern sie sein eigen zu nennen und auch die exklusiven Nutzungsrechte daran zu haben, scheint zu schwinden. Gerade unter jungen Leuten ist Shareconomy angesagt. Dem Bürgermeister gefällt es. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
BayernLB: Gerd Häusler zieht sich zurück	2
Landtagswahl: CSU zurück mit absoluter Mehrheit	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Inklusion - Kultur als Brücke	3
Wohlfahrtspflege: Zukunftsfeste Generationenarbeit	3
Feuerwehraktionswoche: Kernaufgabe Nachwuchsgewinnung	4
GZ-Fachthemen:	
EDV · IT	5-10
Kommunikation	11
Kommunaler Straßenbau	12
Kommunale Dienstleistungen	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-20

Der neue Landtag in den Startlöchern

CSU mit absoluter Mehrheit zurück - Liberale abgewählt

Mit einer vom Volk zur Alleinregierung aufgewerteten CSU und enttäuschter, trotzdem zuversichtlicher Opposition konstituieren sich die verbliebenen vier Fraktionen. Die Liberalen geben sich trotz Scheiterns an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl unverzagt. Für die Sieger blieb Horst Seehofer bei aller Freude zunächst moderat: „Wir sind wieder da. Jeder Zweite hat uns gewählt.“ Nun gelte es, die Erfolge der vergangenen Zeit zu stabilisieren und fort zu entwickeln. „Die größte Gefahr lauert immer im Erfolg der Gegenwart.“ SPD und Grüne kündigten „kraftvolle Opposition“ an. Die FDP will unverzagt um ihre Wiederkehr in fünf Jahren kämpfen.

Der Triumph der CSU sah eine Woche danach bei der Bundestagswahl noch größer aus. Hatte sie für den Landtag mit 47,7% der Stimmen 101 der 180 Landtagsitze gewonnen, war es nun mit 49,3% und weiter gestärkter Berliner Landesgruppe ein neues Rekordergebnis. Der Sieger der Bundestagswahl sei die CSU, konstatierte Horst Seehofer.

„Wir werden in Berlin um jede Reform erbittert kämpfen, um alle unsere Vorstellungen bestmöglich und am Weitesten durchzusetzen“ verkündete er unter frenetischem Beifall im Münchner Wahlhauptquartier. Die neue CSU-Fraktion, in ihr 21 Frauen, begann diese Woche mit den Beratungen über alle Themen. Dreh- und Angelpunkt ist die Kabinettsbildung. Finanzminister und Nürnberger Stimmentkönig Markus Söder will nicht Stellvertreter des Ministerpräsidenten werden, sondern Fraktionsvorsitzender. Gegenkandidatin ist die aus Berlin zurückgekehrte Bundesministerin Ilse Aigner, die in Oberbayern mehr Stimmen erhielt als Seehofer in Ingolstadt. Auch ob die in Unterfranken erfolgreiche Barbara Stamm wieder Landtagspräsidentin wird, steht noch nicht fest. Bis zum 7. Oktober muss vieles klar sein. Dann tritt der 17. Landtag - mit einem Drittel neuer Abgeordneter - zur konstituierenden Sitzung zusammen, presidiert von Alterspräsident Peter Paul Gantzer (SPD).

FDP im Existenzkampf

Die Liberalen, die in der Landtagswahl mit 4,8% an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert waren, hatten eine Woche später wieder 5,1%, was nichts nutzte, aber den von Wirtschaftsminister Martin Zeil und Fraktionschef Thomas Hacker beschworenen Existenzkampf beflügelte. Nun müssen sie von außen beobachten, was in München und Berlin von den Parteien und Fraktionen ausgehandelt wird. Die Grünen - mit 18 statt 19 Mandaten - müssen neben Margaret

Bause einen weiteren Fraktionschef finden. Martin Runge ist nicht wiedergewählt worden. Wer ihm nachfolgt, ist noch strittig. Bause kündigte eine „offensive Kontrolle“ der CSU an. Bei den Freien Wählern mit 18 (statt 20) Abgeordneten hielt sich Vorsitzender Hubert Aiwanger mit Kommentaren zurück. Er sieht sich und seine Partei als „einzige CSU-Alternative in der christlich-sozialen Mitte“ und will im Landtag in diesem Sinne agieren. Als Fraktionsvorsitzender gilt er als unumstritten.

SPD größte Oppositionspartei

Einzig die SPD hat bereits Signale gesetzt. In der von 39 auf 42 Mitglieder gewachsenen, größten Oppositionsfraktion wurde Markus

Bezirkswahlen:

Die CSU hat nicht nur die Landtagswahlen, sondern auch die Bezirkswahlen in allen sieben Regierungsbezirken klar gewonnen.

Nach dem vorläufigen Endergebnis holte die CSU in Unterfranken 9 von 10 Direktmandaten. Sie kam auf 46 Prozent. Die SPD verbesserte sich um einen Punkt auf 18 Prozent und stellt weiterhin vier Vertreter. Die Freien Wähler nahmen von 16,2 auf 12,5 Prozent ab und erreichten drei Sitze. Die Grünen errangen 9 Prozent (plus 0,3 Prozentpunkte) und schicken zwei Vertreter ins Bezirksparlament, FDP (2,7 Prozent) und Linke (2,5 Prozent) behalten trotz Verlusten jeweils einen Sitz.

Im oberfränkischen Bezirkstag hat die CSU die absolute Mehrheit knapp verpasst. Sie kam auf 43,65 Prozent der Stimmen. Die CSU eroberte alle acht Direktmandate, das beste Ergebnis erzielte dabei der bisherige Bezirkstagspräsident

Rinderspacher mit 37,4 Stimmen (90,2%) wieder Vorsitzender. Er will die Politik gegen die CSU „kraftvoll anführen“. Ministerpräsidentenkandidat Christian Ude legt sein Mandat nieder und bleibt Münchner OB bis zur Kommunalwahl im April. Listennachfolger im Landtag ist der Mühldorfer Bürgermeister Christian Knoblauch. Rinderspacher schwärmte von einer „kommunalen Riege“ der Fraktion. Die frühere Kulmbacher Oberbürgermeisterin Inge Aures wurde nach vier Wahlgängen in Stichwahl mit 22:19 gegen die rechts politische Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger, Stadträtin in Schwabach, als Kandidatin für das Amt der Ersten Landtagsvizepräsidentin nominiert. Willkommen hieß Rinderspacher eine Reihe weiterer Kommunalpolitiker, an der Spitze Würzburgs OB Georg Rosenthal. Christian Ude war nur kurz da, um seiner Fraktion zum relativen Wahlerfolg zu gratulieren. Sein Nachfolger auf der Oberbayernliste der SPD ist Mühldorfs Bürgermeister Günther Knoblauch. Die kommunale Ausrichtung ist Rinderspachers besonderer Akzent. Die politischen Schwerpunkte bleiben für alle vier Fraktionen

dieselben wie bisher: Bildung als zentrale Aufgabe, vom Kindergarten bis zu Hochschule und Meisterprüfung, Förderung der Infrastruktur und des Ehrenamtes, Schuldenbremse und Finanzausstattung der Kommunen. So stand es auch im Volksentscheid, der zusammen mit der Wahl in Bayern stattfand und in allen fünf Punkten große Mehrheiten bekam. CSU, SPD, FDP und Freie Wähler hatten den Gesetzentwurf beschlossen und vorgelegt. Nur die Grünen waren dagegen. Die Verfassungsänderungen hätten „lediglich Alibi-Charakter“, kritisierte ihre rechtspolitische Sprecherin Christine Stahl. Die CSU, für die Seehofer vor zwei Jahren beim politischen Aschermittwoch das Signal gegeben hatte, hätte „mit handfester Politik und einklagbaren Rechtsvorschriften“ längst handeln können.

Neue Regierung im Oktober

Ude zieht sich im Mai nach den Kommunalwahlen ins Privatleben zurück. Vergangenen Samstag traf er mit Seehofer offiziell das letzte Mal zusammen, als er im Festzeit „Schottenhamel“ das 180. Oktoberfest mit zwei gekonnten Schlägen auf den Zapfhahn eröffnete. Nach dem „O'zapft is!“ stieß er die erste Maß mit Ministerpräsident Seehofer freundschaftlich an und protestete dem Ministerpräsidenten so. Am 24. Oktober soll im Landtag die neue Staatsregierung antreten. **rm**

CSU bayernweit hoch überlegen

Günther Denzler mit 48,9 Prozent der Erststimmen im Stimmkreis Bamberg-Land. Die SPD ist mit vier Abgeordneten im Bezirkstag vertreten, sie kam auf 24,7 Prozent. Die Freien Wähler (11,35 Prozent) errangen zwei Mandate. Grüne, Linke und Die Franken stellen je einen Abgeordneten. Die FDP verpasste den Wiedereinzug in den Bezirkstag.

In Mittelfranken gingen alle zwölf Direktmandate an die Christlich-Soziale Union. Für sie votierten 39 Prozent der Wähler. Dem Bezirkstag gehören in der Legislaturperiode 2013 bis 2018 zudem sieben Mandatsträger der SPD (24,1 Prozent) und jeweils drei Mitglieder der Freien Wähler und von Bündnis 90/Die Grünen (jeweils 10,2 Prozent) an. Die Linke und die FDP sind mit jeweils einem Mandatsträger vertreten (3,3 Prozent). Erstmals gehören dem neuen Bezirkstag Die Franken (2,8 Prozent), die Piraten (2,6 Prozent) und die ödp (1,8 Prozent) mit jeweils einer Mandatsträgerin bzw. einem Mandatsträger an.

In Niederbayern kam die CSU auf 49,7 Prozent der Gesamtstimmen; sie erhält 9 der 18 Sitze. Die SPD erzielte 16,3 Prozent (3 Sitze), die Freien Wähler 11,9 (2 Sitze), die Grünen 5,7 (1 Sitz), die FDP 2,4 (1 Sitz), die ÖDP 4,6 (1 Sitz) und die Bayernpartei 3,4 Prozent (1 Sitz). Die Bayernpartei war bislang nicht im Bezirkstag vertreten. Die Freien Wähler mussten als Einzige einen Sitz abgeben.

In Oberbayern stimmten 44,3 Prozent der Wähler für die CSU. Somit gehen 30 von 67 Sitzen im Regionalparlament an die Christlich-Soziale Union. Es folgt die SPD mit knapp 19 Prozent (13 Sitze). Die weiteren Ergebnisse: Grüne 11,3 Prozent (8 Sitze), Freie Wähler 9,5 Prozent (6 Sitze), Bayernpartei 4,2 Prozent (3 Sitze). Jeweils mit zwei Sitzen

sind FDP (3,8 Prozent), ÖDP (3 Prozent) und die Piraten (2,5 Prozent) vertreten. Die Linke schafft 2,3 Prozent, was einem Sitz entspricht.

Bunter als auf Landesebene

Laut Bezirkstagspräsident Josef Mederer zeigt das Wahlergebnis, dass die Wählerinnen und Wähler bewusst zwischen Landtags- und Bezirkstagswahl unterschieden haben. „Wegen der fehlenden Fünf-Prozent-Klausel ist bei uns sehr viel bunter gewählt worden als auf Landesebene“, betonte Mederer und zeigte sich sicher: „Auch in der neuen Zusammensetzung wird der oberbayerische Bezirkstag seine gute und konstruktive Zusammenarbeit fortsetzen.“

In der Oberpfalz legte die CSU zu und eroberte alle acht Direktmandate. Jedoch hat sie ihre absolute Mehrheit verloren. Die SPD erhielt drei Sitze, die Freien Wähler zwei, die Grünen, die ÖDP und die Bayernpartei jeweils ein Mandat. Die CSU verbesserte ihr Ergebnis um 4,6 Prozentpunkte auf 47,6 Prozent. Die SPD erreichte 19,8 Prozent (minus 0,3), die Freien Wähler kamen auf 12,6 (minus 1,4), die Grünen steigerten sich leicht auf 6,4 Prozent und die Bayernpartei legte um einen Prozentpunkt auf 2,3 Prozent zu. Die FDP büßte 3,5 Punkte ein und erhielt keinen Platz mehr im Bezirksparlament. Nach einer Reform erhält die Oberpfalz nun nur noch 16 statt zuvor 17 Sitze.

Auch in Schwaben errang die CSU eine klare Mehrheit und konnte mit 47 Prozent der Stimmen das Ergebnis von 2008 noch einmal verbessern. Damit kommt die CSU auf 13 Sitze im Bezirkstag. Die SPD erhält mit 17 Prozent vier Sitze, die Freien Wähler mit 12,8 Prozent drei Sitze. Die Grünen kommen mit 8,45 Prozent auf zwei Sitze. FDP, Linke, ÖDP, BP und Piraten holten je einen Sitz. Damit gibt es 27 Sitze, einen mehr als 2008. **DK**

Gerd Häusler zieht sich nach BayernLB-Neuaufstellung zurück

Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, (62), hat den Aufsichtsrat über seine Absicht informiert, sein Amt nunmehr zum Ende des Jahres 2013 niederzulegen.

Auf Bitten der Bayerischen Staatsregierung hatte Gerd Häusler den Vorstandsvorsitz Ende Januar 2010 spontan und kurzfristig mit Wirkung vom 15. April 2010 übernommen. Die BayernLB befand sich zu diesem Zeitpunkt inmitten einer existentiellen Krise infolge der internationalen Finanzkrise und eines missratenen Engagements bei der HGAA, die massive wirtschaftliche und juristische Altlasten nach sich zogen.

„Gerd Häusler ist es mit seiner hohen fachlichen Kompetenz sowie seiner langjährigen, auch internationalen, Erfahrung im Finanzsektor gemeinsam mit einem vollständig erneuerten Vorstandsteam in weniger als vier Jahren gelungen, die Bank neu auszurichten, zu sanieren und nachhaltig zu stabilisieren. Auch aufgrund seines hohen persönlichen Einsatzes ist die BayernLB heute zu einem leistungsfähigen Unternehmens- und Immobilienfinanzierer sowie zu einem geschätzten Partner der Sparkassen mit regionalem Fokus auf Bayern und Deutschland geworden. Die durchgehend positiven Geschäftszahlen haben dies bis in die jüngste Vergangenheit bestätigt“, so Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und Vorsitzender des Verwaltungsrates der BayernLB bis zum 1. Juli 2013.

Jetzt komme es darauf an, umgehend die Nachfolge zu regeln und für einen nahtlosen Übergang zu sorgen. „Der Aufsichtsrat sucht nun in einem professionellen Auswahlprozess mit externer Unterstützung geeignete Kandidaten“, so der Aufsichtsratsvorsitzende Michael Schneider. **□**

Gantzer gibt nicht auf

Brüssel soll über Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte entscheiden

Im Kampf gegen die Altersgrenze für gewählte berufsmäßige (Ober-) Bürgermeister und Landräte gibt Landtagsalterspräsident Peter Paul Gantzer (SPD) nicht auf. Nach dem Bayerischen Verfassungsgericht hat jetzt das Bundesverfassungsgericht die Popularklage gegen die Altersgrenze von 65 und 67 Lebensjahren für kommunale Wahlbeamte aus formalrechtlichen Gründen nicht angenommen. Grundrechte seien nicht verletzt. Nun soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden.

Gantzers Begründung für die Aufhebung dieser Altersgrenze bleibt, dass alle gewählten politischen Mandatsträger vom Bundespräsidenten bis zum ehrenamtlichen Bürgermeister über das Pensionsalter hinaus gewählt werden können. Auch die Freien Wähler hatten Popularklage erhoben und im Landtag angekündigt, gegebenenfalls in der nächsten Legislaturperiode einen neuen parlamentarischen Vorstoß zur Abschaffung dieser Grenze zu unternehmen, die es in den meisten anderen Bundesländern auch nicht gebe. Die kommunalen Spitzenverbände fordern gleichfalls die Abschaffung. Gantzers Popularklage wird von der SPD-Fraktion mitgetragen.

Dem steht Innenminister Joachim Herrmann (CSU) entgegen. Die Altersgrenze sei mit Blick auf das allgemeine Rentenalter richtig festgelegt. Dessen Erweiterung habe man bei der Hinaufsetzung des Bürgermeisteralters auf 73 Lebensjahre ab der Kommunalwahl 2020 Rechnung getragen. Dies sei im Sinne eines „effektiven und leistungsfähigen öffentlichen Dienstes“ sinnvoll. Die Lebenserfahrung zeige, dass „die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit auch heute noch mit zunehmendem Alter größer“ werde (Az: 2 BvR 441/13). „Der Kampf ist noch nicht beendet“, propagierte der 74-jährige Gantzer bei aller Enttäuschung über Karlsruhe und zu vor München. **rm**

Bayern ist finanzpolitischer Spitzenreiter

PWC-Studie bestätigt Vorbildstellung in Deutschlands

„Bayern verdrängt laut ‚Länderfinanzbenchmarking 2013‘ Baden-Württemberg von Platz 1 in der Finanzpolitik. Das belegt einmal mehr: Bayern ist deutschlandweit Vorbild für solide Finanzen“, freute sich der bayerische Finanzminister Dr. Markus Söder. Ein Markenkern bayerischer Finanzpolitik sei seit Jahren der ausgeglichene Haushalt - mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 bereits zum achten und neunten Mal in Folge.

Der Freistaat Bayern tilgt außerdem 2,54 Milliarden Euro Schulden seit 2012. Damit geht Bayern über die Anforderungen einer reinen „Schuldenbremse“ weit hinaus. Diesen Weg wolle Bayern weitergehen. Bis zum Jahr 2030 soll der Freistaat schuldenfrei sein. „Andere machen Schulden, Bayern baut Schulden ab“, so Söder.

Nach der Einschätzung von PwC ist die gute Ausgangslage Bayerns außerdem vor allem auf die im Ländervergleich niedrigen Ausgaben für Schuldzinsen und die Versorgung pensionierter Beamten zurückzuführen. „Das widerlegt die Vorwürfe der Opposition“, so der Finanzminister. Damit wird auch die bayerische Pensionspolitik bestätigt. Söder: „Statt wie Steinbrück es will -, Pensions-

nen zu kürzen, setzen wir auf eine solide Altersvorsorge für die Beamten“.

Geringste Pro-Kopf-Verschuldung

Belegt werde dieses Ergebnis auch durch die Schuldenstatistik der öffentlichen Haushalte. Bayern bleibt danach das Land mit der geringsten Pro-Kopf Verschuldung in Höhe von 2.530 Euro. Die Verschuldung der übrigen westlichen Flächenländer ist mit 8.824 Euro mehr als drei Mal so hoch wie im Freistaat Bayern. Ausgehend von der Kreditmarktverschuldung hat schon Baden-Württemberg mit 6.038 Euro eine mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie Bayern. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Müller
95503 Hummeltal
am 29.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Albert Löhner
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 2.10.

Bürgermeister Ernst Stross
97762 Hammelburg
am 3.10.

Bürgermeister
Ludwig Gschneidner
84384 Wittibreit
am 9.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Zeh
88161 Lindenberg
am 2.10.

Bürgermeister Peter Bauer
94342 Irlbach
am 4.10.

Bürgermeisterin
Rita Röhl
94244 Teisnach
am 9.10.

Bürgermeister
Konrad Welz
86946 Vilgertshofen
am 9.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Heinrich Förster
91471 Illesheim
am 1.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Harald Kühn
82467 Garmisch-Partenkirchen
am 9.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Dörr
91639 Wolframs-Eschenbach
am 5.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege in Bayern:

Generationenarbeit zukunfts fest gestalten

LAGFW-Fachtagung „Generationenzusammenhalt“ in Nürnberg

In einer älter werdenden Gesellschaft, in der sich die Generationenbeziehungen ändern, familienunterstützende Dienstleistungen immer wichtiger werden, gewachsene Nachbarschaften häufig nicht mehr die Regel sind und eine zunehmende Zahl aktiver älterer Menschen bereit ist, sich einzubringen, gilt es, den Generationenzusammenhalt bewusst und nachhaltig zu stärken. Viele Akteure haben sich in Bayern bereits auf den Weg gemacht, Netzwerke, Strukturen und Angebote zur Stärkung des Generationenzusammenhalts zu etablieren.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern unterstützte mit ihrer Fachtagung „Generationenzusammenhalt“ in Nürnberg diese Entwicklung, in dem sie gute Beispiele aus der Praxis bekannt machte und diskutierte sowie Rahmenbedingungen, Strukturen und Maßnahmen aufzeigte, die für eine gelingende Generationenarbeit vonnöten sind. Vier Foren (Generationenübergreifende soziale Netzwerke; Mehrgenerationenwohnen; Generationenarbeit in Kommunen, Kirchen und Verbänden; Generationenarbeit im Bildungsbereich) bildeten hierzu den inhaltlichen Rahmen.

Neue „Groß-Familien“

Dr. Michael Hübsch (Bayerisches Sozialministerium) wies auf die Bedeutung und den Mehrwert generationenübergreifender Wohnformen hin. Es handle sich hierbei um einen innovativen Baustein zur Stärkung des Generationenzusammenhalts. Neue „Groß-Familien“ bzw. neue Nachbarschaften würden damit ebenso ermöglicht wie die Chance auf ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben aller Menschen – als Berufstätige, im Alter, aber auch für Menschen mit Behinderung.

Motivationskampagne

Die Bayerische Staatsregierung mache gute Beispiele der Generationenarbeit in Bayern sichtbar (siehe auch online: www.generationenprojekte.bayern.de) und motiviere mit der Kampagne „ganz jung. ganz alt. ganz ohr.“ Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Unternehmen und Bürger, Generationenarbeit zu leisten, so Hübsch. Zudem unterstütze der Freistaat Kommunen und Träger bei der nachhaltigen Sicherung der Mehrgenerationenhäuser und fördere Quartierskonzepte für alle Generationen. Darüber hinaus werde das Augenmerk gerichtet auf die integrierte soziale Entwicklung in den Landkreisen und kreisangehörigen Städten sowie auf innovative generationenübergreifende Wohnformen.

Ein Beispiel für geglückte Wohnpartnerschaften ist das Projekt „Wohnen für Hilfe in Er-

langen“, präsentiert von Gabriela Hesel, Stadt Erlangen. Dieses Projekt in Kooperation mit dem Studentenwerk Erlangen-Nürnberg spricht Menschen an, die über ungenutzten Wohnraum verfügen und diesen mit jemandem teilen möchten, der ihn im Alltag unterstützt. Das heißt: Der Wohnraumbesitzer stellt eine kleine Wohnung oder ein Zimmer zur Verfügung. Der Wohnraumbesitzer zahlt hierfür keine Miete (aber die Nebenkosten wie Heizung, Strom usw.), er leistet die Miete durch Unterstützung und Hilfe im Alltag.

Passende Partner finden

Somit haben beide Partner etwas davon: Der Vermieter bekommt Hilfe, die er braucht. Der Mieter kann relativ günstig wohnen. Beide Parteien werden mittels eines Fragebogens erfasst, um möglichst die passenden Partner zueinander zu führen.

Effiziente Netzwerkarbeit demonstrierte Anita Schindler am Beispiel des Mehrgenerationenhauses Germering „Zenja“ – Zentrum für Jung und Alt. Getragen von der Arbeiterwohlfahrt Germering e.V., dem Sozialdienst Germering e.V., der Stadt Germering, Amt für Jugend, Familie, Senioren, Soziales und Schulen und der Germeringer Insel bietet das Zentrum als zentrale Informations- und Dienstleistungsdrehkreuz für jedes Alter notwendige Hilfen in Not- und Problemsituationen (eigene Angebote bzw. durch Vermittlung) an. Generationsübergreifende Projekte schaffen ein lebendiges Miteinander von Jung und Alt und fördern so die Solidarität zwischen den Generationen.

Eigene Ideen und Wünsche einbringen

Andererseits können engagierte Bürger und Bürgerinnen sich mit ihren eigenen Ideen, Wünschen und Fähigkeiten einbringen, so das Zentrum für Jung und Alt mitgestalten und Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen. Auf diese Weise wird das Prinzip der Gegenseitigkeit verwirklicht: Bei Bedarf Hilfe erhalten - sich freiwillig für die Gemeinschaft engagieren. Der Wunsch „etwas geben zu können“ und Sinn zu

erfahren – wofür das Zenja Germering ein Forum bietet - verbindet laut Schindler Menschen aus allen sozialen Schichten und aus allen Generationen und gibt ihnen Würde und Stärke.

Ehrenamtliche Tätigkeit

Rund 40 Bürgerinnen und Bürger haben am 12. Januar 2011 das Lokale Bündnis für Familie und Senioren im bayerischen Knetzgau gegründet. „Generationen miteinander verbinden ist eines der wichtigsten Angebote aufeinander abstimmen und ausbauen. Insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten stehen dabei im Vordergrund.“

Viel erreicht

In den ersten Jahren hat das Lokale Bündnis bereits viel für Familien und Senioren in Knetzgau erreicht. Der ehrenamtlich geleitete Computerkurs erfreut sich großer Beliebtheit und erreicht das Ziel, die Generationen zu verbinden. Die Spielplatzpaten unterstützen weiterhin den gemeindlichen Bauhof, um den Kindern mit ihren Familien rundum Spaß auf den Spielplätzen im Gemeindegebiet zu ermöglichen. Auch der Arbeitskreis Bushaltestellen hat viel bewegt. Der offene Treff „Zur alten Tankstelle“ in Westheim wurde pünktlich zum zweiten Geburtstag des Bündnisses offiziell eingeweiht und ist seitdem bestens besucht. Im Rahmen der Ehrenamtsbörse fährt ein Bürgerbus, die Babysitter bieten Familien Unterstützung an und eine ehrenamtliche Reha- und Kurberatung hat die Arbeit aufgenommen. Zudem bieten viele Privatpersonen im Rahmen der Ehrenamtsbörse Bürgerinnen und Bürgern Nachbarschaftshilfe an.

Lebensqualität

Roland Beierwaltes, Kreisgeschäftsführer BRK Kronach, stellte seinerseits das Betreuungsnetzwerk „Lebensqualität für Generationen“ vor. Dabei handelt es sich um eine aktive Kooperation vom BRK Kreisverband Kronach, der Gemeinde Steinbach am Wald, dem Landkreis Kronach, der Regierung Oberfranken und regionalen Unternehmen, die für alle Kooperationspartner sowie für die Bürger der Region eine kompetente Anlaufstelle bietet, die über nahtlose Betreuungslösungen zur Verein-

GZ

Kolumne
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bezirkstagswahlen sind vorbei; die Bezirkstage haben sich für die nächsten fünf Jahre neu konstituiert. Ein Thema, das schon in der vergangenen Wahlperiode immer deutlicher in den Vordergrund getreten ist, wird auch in den kommenden Jahren im Mittelpunkt stehen: Inklusion. Vom ehemaligen Fürsorge-Gedanken über die Integration behinderter Menschen hin zur selbstverständlichen Inklusion ist es ein langer Weg.

Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt uns die Richtung vor; an ihr werden wir gemessen. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben der Gemeinschaft ist ein wichtiges

Inklusion: Kultur als Brücke

Ziel der politischen Arbeit der Bezirkstage. Nur dann bleibt Inklusion keine Illusion. Die Konvention hat bereits heute das Bewusstsein der Menschen verändert; das zeigt allein schon die lebendige gesellschaftliche Debatte, die wir täglich führen.

Die Entwicklungen im Bereich der Sozialverwaltung sprechen eine deutliche Sprache: Der sprunghafte Anstieg ambulanter Wohnformen, das persönliche Budget, die Zuverdienstarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung und die Qualifikationsmaßnahmen zur Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt: Das ist alles gelebte, verwirklichte Inklusion. Das ist der richtige Weg, den wir nun breiter machen und für alle Menschen mit Behinderung öffnen und ebnet müssen. Das Tempo bestimmen wir als Bezirkstage aktiv mit, und ich mahne an, niemanden zu über- oder zu unterfordern.

Der Paradigmenwechsel fordert ein kontinuierliches Umdenken bei allen Beteiligten, wenn niemand auf der Strecke bleiben soll. Inklusion verlangt Kreativität, Fantasie, Vertrauen und Zuversicht – auf allen Seiten: auf Seiten des Sozialhilfeträgers genauso wie beim Einrich-



tungsträger; beim konkreten Leistungserbringer genauso wie bei den behinderten Menschen selbst und deren Angehörigen.

Ein idealer Weg, auch in breiten Bevölkerungsschichten für das selbstverständliche Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen zu werben, scheint mir dabei die Kultur zu sein. Kunst und Kultur sind ein wesentlicher Teil des sozialen Miteinanders, zu dem auch Menschen mit Behinderung

uneingeschränkt Zugang haben müssen.

Hier kann es gelingen, möglichst viele Menschen mit auf den Weg zu nehmen und für eine aktive, gleichberechtigte Teilhabe aller am Leben in der Gesellschaft zu begeistern. Gerade über Musik, Tanz, Theateraktionen u.ä. kann man Lust auf Inklusion wecken und Barrieren im Kopf niederreißen.

Seit 2003 bereits initiiert, fördert und veranstaltet der Bezirk Oberbayern Kulturprojekte, die das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, verschiedener Generationen und Kulturen zum Ziel haben. Im Jahr 2011 wurde ein weiterer Schritt gemacht und die inklusive Kulturarbeit durch den Kulturausschuss des Bezirkstags von Oberbayern als sogenannte „Querschnittsaufgabe“ für alle Bereiche der Kulturarbeit definiert.

Die Oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtage, die wir im Juli im Landkreis Traunstein als inklusives Festival gefeiert haben, haben gezeigt, dass dieses Konzept mit insgesamt über 20.000 Besuchern und vielen ausverkauften Veranstaltungen zündete. Wichtiger als Zahlen ist mir aber das gelebte Miteinander: In der gesamten Region wurden Menschen für das Thema Inklusion sensibilisiert. Ob als aktiv Beteiligte oder Zuschauer, es waren alle dabei: Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderung sowie mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund. Darüber habe ich mich besonders gefreut! Kunst und Kultur baut Brücken – wir müssen uns nur entschließen, sie dann auch zu betreten!

Ihr Josef Mederer

Bezirkstagspräsident Oberbayern

barkeit von Familie und Beruf umfassend berät und diese organisiert. Durch professionelle Betreuungsstrukturen vom Kleinkind bis ins hohe Alter wird Berufstätigen die Verknüpfung von Beruf und Familie erst ermöglicht und die Lebensqualität in der Region nachhaltig verbessert.

Zusammenhalt

Der Erfolg Bayerns baut wesentlich auf der Leistung, aber auch dem Zusammenhalt der hier lebenden Menschen auf. Neben den bereits bestehenden Formen des bürgerschaftlichen Engagements und dem Einsatz der Menschen vor Ort können Sozialgenossenschaften das richtige Modell sein, um soziale Anliegen gemeinschaftlich selbst in die Hand zu nehmen und zu lösen, wie Dr. Klaus A. Hein, Bereichsleiter Genossenschaftsverband Bayern e. V., aufzeigte. Genossenschaften seien vor-

allem dadurch gekennzeichnet, dass jedes Mitglied demokratisch in die Entscheidungen eingebunden ist, das Prinzip „Alle für einen, einer für alle“ dort gelebt wird und sie im Gegensatz etwa zum eingetragenen Verein auch wirtschaftliche Ziele verfolgen. Sie heben sich Hein zufolge besonders dadurch hervor, dass sie die Förderung der Mitglieder in den Mittelpunkt stellen und nicht rein kapitalorientierte Interessen verfolgen.

Solidarische Kooperation

Sozialgenossenschaften könnten zum Beispiel als Kooperationen von Betroffenen zur Selbsthilfe, als solidarische Kooperationen mit überwiegend ehrenamtlich Tätigen oder aber als Kooperationen zur Erbringung von Leistungen am Markt, die nicht oder nicht so zur Verfügung stehen, geschlossen werden. Mitglieder einer Sozialgenossenschaft könnten dabei die

Bürger vor Ort sein, aber auch etablierte Organisationen und Institutionen. Entscheidend seien engagierte Menschen, die ihr Anliegen selbst in die Hand nehmen und eigene Lösungen finden wollen.

Selbstbestimmtes Leben

In ihrer Vielfalt können sie Lösungsmöglichkeiten für viele Lebensbereiche bieten, so z. B. beim Aufbau oder Erhalt von Mehrgenerationen-Strukturen (u. a. Quartierskonzepte, Dorfläden etc.), für ein selbstbestimmtes Leben (Mobilität, Wohnen und Wohnumfeld), für Pflegebedürftige (vor allem im ländlichen Bereich; u. a. Wohnprojekte), für den Hospizbereich, für Menschen mit Behinderung, im Bereich der Nachbarschaftshilfen, für Menschen mit Migrationshintergrund oder aber für Senioren. Hierbei bieten sich spezielle Senioren-genossenschaften an. **DK**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD
RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV
MODERN
DYNAMISCH

Main-Kraftwerk Himmelsstadt / www.rmd.de

Herrmann bei Eröffnung der Feuerwehraktionswoche 2013

Nachwuchsgewinnung Kernaufgabe der kommenden Jahre

Innenminister Joachim Herrmann hat bei der Landesversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Unterschleißheim die Aktionswoche 2013 der bayerischen Feuerwehren eröffnet. Sie steht dieses Jahr unter dem Motto 'EHRENSACHE! Mach mit!'. Herrmann: „Das Motto der Feuerwehraktionswoche macht deutlich: Die Nachwuchsgewinnung ist eine Kernaufgabe der kommenden Jahre. Wir müssen die Zahl der Feuerwehrdienstleistenden trotz des demografischen Wandels konstant halten. Mit seiner Kampagne zur Nachwuchsgewinnung leistet der Landesfeuerwehrverband hier einen wichtigen Beitrag.“

Die auf drei Jahre angelegte Kampagne startete im Jahr 2011. An ihr hat sich der Freistaat Bayern bisher mit über 800.000 Euro beteiligt. „Und auch in Zukunft werden wir dem Landesfeuerwehrverband selbstverständlich bei derartigen Maßnahmen finanziell zur Seite stehen. So habe ich für die Fortsetzung der Kampagne im Jahr 2014 erst vor kurzem eine Förderung in Höhe von weiteren 275.000 Euro zugesagt“, so der Innenminister.

In Bayern gewährleisten über 330.000 Einsatzkräfte in rund 7.700 freiwilligen Feuerwehren, sieben Berufsfeuerwehren und 232 Werk- und Betriebsfeuerwehren eine flächendeckende Präsenz. Damit sind die Feuerwehren eine tragende Säule der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Bayern. Wie wichtig dieses Engagement im Interesse unserer Sicherheit ist, hat sich erst bei der jüngsten Hochwasserkatastrophe eindrucksvoll gezeigt.

Herrmann: „In der Spitze kämpften hier pro Tag rund 20.000 Einsatzkräfte gegen die Fluten. Bayernweit waren insgesamt rund 100.000 Einsatzkräfte an der Bewältigung des Hochwassers beteiligt. Ohne die vorbildliche Einsatzbereitschaft unserer Helferinnen und Helfer wäre die Bilanz des Hochwassers deutlich schlimmer ausgefallen.“

Notwendigkeit der soliden Ausbildung

Innenminister Herrmann betonte bei der Landesverbandsversammlung auch die Notwendigkeit einer soliden Ausbildung der Feuerwehrdienstleistenden. Hier seien in Ergänzung der Standortausbildung insbesondere die drei staatlichen Feuerweherschulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg von zentraler Bedeu-

tung. Herrmann: „Es sind wichtige Weichenstellungen erforderlich, damit unsere Feuerweherschulen auch in Zukunft ihren Ausbildungsauftrag optimal erfüllen können. Dazu gehörte unter anderem eine erhebliche Aufstockung des Personals um 40 Stellen in den Jahren 2011 und 2012. Und für die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur in den Gebäuden haben wir für die nächsten Jahre rund 76 Millionen Euro eingeplant. Damit wollen wir für unsere Feuerwehrdienstleistenden moderne und

möglichst realistische Übungsmöglichkeiten schaffen.“

Der Landesfeuerwehrverband Bayern konnte bei seiner diesjährigen Landesversammlung im Rahmen eines Festabends auch auf sein 20-jähriges Jubiläum der Wiedergründung blicken. In seiner Festansprache verwies Joachim Herrmann darauf, dass in dieser Zeit der Freistaat Bayern und der Landesfeuerwehrverband gemeinsam Vieles erreicht hätten. Hierzu zählte zum Beispiel der sogenannte Feuerwehrführerschein. □

Fitness-Rezepte...

(Fortsetzung von Seite 1)

barung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem früheren Ministerpräsidenten Griechenlands, Giorgos Papandreu, zurück.

Begleitet wird die Messe von einem umfangreichen Kongressprogramm unter dem Leitthema „Gemeinde 2030 – Kommunale Megatrends“, organisiert vom Bayerischen Gemeindetag. Gemeindepäsident Dr. Uwe Brandl wird am 23. Oktober den Kongress mit einer Grundsatzrede eröffnen. Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly spricht ein Grußwort. Es folgen Ausführungen von Innenminister Joachim Herrmann, ehe der offizielle Messerundgang stattfindet.

Umfrage zu Gemeinden

Anschließend wird der Geschäftsführer des forsa-Instituts, Manfred Güllner, in der Frankenhalle die Ergebnisse einer vom Bayerischen Gemeindetag in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zum Thema „Bürger und ihre Gemeinden“ präsentieren. Laut Jürgen Busse ist eine von vielen überraschenden Aussagen, dass die Bürger sich über Kommunalpolitik zu 80 Prozent aus der Zeitung informieren. Sie stelle das Hauptmedium dar. Die elektronischen Medien seien „weniger auf dem Vormarsch als gedacht“. Mit

Blick auf die Positionierung bei den Kommunalwahlen 2014 seien dies „gute Hinweise“, wie das Präsidialmitglied feststellte.

Mit dem Thema „Mitmachgesellschaft der Zukunft“ und den Herausforderungen für die Kommunalpolitik befasst sich im Anschluss der Zukunftswissenschaftler Prof. Dr. Horst W. Opaschowski. Wie Busse hierzu erläuterte, „ist die Tendenz positiv“. „Das Miteinander wird sich allgemein verstärken und die Mitmenschlichkeit – gerade auch im Bezug auf die Betreuung der älteren Generation – zunehmen.“

Diskussionsrunde

Die beiden vorgenannten Themenkomplexe werden in einer sich anschließenden Diskussionsrunde erörtert, an der neben den bereits erwähnten Vortragenden der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft Alfred Gaffal, Gemeindepäsident Dr. Uwe Brandl und die Erste Bürgermeisterin der Stadt Geretsried, Cornelia Irmer, teilnehmen.

Der zweite Kongressstag hält zwei Foren zu wichtigen Zukunftsthemen bereit: „Die Alten auf dem Vormarsch – Gemeinden gestalten aktiv den demografischen Wandel“ mit Prof. Dr. Andreas Kruse von der Universität Heidelberg, Vorsitzender der Altenberichtscommission

der Bundesregierung, Sabine Weng, Leiterin der Koordinationsstelle Wohnen im Alter, Friedrich Seitz, Ministerialdirektor des Bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums sowie Ersten Bürgermeister Reinhard Streng, Gemeinde Langenfeld.

Informelle Modelle

Unter dem Motto „Neue Wege der Bürgerbeteiligung – Was können die Gemeinden tun?“ werden Stefan Albat von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Birkel, Sebastian Frankenberger von Mehr Demokratie in Bayern e.V. sowie Dr. Busse Stellung nehmen. „Insgesamt“, so Busse, „geht es hier darum, die Diskussion so zu führen, dass weniger der Ruf nach neuen rechtlichen Instrumenten laut wird, sondern vielmehr informelle Modelle in den Vordergrund rücken.“ Die Kernfrage laute: „Wie kann ich im Endeffekt dafür sorgen, dass der Bürger Spaß an der Mitwirkung hat?“

Fünf Fachforen

Schlusspunkt des Kongressprogramms sind fünf Fachforen, die sich unterschiedlichsten Themen widmen: von der Breitbandförderung in Dörfern und dem kommunalen Finanzausgleich über Geschäftsordnungsmuster 2014 bis hin zu Trends im Bestattungswesen und der RZ-WAS.

Fakt ist: „Den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wird auf der Kommunale jede Menge Information geboten. In den vergangenen Jahren hat die Messe eine ungeheuer positive Resonanz der Aussteller erfahren“, betonte Busse. Deren Erfahrung sei, dass sich immer mehr Entscheider an den Ausstellungsständen einfänden. „Sie wissen im Vorfeld genau, was sie anschauen werden, haben ihre Fragen bereits formuliert und insofern ist dies ein Geben und Nehmen auf beiden Seiten.“

Weitere Informationen unter: www.kommunale.de DK

Landkreise - Gestalter...

(Fortsetzung von Seite 1)

ebenso abgelehnt wie eine Überführung bisheriger kommunaler Zuständigkeiten auf den Bund.

Der Deutsche Landkreistag fordert zudem deutliche Rechtsvereinfachungen bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser im SGB II. Auch bedürfe es größerer örtlicher Gestaltungsmöglichkeiten und spezifischer Instrumente für diese Personengruppe. Für diejenigen Kreise und kreisfreien Städte, die von den Ländern 2010 als geeignet für die Eigenwahrnehmung dieser Aufgabe im Wege der Option befunden, aber wegen des beschränkten Kontingents nicht zugelassen wurden, sei das Optionskontingent zu öffnen.

Optionskommunen

Die bereits bestehenden Optionskommunen vertrauen auf die Zusage von Bund und Ländern, bei der Aufgabenerfüllung nicht schlechter gestellt zu werden als die Bundesagentur für Arbeit. Die Aufsicht über die Optionskommunen obliege den Ländern; sie dürfe nicht durch Prüfungen und ungerechtfertigte „Rückforderungen“ des Bundes ausgehöhlt werden. Dies habe das Bundessozialgericht Mitte 2013 eindrucksvoll bestätigt.

Gleiches gilt nach Auffassung des Deutschen Landkreistags für Mittelrückforderungen beim Bildungspaket, wenn Kreise kostenfreie Angebote für bedürftige Kinder und Jugendliche vorhalten, die nicht über das Bildungspaket abgerechnet werden. Solche Landkreise dürften nicht durch Rückforderungen der Bundesmittel benachteiligt werden. Auch müssten die zusätzlichen Stellen für die Schulsozialarbeit über 2013 hinaus erhalten bleiben.

Weiter plädiert der Verband für eine strukturelle Verbesserung der Finanzierung der Krankenhäuser in der Fläche. Dabei sei die Kostenerstattung zukünftig nicht mehr politisch, sondern an realen Preissteigerungsraten zu bemessen. Zudem gelte es, die kommunale Mitwirkung bei strukturellen Fragen der ambulanten Versorgung u. a. durch eine Einbindung in die entsprechenden Gremien (gemeinsamer Bundesausschuss) sowie durch obligatorische Beteiligung der Kreise an der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigungen zu verbessern.

Ferner müssten die Möglichkeiten, ärztliche Tätigkeiten zu delegieren und zu ersetzen, deutlich erweitert werden. Außerdem sollten die Grund- und Regelversor-

gungskrankenhäuser des ländlichen Raums durch geeignete Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise Sicherstellungszuschläge in die Lage versetzt werden, ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen.

„Der Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen (NGA) in der Fläche muss zügiger vorangehen“, lautet eine weitere Forderung. Dazu sollte ein gezielt auf den NGA-Ausbau ausgerichtetes Förderprogramm auf Bundesebene aufgelegt werden. Zudem sollte die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ künftig auch die Förderung des NGA-Ausbaus umfassen.

„Die LKW-Maut ist durch Absenkung der Tonnagen auszuweiten“, so der Deutsche Landkreistag weiter. Weiterhin unterstützt er die Einführung einer sie ergänzenden – auf die Kfz-Steuer von Inländern anzurechnenden – entfernungsunabhängigen PKW-Maut, wobei eine überproportionale Belastung von Berufspendlern vermieden werden müsse. Die zusätzlichen Erlöse müssten zu den weiterhin sicherzustellenden Haushaltsmitteln hinzutreten und insgesamt zweckgebunden für den Bestandserhalt der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden. Dazu könne sich die Schaffung eines verfassungsrechtlich zu verankerten regionalen Verkehrsfonds empfehlen, aus dem Länder und Kommunen feste Zuweisungen für den Bestandserhalt erhalten.

Bedarfsgerechter Ausbau

Der Bundesverkehrswegeplan müsse den ländlichen Raum besonders berücksichtigen. Für weite Teile des verdichteten kreisangehörigen Raums sei zudem die Erschließung durch den schienengebundenen Nahverkehr von unermindelter großer Bedeutung. Der Bund habe die Schienenwegeinfrastruktur unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten im kreisangehörigen Raum wieder bedarfsgerecht auszubauen.

Zudem bedürfe es „eines klaren Bekenntnisses zur Sicherheit, Nachhaltigkeit und Gleichpreisigkeit der Energieversorgung im ländlichen Raum“. Darüber hinaus sei unverzichtbar, dass Kreise, Städte und Gemeinden über die Wertschöpfung vor Ort, Steuereinnahmen und eine unmittelbare Beteiligung der Bürger am Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. von Netzinfrastrukturen profitieren. Beim Ausbau der Energienetze sollten die Landkreise als Vertreter überörtlicher Interessen über Beteiligungsrechte in einzel-

nen Verfahrensschritten verfügen. Auch empfehle es sich, Netzkonzessionen grundsätzlich kreisweit zu vergeben.

Überfällig ist nach Ansicht des Landkreistags eine grundlegende Neuordnung der Verpackungs- und Wertstoffentsorgung. Der Verband fordert die umfassende Steuerungsverantwortung der Kommunen für die Entsorgung gebrauchter Verkaufsverpackungen und weiterer Wertstoffe aus privaten Haushalten sowohl hinsichtlich der Erfassung als auch bezüglich der Sortierung, Verwertung und Vermarktung. Die Wertstofflösungen sollten im Interesse der Abfallgebührenzahler in vollem Umfang bei den Kommunen verbleiben und zur Gebührenstabilität beitragen.

Da die Anpassung von Einrichtungen und Infrastrukturen im ländlichen Raum an sich verändernde demografische Bedingungen erhebliche Finanzmittel erfordert, müsse ein befristetes „Sonderinvestitionsprogramm Ländlicher Raum“ zur Unterstützung von Gebieten mit besonderen demografischen Herausforderungen aufgelegt werden, um gezielt Entwicklungs- und Anpassungsprozesse zu unterstützen. Parallel seien die Gemeinschaftsaufgaben sowie die Städtebauförderung finanziell aufzustocken und mit Blick auf die besonderen Bedarfe im ländlichen Raum weiterzuentwickeln.

Die Bundesregierung sollte ihre Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raumes weiter bündeln. Eine koordinierende Stelle z. B. im Bundeskanzleramt könne helfen, die vielfältigen Zuständigkeiten zu koordinieren und beispielsweise Gesetzesvorhaben in diesem Querschnittsbereich voranzutreiben. Es sollte ein „Gesetz-Check Ländlicher Raum“ in das Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden, um vorab Bundesgesetze auf deren Raumwirksamkeit und Auswirkungen für den ländlichen Raum im Sinne einer Gesetzesfolgenabschätzung – inklusive finanzieller Auswirkungen – zu überprüfen.

Eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Kommunen ist gerade bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen von zentraler Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes, wonach eine sog. Beistandsleistung unter Kommunen oftmals der Umsatzsteuer unterliegt, bedarf es laut Landkreistag dringender gesetzgeberischer Lösungen, die den seit langem bewährten Rechtszustand materiell wiederherstellen. DK

(Fortsetzung von Seite 1)

die Finanzausstattung entsprechend anzuheben. Die Städte hätten sich nach dem Wegfall des Zivildienstes maßgeblich für den Bundesfreiwilligendienst engagiert und wesentlich zu seinem Erfolg beigetragen. Sie würden diesen Weg gerne fortsetzen und den Bundesfreiwilligendienst weiter ausbauen. Dazu zähle auch eine Entkopplung von Bundesfreiwilligen- und Jugendfreiwilligendiensten, wie die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, feststellte.

Positive Bilanz

„Die Bilanz nach zwei Jahren Bundesfreiwilligendienst ist im kommunalen Bereich eindeutig positiv. Der Bundesfreiwilligendienst stößt auf großen Zuspruch und ist für alle Beteiligten ein Erfolg. Das belegen die abgeschlossenen Vereinbarungen ebenso wie die Zahl der neu anerkannten Einsatzstellen“, sagte Lohse. Der Bundesfreiwilligendienst sei ein wichtiges Instrument, um das bürgerschaftliche Engagement in der Gesellschaft zu stärken. Hier könnten sich Menschen aus verschiedenen Altersgruppen engagieren, weiterbilden und neu orientieren.

„Die Kontingentierung des Bundesfreiwilligendienstes durch den Bund wirkt beim weiteren Ausbau allerdings als Bremsklotz. Sie sollte aufgehoben werden, um allen Interessierten die Chance zu geben, sich zu engagieren. Die Nachfrage nach Einsatzmöglichkeiten ist so groß, dass die Zahl der Freiwillig-

gendienstleistenden aller Voraussicht nach verdoppelt werden könnte“, betonte die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages.

Kontingentierung bei Bundesfreiwilligendienst

Im letzten vollen Jahrgang des Zivildienstes waren über 78.000 Zivildienstleistende tätig. Im Bundesfreiwilligendienst können derzeit wegen der Kontingentierung maximal 35.000 Plätze zeitgleich besetzt werden. Das erschwert es den Freiwilligen, kurzfristige Entscheidungen bei der persönlichen Lebensplanung oder in beruflichen Umbruchsituationen zu treffen. Gleichzeitig führt die Obergrenze bei kommunalen Trägern zu Planungsunsicherheit. Ist das Kontingent erschöpft, kommt es zu Einstellungsstopps und Interessenten wie Einsatzstellen müssen warten. Auch Nachbesetzungen werden erschwert. Bricht jemand seinen Vertrag ab, kann die Einsatzstelle nicht direkt Ersatz suchen, sondern die Stelle fällt in das Kontingent zurück und wird dann zentral vergeben – gegebenenfalls an anderer Stelle.

Der Deutsche Städtetag forderte außerdem eine Entkopplung der Jugendfreiwilligendienste vom Bundesfreiwilligendienst. Beide Formate könnten sich dann zu eigenständigeren Modellen mit jeweils unterschiedlichen Zielgruppen und Schwerpunkten weiterentwickeln.

Während die Jugendfreiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und Internationales Jugend-

freiwilligendienste) ihren Schwerpunkt auf junge Leute und in den sozialen und ökologischen Bereich legen, hat sich Lohse zufolge der Bundesfreiwilligendienst als altersübergreifendes Modell etabliert – mit einer Öffnung für alle Einsatzbereiche und einer Teilzeitmöglichkeit. „Der Bundesfreiwilligendienst bietet Freiwilligen in jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenslage die Möglichkeit, sich neu zu orientieren und weiterzubilden. Er fördert das lebenslange Lernen. Nötig und wünschenswert ist allerdings eine Weiterentwicklung der Konzepte und die Etablierung pädagogischer Begleitangebote – vor allem für die über 27-jährigen Freiwilligen“, bemerkte Lohse.

Zusammenarbeit

Für einen deutlichen Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit machte sich schließlich der Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe stark. Eine Stadtgrenzen überschreitende Zusammenarbeit der Kommunen ist seiner Ansicht nach nicht nur dem aktuellen Zeitgeist geschuldet, sie werde in Münster seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert. Beispielsweise könnten Zoologische Gärten durch Kooperationen und neue Schwerpunkte zu Orten moderner Freizeitgestaltung werden.

Die Stadt Münster habe gute Erfahrungen mit der Kooperation mit anderen Kommunen gemacht. Dazu zähle ein Arbeitskreis für interkommunale Zusammenarbeit, den Lewe bereits vor Jahren mit Stadtoberhäuptern anderer Großstädte in Nordrhein-Westfalen initiiert hat. DK

IT-Sicherheitsgipfel der deutschen Wirtschaft in Bonn:

Cyber Security Summit am 11. November 2013

Der zweite Cyber Security Summit tagt am 11. November 2013 in Bonn und setzt die im Herbst 2012 begonnenen Gipfelgespräche von Top-Managern und Spitzenpolitikern fort. Die Einladung trifft auf eine breite Diskussion um das Vertrauen in die digitale Gesellschaft – erschüttert durch den aktuellen Konflikt um geheimdienstliche Abhörprogramme. Bislang hatten Cyber-Attacks mit meist kriminellem Hintergrund vor allem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner Unternehmen und die des Standortes Deutschland beeinträchtigt.

„Wir müssen das Tempo erhöhen und einen gemeinsamen Rahmen für robuste Maßnahmen und konkrete Zuständigkeiten einer vernetzten Abwehr und eines trans-

parenten Informationsaustauschs schaffen“, sagt der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger. „Auf nationaler und internationaler

Ebene müssen Staat, Wirtschaft und Nutzer für die Sicherheit des Internets Verantwortung übernehmen und eine sichere Cyberumwelt geprägt von gegenseitiger Vertrauensbildung schaffen.“

„Jahr für Jahr hat sich die Bedrohung aus dem Cyber-Raum verschärft. In den letzten zwölf Monaten ist die Zahl der Angriffe noch einmal um 100 Prozent gestiegen. Jetzt zeigt sich noch ein ganz neues Ausmaß und führt uns zu einer Debatte um Sicherheit und Freiheit im Internet“, sagt René Obermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom. In diesem Jahr konzentriert sich der Cyber Security Summit deshalb auf die Themenfelder Spionage und Sabotage, den Ordnungsrahmen auf nationaler und internationaler Ebene sowie auf konkrete Sicherheitslösungen.

Aktuelle vbw-Studie:

Anforderungen an die digitale Infrastruktur

Ein Großteil der bayerischen Unternehmen sieht in einem bedarfsgerechten Breitbandanschluss eine wesentliche Voraussetzung für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Dank richtiger Entscheidungen in Bezug auf die Ausbaumaßnahmen in den vergangenen Jahren verfügt Bayern gegenwärtig über eine gute Grundversorgung, mit der die Mehrzahl der Unternehmen zufrieden ist, heißt es in einer kürzlich veröffentlichten Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Anpassungsbedarf gebe es allerdings in Zukunft bei Internetanschlüssen mit Bandbreiten von über 50 Megabit pro Sekunde.

Ein wesentlicher Grund dafür sei, dass die für den Zugang zu den Endkunden vorhandenen Anschlussnetze überwiegend immer noch kupferbasiert sind. Kupfer gilt aus technischen Gründen zumindest mittel- bis langfristig als nicht zukunftsfähig. „Nur jeder siebte von 350.000 Kabelverzweigern (KVz) ist mit Glasfaser erschlossen. Als Technologie der Zukunft gelten sog. FTTH/B-Anschlüsse auf Glasfaserbasis. Erst rund zwei Prozent aller Breitbandanschlüsse in Bayern basieren auf dieser Technologie. Das ist im internationalen Vergleich ein extrem niedriger Wert“, so die Untersuchung.

Versorgungsunterschiede

Feststellbar seien Versorgungsunterschiede zwischen Ballungsräumen und dünner besiedelten Regionen. In städtischen Regionen hätten 75 Prozent der Haushalte eine Versorgung mit mindestens 50 MBit/s – in den ländlichen Regionen seien es dagegen nur zehn Prozent.

Laut vbw sind die bayerischen Unternehmen überwiegend (60 Prozent) mit ihrer derzeitigen Breitbandversorgung zufrieden oder eher zufrieden. Knapp acht Prozent sind sehr unzufrieden und 15 Prozent haben keinen Breitbandanschluss. In weniger verdichteten Regionen beurteilen die Unternehmen die Versorgungslage schlechter.

Größere Spielräume

Unternehmen haben bei der Breitbandversorgung größere Spielräume als private Haushalte. Sie können sich eigene leistungsfähige Anschlüsse installieren lassen. Knapp jedes dritte Unternehmen in Bayern macht von dieser Möglichkeit Gebrauch. Jedoch gibt es bei einem Viertel der bayerischen Unternehmen Anwendungen, die wegen unzureichender Breitbandinfrastruktur nicht genutzt werden können.

Wie die Studie darlegt, müssen mit Blick auf bestehende Wachstumspotenziale durch die Digitalisierung der Wertschöpfung künftig Engpässe bei der Breitbandversorgung vermieden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes gesichert werden. Hierzu werden folgende zehn Thesen aufgestellt:

1. Die Breitbandversorgung ist

ein bedeutender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. 70 Prozent der bayerischen Unternehmen ist eine gute Breitbandversorgung in Zukunft sehr wichtig.

2. Deutschland besitzt eine gute Grundversorgung mit Internetanschlüssen, hängt aber bei hochbitratigen Anschlüssen und Glasfaserlösungen international zurück.

3. Die Breitbandversorgung ist in den Ballungszentren deutlich besser als in den ländlichen Gebieten. Diese dürfen technologisch nicht vernachlässigt werden.

4. Unternehmen können sich Insellösungen schaffen, profitieren jedoch von einem breiten Netzausbau. Ein Drittel der Unternehmen hat solche Lösungen realisiert.

5. Bedarf für hochbreitbandige Anwendungen ist vorhanden und wird weiter wachsen. 25 Prozent der bayerischen Unternehmen können heute aufgrund mangelnder Breitbandanbindung gewisse Anwendungen nicht nutzen.

6. Mögliche Ausbaustrategien zur Schließung der Bedarfslücke sind die Ertüchtigung der Kupfernetze (Zwischenlösung) oder ein direkter Ausbau mit reinen Glasfaserlösungen (FTTB/FTTH).

7. Ein FTTB/FTTH Ausbau ist sehr teuer und in kurzer Frist nicht realisierbar. Eine Ertüchtigung der Kupfernetze (FTTC) ist schneller und kostengünstiger durchführbar und verhindert, dass die noch unterversorgten bayerischen Unternehmen technologisch abgehängt werden könnten.

8. Die Förderung des Ausbaus ist notwendig und richtig, da eine Wirtschaftlichkeitslücke besteht. Das Förderprogramm ist dafür ausreichend dotiert.

9. Die Förderung sollte so gestaltet werden, dass längerfristig tragende Lösungen und leicht aufrüstbare Netzarchitekturen verstärkt gefördert werden. Zukünftige Doppelinvestitionen sollten auf einem niedrigen Niveau gehalten werden.

10. Die Regulierung spielt im Markt eine entscheidende Rolle – die Förderung der vollkommenen Entbündelung hemmt den Netzausbau, da sie entscheidende Technologien ausschließt. Sie sollte durch die Förderung nach einem leistungsfähigen Bitstromprodukt ersetzt werden.

Nähere Info unter: www.vbw-bayern.de DK

Bayern 3.0 – digital in die Zukunft

Digitalisierungskongress der CSU-Landtagsfraktion in München

Mit ihrer Initiative „Bayern 3.0“ hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag das Thema Digitalisierung auf die landespolitische Agenda gesetzt und die Umsetzungsschritte für die kommenden Jahre erarbeitet. Unter dem Motto „Bayern 3.0 – digital in die Zukunft“ veranstaltete die Fraktion einen Kongress im Bayerischen Landtag, zu dem sich mehr als 350 Besucher und 30 Aussteller einfanden.

Der Digitalisierungskongress der CSU-Landtagsfraktion gab wichtige neue Impulse für den digitalen Fortschritt in Bayern. „Während andere nur noch Wahlkampf machen, setzen wir unsere inhaltliche Arbeit kontinuierlich fort“, betonte Fraktionsvorsitzende Christa Stewens.

„Bayern soll auch weiterhin an der Spitze des Fortschritts stehen und eine Wohlstandsregion in Europa bleiben“, so Stewens. „Deshalb ist die Digitalisierung als der technologische Megatrend unserer Zeit für uns so wichtig.“ Bayern solle bis 2018 in allen Lebensbereichen das Land für digitale Anwendungen und smarte Applikationen werden. Denn in „reifen“ Volkswirtschaften wie Deutschland und Bayern mit einem hohen Kapitalstock und einem zunehmenden Fachkräftemangel sei der technische Fortschritt der einzige langfristige Wachstumstreiber.

Die CSU-Fraktion werde 2012 bis 2014 zwei Milliarden Euro in die digitale Zukunft Bayerns investieren. Mit diesen Mitteln werde sie die umfassenden Chancen der Digitalisierung im Rahmen konkreter Projekte nutzen. Schwerpunkte setze die Fraktion dabei insbesondere in den Bereichen „digitale Industrie“, „digitales Lernen“ sowie „eGovernment“, hob Stewens hervor.

Markus Blume, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CSU-Landtagsfraktion, freute sich, dass von den Teilnehmern konkrete Projekte vorgestellt wurden, bei denen heute schon an Bayerns digitaler Zukunft gearbeitet wird: Von intelligenter Mobilität – wie kann mein Auto wissen, wann die Ampel schaltet? – über digitale Lernplattformen – wie begeistert man monatlich 50.000 Schüler für Mathe? – bis hin zur virtuellen Realität – wie kommt das Schlafzimmer von Ludwig II. ins Internet?

Voraussetzung für den digitalen Fortschritt sei Hochgeschwindigkeits-Internet in allen Teilen Bayerns. Der Freistaat Bayern fördere auf Initiative der CSU-Fraktion den Breitbandausbau mit 500 Millionen Euro, erläuterte Blume. „Wichtig ist, dass nun auch die Unternehmen mitziehen. Wir brauchen zum Beispiel eine W-LAN-

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Deutsche Telekom hatten das zusätzliche Format der Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr erstmals ausgerichtet. Über 70 Top-Manager deutscher Konzerne und Spitzenpolitiker waren der Einladung in die Bundesstadt Bonn gefolgt, um sich über die Gefährdungslage für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auszutauschen und Impulse für eine vernetzte digitale Gefahrenabwehr zu geben.

Die Münchner Sicherheitskonferenz hat sich seit fünf Jahrzehnten zu einem der weltweit wichtigsten Foren der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt. In dieser Zeit hat sich die Gefährdungslage immer wieder verändert und erfordert heute mit der Bedrohung aus dem Cyber-Raum neue Denkweisen und Handlungsmuster in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Deutsche Telekom AG wollen hierzu im Rahmen des „Cyber Security Summit“ einen entscheidenden Anstoß geben und das Bewusstsein für Cybersicherheit weiter stärken. □

NÜRNBERG 2013
KOMMUNALE

8. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF



MESSEZENTRUM NÜRNBERG

23.–24.10.2013

HIER TRIFFT SICH DEUTSCHLAND!

Städte und Gemeinden aus der gesamten Bundesrepublik nutzen die Kommunale um sich zu informieren, Kontakte zu knüpfen und Investitionsentscheidungen vorzubereiten. Diese Fachmesse ist nicht nur Deutschlands größte Veranstaltung ihrer Art, sie ist

- **Ihr Partner** – seit 14 Jahren erfolgreich am Markt
- **Ihr Branchenspiegel** – mit allem, was Kommunen brauchen und wissen müssen
- **Ihr Wegweiser** – für Zukunftsthemen und fundierten Erfahrungsaustausch

BESUCHERSERVICE

NürnbergMesse GmbH

Messezentrum Nürnberg

Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 36

KOMMUNALE.DE

Follow us on Twitter!

MEDIENFACHLICHE PARTNER

Behörden Spiegel

GemeindeZeitung



IN ZUSAMMENARBEIT MIT



VERANSTALTER KONGRESS



VERANSTALTER FACHMESSE

NÜRNBERG MESSE

DATABUND: Konzentrierte kommunale Kompetenz

Über ihren geplanten Gemeinschaftsstand auf der Kommunale 2013 berichteten Ludwig Atzberger (LUA) und Ulrich Schlobinski (ULS) von DATABUND, dem Bundesverband der mittelständischen kommunalen IT-Dienstleister, im Gespräch mit der GZ.

GZ: Herr Atzberger, Herr Schlobinski, der DATABUND e.V. als Bundesverband der mittelständischen kommunalen IT-Dienstleister präsentiert sich erstmalig mit einem großen Gemeinschaftsstand auf der KOMMUNALE 2013 in Nürnberg. Warum?

LUA: So ganz neu ist die Präsenz auf der KOMMUNALE natürlich nicht. Schon vor zwei Jahren waren mehrere unserer Mitgliedsunternehmen unter dem Dach der geoinform AG hier präsent.

ULS: Und nun erweitern wir die Zusammenarbeit mit der Nürnberg Messe und übertragen unser Konzept des DATABUND Gemeinschaftsstands auf die KOMMUNALE als bundesweit wichtigster Fachmesse. Das konzentrierte Fachwissen der 19 führenden kommunalen Softwarehersteller und IT-Dienstleister gebündelt mit den Fachdiskussionen des IT-Talk und der konstruktiven Gesprächsatmosphäre der DATABUND Lounge sind für die kommunalen Entscheidungsträger eine optimal gestaltete Informationsplattform.

GZ: Für die Kommunen scheint diese Bündelung der Kräfte ja sinnvoll, aber warum haben Sie vor 8 Jahren für mittelständische Unternehmen einen Verband gegründet?

ULS: Damals waren führende

Softwarehersteller wie HSH, der Verlag für Ständesamtswesen oder Telecomputer sowie IT-Dienstleister wie die gerade in Bayern sehr erfolgreiche komuna GmbH zu der Überzeugung gelangt, dass das in der Branche



Ludwig Atzberger.

weit verbreitete „Einzelkämpfertum“ überwunden werden musste, um den anstehenden Anforderungen gewachsen sein zu können. Nach innen gerichtet betraf dies die Kommunikation zwischen einzelnen Unternehmen.

GZ: Für die Kommunen scheint diese Bündelung der Kräfte ja sinnvoll, aber warum haben Sie vor 8 Jahren für mittelständische Unternehmen einen Verband gegründet?

ULS: Damals waren führende

Marktteilnehmern und der Politik gebündelt vertreten werden.

GZ: Um welche Interessen handelt es sich dabei genau?

ULS: Da geht es zum einen um technische Fragestellungen der kommunalen IT wie z.B. der Standardisierung von Datenkommunikation, die unter dem Dach des IT-Planungsrats bzw. als XÖV-Standardisierung sehr praxisfern betrieben wird. Aber auch bei gesellschaftlich relevanten Themen wie Datenschutz bzw. Datensicherheit vertritt der DATABUND die speziellen Interessen und Anforderungen der kommunalen Verwaltungen.

GZ: Herr Atzberger, welche Rolle spielen Sie als in Bayern bekanntes Gesicht in dem Bundesverband DATABUND?

LUA: Schon in meiner Zeit als Geschäftsführer eines bekannten bayerischen kommunalen Dienstleisters war die Vision der Integration der Produkte und der dafür notwendigen Kooperation der Softwarehersteller und Betreiber ein Leitbild für mein unternehmerisches Handeln. Diese Vision fand ich im Rahmen des DATABUND verwirklichtbar.

GZ: Ist denn eine konkrete Umsetzung dieser Vision realistisch?

LUA: Erste IT-Architekturen sind unter Mitwirkung mehrerer DATABUND-Mitglieder entstanden. Sie sind auf der Messe zu sehen und zu begutachten. Die mittelständischen kommunalen Softwarehersteller und IT-Dienstleister sind immer Motor des Fort-

schritts für die Kommunalverwaltung gewesen. Ich freue mich, ein Teil dieses Motors sein und diesen Visionen ein Gesicht geben zu können.



Ulrich Schlobinski.

GZ: Klingt spannend. Was können wir denn zukünftig vom DATABUND erwarten?

LUA: Natürlich steht die Wahrung der Unternehmensinteressen unserer Mitglieder weiterhin im Vordergrund. Dabei werden wir auf Landes- und Bundesebene präsent bleiben und sind punk-

tuell sogar in Brüssel aktiv. Darüber hinaus verstehen wir uns auch als Anwalt der Kunden unserer Mitgliedsunternehmen, den Kommunalverwaltungen, deren Interessen im IT-Bereich häufig nur ungenügend Berücksichtigung in der politischen Diskussion finden.

ULS: Und weiter gedacht setzen wir uns insbesondere mit den Kunden unserer Kunden, den Unternehmen und Bürgern dieses Landes auseinander. Wer hat sich bei der langjährigen intensiven und größtenteils erfolglosen Diskussion über eGovernment je wirklich Gedanken über deren Belange gemacht? Wer hat die Unternehmen bei der großen Geldverschwendung „einheitlicher Ansprechpartner“ nach ihren Wünschen und Zielen befragt?

Wir werden hier eine Diskussion anstoßen, deren Resultate sehr überraschend sein können.

GZ: Meine Herren, danke für dieses Gespräch. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg auf der Messe und bei Ihren weiteren Vorhaben.

Schwabens IT-Zukunft sichern:

Gezielte Förderung und aktiver Dialog

Auf Einladung des Abgeordneten Johannes Hintersberger traf sich der Fachbeirat des Augsburger IT-Gründerzentrums „aiti-Park“ zu seiner Sitzung im Maximilianeum, um sich informell über die aktuelle Lage der Gründer in der IT-Branche der Wirtschaftsregion Schwaben, zu den Perspektiven der kommunalen IT-Landschaft Bayerns sowie zur Arbeit des Informations- und Kommunikationsbeirates (I&K Beirat) des Bayerischen Landtages auszutauschen.

„Eine der zentralen Herausforderungen zur effizienten Verbesserung unserer IT-Infrastruktur ist die Schaffung von Schnittstellen zwischen parlamentarischen Beiräten und Gruppen sowie den Branchenvertretern in unseren bayerischen Regionen. Nur im gegenseitigen Austausch können Dienstleistungen, Investitionen und Regelungen auf die Bedürfnisse unserer Bürger, der IT-Wirtschaft und der Gründer abgestimmt werden“, so Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des I&K Beirats Johannes Hintersberger.

Bereits seit dem Start des Gründerzentrums vor über 10 Jahren berät und unterstützt der Fachbeirat den Geschäftsführer Stefan Schimpfle in seiner Arbeit für die Entwicklung einer leistungsfähigen Gründer- und IT-Region in Augsburg und Schwaben. Mitgliedern des Fachbeirates sind Vertreter der schwäbischen Hochschulen, namhafte

Branchenvertreter, Netzwerker und Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft. Sowohl in Bayern, als auch bundesdesweit gehört der aiti-Park zu den herausstechenden Gründerzentren.

„Der aiti-Park hat sich zu einem sehr fruchtbaren Nährboden entwickelt – und das aus den unterschiedlichsten Perspektiven“, so der Fachbeiratsvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Reif, Vizepräsident der Universität Augsburg.

Vorsitzender Johannes Hintersberger und Martin Stegmeier, Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung sowie Leiter des Rechenzentrums Süd, informierten über die Arbeit des I&K Beirates und des Landesamtes für Statistik, die gemeinsam intensiv an der Verbesserung der Serviceorientierung des Bayerischen Landtages und der Ministerien, sowie der Verbesserung

der bayerischen IT-Infrastruktur arbeiten. Verschiedene neue Portale, wie z. B. das Verbraucher-Portal oder das Geo-Portal machen kommunale Daten für die Bürger einfach zugänglich. Gegenwärtig kümmern sich ca. 40 eigene und externe Entwickler um die IT-Infrastruktur des Freistaates.

„Zielsetzung ist, einen möglichst breiten Zugang zu Daten und Informationen für unsere Bürger und öffentliche Stellen so effektiv wie möglich zu gewährleisten.“

Dazu haben wir in den vergangenen Jahren die Strukturen bayerischen Landesamtes für Statistik angepasst und befinden uns im fortwährenden Dialog mit Experten aus der IT-Branche.“ erklärt Hintersberger. „Die Daten sollen laufen nicht die Bürger“, so der Abgeordnete.

Bayern Digital

250 Mio. Euro an bayerischen Fördermitteln sind in den kommenden 5 Jahren für den Ausbau Bayerns zum erstklassigen digitalen Wirtschaftsstandort geplant. Bayern soll weltweit ein Spitzenstandort sein, der industrielle Stärke mit dem Know-how der Informations- und Kommunikationstechnik vereint und so einen neuen Wettbewerbsvorsprung auf den globalen Märkten schafft. Dies gilt sowohl für die exportstarken Anwenderbranchen, wie Automotive, Maschinenbau oder Elektrotechnik, als auch für weite Teile des Dienstleistungssektors.

Mittelstand-Digital

Über das in diesem Jahr im aiti-Park angelaufene Projekt eBusinessLotse-Schwaben, das im Rahmen des Förderschwerpunkts Mittelstand-Digital des Bundeswirtschaftsministeriums für Wirtschaft kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung und Nutzung von IKT-Lösungen unterstützt, wurde ebenfalls berichtet. Kostenlose Infoveranstaltungen, Leitfäden und Gesprächsangebote stehen den Unternehmen in Bayerisch-Schwaben zur Verfügung, um ihre Wettbewerbsposition durch IT signifikant zu verbessern.

In der Diskussion ging es um neue Lösungsvorschläge für die weitere digitale Optimierung der parlamentarischen Arbeit, die Positionierung der über 5.000 Unternehmen zählenden bayerisch-schwäbischen IT-Branche und die Nutzung der bestehenden, bzw. künftigen Fördermöglichkeiten. Ein abschließender Rundgang durch das Maximilianeum rundete den informativen Besuch ab.

Congress@it-sa

Erste Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten der Länder und Kommunen in Nürnberg

Am 7. und 8. Oktober 2013 kommen die IT-Sicherheitsbeauftragten von Ländern und Kommunen in Nürnberg zu ihrer ersten Jahrestagung zusammen. Die Premiere der Informationsveranstaltung für IT-Sicherheitsexperten aus Behörden und Verwaltung findet pünktlich zur it-sa 2013 statt, einer der weltweit größten IT-Sicherheitsfachmessen. Unter dem Dach des messebegleitenden Kongressprogramms Congress@it-sa bietet die it-sa der Veranstaltung das passende fachliche Umfeld. Die it-sa öffnet ihre Tore dieses Jahr vom 8. bis 10. Oktober. Teilnehmer der Jahrestagung erhalten freien Eintritt zur Messe.

Die Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten der Länder und Kommunen vermittelt spezifisches Fachwissen zur Informationssicherheit in Behörden und Verwaltung. Dabei ist ein zentraler Gegenstand die Umsetzung der vom IT-Planungsrat verabschiedeten Informationssicherheitsrichtlinie für Bund, Länder und Kommunen.

Hochrangige Vertreter von BSI, dem IT-Planungsrat und anderen öffentlichen Organen sprechen zu Themen wie „Leitlinien für Informationssicherheit“, oder „La-gebericht und Cyberallianz“. Die Referenten informieren ebenso zum Bereich Mobile Device Management, zum Umgang mit

mobilen Endgeräten sowie dem Internet-Forum für IT-Sicherheitsbeauftragte. Eröffnet wird die Veranstaltung durch den IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer.

Vielfältiges Know-how- und Wissenstransfer

In unmittelbarer Nähe zur Fachmesse it-sa gelegen, bietet Congress@it-sa vertiefende Informationen zu verschiedenen Aspekten der IT-Security. Im Mittelpunkt stehen dabei der intensive Erfahrungsaustausch und der praxisnahe Wissenstransfer. Das ausführliche Programm und

weitere Informationen zu Congress@it-sa finden Interessierte unter: www.it-sa.de/congress

Umfassendes Informationsangebot für Kommunen

Für die Teilnehmer der Jahrestagung ist der Besuch der it-sa kostenfrei. Die Fachmesse zählt zu den weltweit größten Veranstaltungen zum Thema IT-Security und bietet einen umfassenden Überblick über die gesamte Bandbreite der IT-Sicherheit. Unternehmen, Hochschulen und Verbände präsentieren auf der it-sa Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Datenschutz und -sicherheit, Mobile Security, Sicherheit in der Cloud, IT-Security industrieller Netzwerke, Identity- und Accessmanagement, Netzwerk- sowie Rechenzentrumssicherheit und vielen anderen mehr. Die it-sa ist damit Anlaufstelle für alle, die sich professionell mit der Sicherheit von IT-Infrastrukturen befassen.

Konzentrierte Kommunale Kompetenz

Lösungen von den 19 führenden mittelständischen Softwareherstellern und IT-Dienstleistern finden Sie auf der **KOMMUNALE 2013 auf einem Stand.**

Halle 12 | Stand 402

DATABUND
Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e.V.

www.databund.de

Landkreis Regensburg:

Telekom und Kabel investieren

Breitbandstudie des Landkreises half Großanbietern auf die Sprünge

Hemau. (RL) Vor kurzem noch hatten die Telekom und Kabel Deutschland sich die Rosinen des Marktes herausgepickt und nur in Verdichtungsräumen mit vielen Hausanschlüssen in „schnelles Internet“ investiert. Jetzt bauen beide Großanbieter ihre Netze im Landkreis Regensburg aus.

Zweidrittel der Landkreishaushalte sollen Internetverbindungen mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 100 Mbits erhalten. Die restlichen Haushalte sollen über das Breitbandprojekt des Landkreises ebenfalls eine Versorgung von 100 Mbits erhalten. Die Mehrheit der Gemeinden (27 von 41) geht den gemeinsamen Weg mit dem Landkreis, drei Gemeinden haben sich noch nicht entschieden. Beim „Lenkungsausschuss Breitband“ wurden in Hemau die Weichen für die Breitbandförderung durch den Freistaat Bayern gestellt. Der Ausschuss schlägt dem Kreisausschuss einstimmig vor, das Büro Josef Ledermann weiterhin mit der Umsetzung des Breitbandprojekts

im Landkreis zu beauftragen. „Das gemeinsame Auftreten der Landkreisgemeinden bei der Breitbandstudie und der feste Willen, den Ausbau des fehlenden Netzes zusammen mit dem besten Anbieter umzusetzen, hat bei der Telekom und Kabel Deutschland offenbar bewirkt, dass beide Anbieter ihr Angebot freiwillig erweitern“, freute sich Landrat Herbert Mirbeth. Die Gebiete, die langfristig noch einigermaßen rentabel erscheinen, werden jetzt ausgebaut, um diese Bereiche nicht der Konkurrenz zu überlassen.

Einsparungen von einm Millionen Euro

„Allein durch die Erschließung von künftig 50.000 Haushalten durch Kabel Deutschland mit 100 Mbits und die weiteren Ausbaupläne der Telekom mit VDSL mit ebenfalls 100 Mbits sind dann rund Zweidrittel der Haushalte im Landkreis bestens versorgt und das, ohne dass wir einen Cent zu investiert haben“, so Landrat

Herbert Mirbeth: „Das ist ein erster Erfolg der gemeinsamen Bemühungen zum Thema Breitband“. War Projektleiter Josef Ledermann am Anfang der Studie noch von Kosten in Höhe von rund 20 Millionen Euro für den flächendeckenden Ausbau ausgegangen, haben sich diese Kosten durch den freiwilligen Ausbau der Großanbieter jetzt um einige Millionen Euro reduziert.

Gesamtabdeckung

Die Zweidrittel der Haushalte umfassen allerdings nur rund 15 Prozent der Fläche. Nicht in den Genuss der schnellen Internetverbindung kommen aber weiterhin viele kleine Ortschaften vor allem am Landkreisrand, die auch nicht zu den „Rosinen 2. Wahl“ von Telekom und Kabel gehörten. „Mir geht es aber immer noch um die Gesamtabdeckung des Landkreises. Ein Solidarmodell ist jetzt mehr denn je gefragt“, betonte der Landrat, der gleichzeitig darauf verwies, dass das Bemühen um

„schnelles Internet“ im gesamten Landkreis ein freiwilliges Engagement des Landkreises ist. „Der Landkreis ist dafür gar nicht zuständig, aber die Bundespolitik hat die Gemeinden mit ihrer Entscheidung, die Breitbandversorgung dem freien Markt zu überlassen, mit den Problemen allein gelassen“, bemängelt der Landrat: „Deshalb haben wir uns hier engagiert.“

100 statt 50 Mbit

Die fehlenden Bereiche des Landkreises sollen laut Josef Ledermann jetzt auch eine Mindestabdeckung bis zu 100 Mbit erhalten. Die Bundesnetzagentur hat erst vor wenigen Tagen die Kupferkabel für die sogenannte „Vektor-Technik“ freigegeben. Damit könnten jetzt statt bisher 50 Mbit mit VDSL Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit erreicht werden. Voraussetzung dafür sei weiterhin der Ausbau der Kabelverzweiger mit so genannten DSLAMs um damit die Datenübertragungsraten zu erhöhen.

Nach Aussagen von Ledermann werde man nach den Ausbauplänen von Kabel Deutschland und Telekom jetzt rund 100 Kabelverzweiger weniger ausbauen müssen, als ursprünglich geplant. Die noch nicht versorgten Kabelverzweiger sollen mit Hilfe des Förderprogramms ausgebaut werden. Die Förderung liegt dabei für die Gemeinden bei 40 bis 50 Prozent der Auftragssummen. Der Höchstsatz liegt bei 500.000 Euro.

Weichen für Förderung gestellt

Ledermanns nächste Aufgabe ist es jetzt, die Projektierung auf das Förderprogramm so zuzu-



Josef Ledermann (2. v. l.) präsentierte vor dem „Lenkungsausschuss Breitband“ die nächsten Schritte zum Ausbau des Breitbandnetzes.

schneiden, dass man am Ende eine möglichst große Abdeckung der Gemeinden mit „schnellem Internet“ im Landkreis erreicht. In jedem Erschließungsgebiet muss für die Förderung ein Bedarf von mindestens drei Gewerbetreibenden oder Landwirten nachgewiesen werden. Der Lenkungsausschuss hat dazu den Landkreis einstimmig in die drei Cluster „West“, „Südost“ und „Nordost“ eingeteilt.

Mustergemeinden

Die Cluster werden dann wiederum in Erschließungsgebiete unterteilt. Als zwei Mustergemeinden, für die das Büro Ledermann bis Mitte Oktober eine Planung und Kostenschätzung erarbeiten wird, wurden die Märkte Schierling und Laaber ausgewählt. Die Ausschreibung für den Netzausbau wird dann im Ganzen erfolgen. Für die Umsetzung des Netzausbaus im gesamten Landkreis geht Ledermann von rund drei Jahren aus. Die Lenkungsgruppe wird sich im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz am Ammersee Ende

Oktober 2013 erneut treffen. Dabei wolle man auch nochmals auf die Gemeinden zugehen, die sich bisher noch nicht für ein Mitmachen entscheiden konnten.

Breitbandförderung des Landkreises

Der Kreistag hat für die nächsten drei Jahre insgesamt 1,5 Millionen Euro für den Ausbau des Breitbandnetzes im Landkreis zur Verfügung gestellt. Diese freiwillige Leistung des Landkreises ist nicht förder-schädlich für die Förderung durch den Freistaat. Darüber hinaus finanzierte der Landkreis 200.000 Euro Planungs- und Ausschreibungskosten. Über die genaue Verteilung der Landkreisförderung entscheidet der „Lenkungsausschuss Breitband“ in einer der nächsten Sitzungen.

Der „Lenkungsausschuss Breitband“ besteht aus dem Landrat, drei Bürgermeistern verschiedener Gemeindegrößen, den Fraktionsvorsitzenden des Kreistags sowie zwei Geschäftsleitern von Gemeinden.



Im barocken Ismaninger Schlosssaal trafen sich zu einem Festakt anlässlich der Einführung der elektronischen Personenstandsregister (v. l.): Dr. Jürgen Busse vom Bayerischen Gemeindetag, Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer, Projektleiterin Andrea Nielsen, Geschäftsfeldleiterin Hiltrud Holzmann (alle AKDB), Ismanings Bürgermeister Michael Sedlmair, der Amtschef des Bayerischen Innenministeriums Günter Schuster, Bernd Buckenhofer vom Bayerischen Städtetag, AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth und Dr. Christoph Habammer von der Stabsstelle des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung. Bild: AKDB

Festakt in Ismaning:

Erfolgreiche Einführung des elektronischen Personenstandsregisters

Die Standesämter sind ab 2014 gesetzlich verpflichtet, alle Beurkundungen für Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften und Sterbefälle statt wie seit rund 150 Jahren in Personenstandsbüchern nunmehr in elektronischen Personenstandsregistern (ePR) durchzuführen. Für den Aufbau und Betrieb dieser ePR beauftragte der Freistaat Bayern die AKDB. Nun ist mit der Umstellung aller 1.238 bayerischen Standesämter dieses umfangreiche Projekt bereits deutlich vor dem gesetzlich vorgegebenen Termin abgeschlossen.

Nach umfassenden Tests mit ausgewählten Standesämtern wurden im anschließenden Rollout alle bayerischen Standesämter innerhalb eines halben Jahres angebunden und über 3.200 Standesbeamte geschult. Inzwischen sind bereits über 600.000 Beurkundungen und Folgebeurkundungen in den Registern abgelegt.

Konstruktive Arbeit

Jüngst fand im Rathaus von Ismaning ein Festakt zu diesem erfolgreichen Projektabschluss statt. Dabei würdigte Ministerialdirektor Günter Schuster, Amts-

chef des Bayerischen Innenministeriums, die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten sowie die enge Abstimmung mit Vertretern des Bayerischen Innenministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Standesämter und der AKDB-Projektleitung. Schuster dankte der AKDB ausdrücklich: „Der Freistaat hat mit der AKDB einen sehr erfahrenen Dienstleister, mit dem die Anbindung aller Standesämter innerhalb eines halben Jahres gelang. Der Betrieb war bestens vorbereitet, die Umstellung verlief reibungslos.“ Auch der Vorsitzende des Verbandes

der bayerischen Standesbeamten Klaus Holub betonte die von Beginn an problemlosen elektronischen Beurkundungen. Ismanings Bürgermeister Michael Sedlmair bezeichnete das Projekt als „deutschlandweit einzigartig und vorbildhaft auch für andere Bundesländer.“ Ohne die AKDB würde es die ePR in dieser Form in Bayern nicht geben, so Sedlmair.

Prominente Gäste

Weitere prominente Gäste des Festaktes im barocken Ismaninger Schlosssaal waren die jeweiligen Geschäftsführer der beiden bayerischen kommunalen Spitzenverbände Bernd Buckenhofer vom Bayerischen Städtetag und Dr. Jürgen Busse vom Bayerischen Gemeindetag sowie Dr. Christoph Habammer von der Stabsstelle des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung.

23. und 24. Oktober
Halle 12 Stand 323

Kommunale Kanaröler auf dem iPad (Führungsschritt)

Von den Bürger unterwegs (mobile Bürger-Service-Portal)

Arbeitsgänge, einfach wenn online (Bürger-Service-Portal)

Neues Gewerbesystem (OK GEWERBE)

Bewerbsmanagement online (PC und per App) mit OK FRS

Unterstützung für die SCFA-Ümstellung mit OK FRS

Der Bürgermeister wird mobil (Mobile-Service-Management)

Kommunale Kanaröler im Internet (OK FRS)

Bürgerhaushaltliches Bürgermeister (zu OK EPR)

Gipfeltreffen in Nürnberg

Kommen Sie zum Gipfeltreffen der kommunalen IT. Treffen Sie Bürgermeister, IT-Leiter und Fachkollegen und tauschen Sie sich aus. Meistern Sie mit Hilfe der AKDB die Herausforderungen, die auf die kommunale IT zukommen. An den Präsentations-

plätzen vermitteln Referenzkunden ihre Erfahrungen mit den AKDB-Verfahren. Überzeugen Sie sich selbst davon und besuchen Sie uns am 23. und 24. Oktober auf der Kommunale 2013, Halle 12, Stand 323! Weitere Informationen auf www.akdb.de

NÜRNBERG 2013
KOMMUNALE

AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Ansbach:

Kooperationsprojekt für neuen Personalausweis

Zukunftssicherheit mit der elektronischen Identität (eID)

Die Stadt Ansbach startete gemeinsam mit komuna GmbH EDV-Beratung, HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH und der Bundesdruckerei eine Initiative für mehr eGovernment. Die Vorgänge in der eGovernment-Lösung komuna.RSP nutzen zukünftig mittels des eID-Service der BDR die Funktionalitäten des nPA.

Jüngst erfolgte die Freischaltung im Rahmen einer Pressekonferenz bei der Stadt Ansbach durch Frau Ute Schlieker, Referentin Referat 5 Bürgerservice, Herrn Dieter Rampe, Leiter Bürgeramt, Herrn Franz Fuchs, Geschäftsführer komuna und Herrn Stephan Hauber, Geschäftsführer HSH.

Im November 2010 hat der neue Personalausweis den vorherigen Personalausweis abgelöst. Bei den neu ausgestellten Ausweisen nutzen viele Bürger die Option der Freischaltung der elektronischen Identifikation (eID). Mit dieser eID kann sich der Ausweisinhaber im Internet elektronisch ausweisen – sowohl gegenüber Behörden im eGovernment als auch gegenüber privatwirtschaftlichen Dienstleistern, also z. B. beim Online-Shopping. Aktuell ist die Zahl der Anbieter, die diese eID-Funktion zur Identifikation akzeptieren, noch überschaubar; dennoch: das Thema nimmt Fahrt auf. Für die Kommunen bietet sich hier die Chance, Prozesse zu optimieren. Bislang ist die Bandbreite von Behördengängen, die komplett online abgewickelt werden können, auf Grund von erforderlichen Unterschriftenleistungen faktisch stark limitiert. Die rechtssichere Ausweisung im Internet mittels eID eröffnet die Möglichkeit, ein breites Spektrum von Verwaltungsdienstleistungen online anzubieten. Und somit den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden.

eGovernment: Ansbach geht den nächsten Schritt

Die Stadt Ansbach arbeitet seit 2005 mit der bundesweit marktführenden Meldewesensoftware MESO. Seit 2007 nutzt sie auch die eGovernment-Lösung komuna.RSP und die Module MESO eAkte, MESO Vorausgefüllter Meldeschein und MESO Bürgermonitor, die in Verbindung mit dem Tablett Wacom eine optimale Unterstützung im Bereich des Bürgerservices bieten. Seit Einführung des Rathaus Service-Portals erledigen die Bürger immer mehr Behördengänge einfach und bequem von zu Hause

aus – über das Internet. Diese neuen Online-Dienste, z. B. Anträge für Melde-/Aufenthaltsbescheinigung, Führungszeugnis, Auskunfts-/Übermittlungssperre, Statusabfrage Pass/Personalausweis oder Beantragung der Briefwahl, kürzen vielfach Wege ab und werden in Ansbach sehr gut angenommen. In Kooperation mit komuna, dem MESO-Hersteller HSH und der Bundesdruckerei geht nun Ansbach den nächsten Schritt. Die Stadt Ansbach ist die erste Verwaltung in Bayern, die selber Diensteanbieter ist und die Identität mittels eines eigenen Zertifikats nachweisen kann.

komuna.RSP und die eID

Die meisten Anwendungen im Rathaus Service-Portal, das mittlerweile in Bayern über 200 Mal im Einsatz ist, sind bereits für die optimale Nutzung der eID-Funktion vorbereitet. Künftig können sich Ansbacher Bürger mit dem nPA und ihrer individuellen PIN mittels eines Chipkartenlese-

Leitfaden des Bayerischen Landkreistags:

Einführung und Einsatz von Dokumenten-Managementsystemen

Die Umstellung von der papiergebundenen hin zu einer elektronischen Aktenführung und die Einführung bzw. der Einsatz eines entsprechenden Dokumentenmanagementsystems sind derzeit für viele Landratsämter ein Thema. Denn bei der elektronischen Aktenführung entfällt nicht nur der Aufwand, die zunehmenden elektronischen Dokumente und E-Mails auszudrucken und zum Papierakt zu nehmen, sie bietet auch zusätzliche Vorteile.

Dazu zählen die orts- und zeitunabhängige Verfügbarkeit der Akten, gleichzeitiger Zugriff von mehreren Bearbeitern, einfache, schnelle, umfangreiche und komfortable Recherchemöglichkeit, schnellere und bessere Auswertung, Darstellung und Verarbeitung, Vermeidung einer fehleranfälligen mehrfachen Erfassung und Pflege von Daten, Beschleunigung der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen, Erhöhung der Transparenz des Verwaltungshandelns.

Um die Landratsämter bei der Umstellung auf eine elektronische



Bei der Freischaltung (v. l.): Franz Fuchs, Geschäftsführer komuna, Ute Schlieker (Referentin Bürgerservice) und Dieter Rampe (Leiter Bürgeramt, Ansbach).

gerätes bei Online-Behördengängen rechtssicher legitimieren. Das ermöglicht eine lückenlose, transparente und direkte Online-Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung. Um ein Höchstmaß an Effizienz zu gewährleisten, greifen alle Anwendungsfälle auf ein temporäres Bürgerkonto zurück. Die ausgelassenen Daten werden somit nicht dauerhaft gespeichert, sondern nur einmal für die jeweilige Online-Anwendung in das Fachverfahren übertragen.

Beide Seiten gewinnen: Bürger und Rathaus

Von den Anwendungen im Rathaus Service-Portal profitieren beide Parteien. Die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Verwaltung. Naturgemäß sind die Vorteile unterschiedlich gelagert. Meist sind es Zeitersparnis und Komfort auf der Bürgerseite

und Entlastung und mehr Service auf der Seite der Verwaltung.

Technische Voraussetzungen

- Ein Diensteanbieter benötigt ein Berechtigungszertifikat, das festlegt, welche personen- und ausweisbezogenen Daten er aus dem Personalausweis abfragen darf.
- Für die technische Integration der eID in die IT eines Diensteanbieters ist ein so genannter eID-Server nötig. Dieser eID-Server übernimmt die sichere Kommunikation mit dem Personalausweis und dem Bürger-PC.
- Zur Wahrung der Vertraulichkeit und Integrität der personenbezogenen Daten werden diese bei der Übertragung automatisch verschlüsselt.
- Der Nutzer wiederum benötigt ein Kartenlesegerät und die kostenlose Ausweis-App-Software, um die Ausweisdaten einzulesen.

komuna GmbH:

Schnell und sicher Briefwahl beantragen

Steigende Mobilität und eine alternde Bevölkerung, aber auch veränderte Beschäftigungsformen haben den Anteil der Briefwähler in den vergangenen Jahren stetig steigen lassen. Für die Beantragung wird normalerweise der bereits auf der Wahlbenachrichtigung aufgedruckte Wahlscheinantrag genutzt. Bevor die Wahlscheine gedruckt und mit den Wahlunterlagen versandt werden können, müssen diese Anträge jedoch erst erfasst werden. Das kostet zusätzlich Zeit und erhöht die Arbeitsbelastung in den Wahlämtern enorm.

Der Großteil der MESO-Kunden bietet dafür den MESO Internetwahlschein an. In Wahlämtern, die diese Lösung einsetzen, wurde der Zeitaufwand für die Bearbeitung von Wahlscheinanträgen um bis zu 35 Prozent gesenkt.

Der Internetwahlschein und die Online-Wahlvorgänge wurden mit den Erfahrungen der letzten 10 Jahre noch komfortabler gemacht – für ihre Mitarbeiter, aber auch für ihre Bürger! komuna stellt ihren Kunden ab sofort die persönliche Briefwahlbeantragung in ihrer eigenen Bürger-App mobil auf Smartphones und mittels dem direkt auf der Wahlbenachrichtigung aufgedruckten QR-Code zur Verfügung – ein perfekter Service in zeitgemäßer Form.

elektronische Aktenführung sichergestellt sein muss, dass zumindest für die „Lebensdauer“ einer Akte der Nutzungszugriff (Lesen, Bearbeiten, Zugang zu Protokollierungsdaten etc.) gewährleistet ist und hierbei die Verfügbarkeit, Vollständigkeit, Integrität, Vertraulichkeit, Unverfälschbarkeit, Nachprüfbarkeit und Verkehrsfähigkeit der aktenrelevanten Dokumente, Vorgänge und Akten sichergestellt sind.

Mit der Einhaltung dieser Anforderungen ist aus Sicht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands grundsätzlich auch die notwendige Revisionsicherheit der Akten gewährleistet, soweit nicht erweiterte gesetzliche Anforderungen an die elektronische Aktenführung bestehen.

Empfehlungen

Ein weiteres Kapitel befasst sich mit dem Dokumentenmanagement im Landratsamt und gibt Empfehlungen zum Erfassen, Speichern, Bearbeiten, Aufbewahren und Löschen von Dokumenten. Zudem werden Empfehlungen zur Abgabe von Akten (z. B. an andere Behörden), zur Aktenvorlage bei Gericht sowie zur Akteneinsicht gegeben. Um die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems zu erleichtern, werden entsprechende Hilfestellungen aufgeführt. Neben praktischen Handlungsempfehlungen enthält der Leitfaden auch Hilfestellungen zu rechtlichen Fragen. Insbesondere konnte in Abstimmung mit dem Bayerischen Kommunalen Prü-

fungsverband die Anforderung an die Revisionsicherheit der Aktenführung konkretisiert werden.

Organisationsprojekt

Wie im Vorwort dargelegt, „handelt es sich wegen der mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems verbundenen Umstellung auf eine elektronische Aktenführung in erster Linie um ein Organisationsprojekt (und kein IT-Projekt)“. Eine aktive Unterstützung des Projekts durch den Landrat und die übrigen Führungskräfte über die gesamte Dauer des Projekts hindurch sei dabei ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Einführung. Auch die Mitarbeiter sollten möglichst frühzeitig eingebunden und über das Projekt und die damit verbundenen Auswirkungen auf ihre persönliche Arbeitsweise informiert werden.

Der Leitfaden wird regelmäßig auf seine Aktualität hin überprüft und bei Bedarf fortgeschrieben. Die Umstellung auf eine elektronische Aktenführung kann maßgeblich dazu beitragen, dass interne und externe Verwaltungsvorgänge noch umfassender als bisher elektronisch durchgeführt werden – wie es auch der Zielsetzung des zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat Bayern vereinbarten eGovernment-Pakts entspricht.

Die in diesem Leitfaden enthaltenen Empfehlungen, bei deren Umsetzung stets die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, dienen hierbei als Hilfestellung. **DK**

Das Konzept der XVergabe muss Standard in Europa werden

Seit der Cebit im März dieses Jahres ist die XVergabe in aller Munde. Standardisierung ist das Schlagwort, einhergehend mit einem Multiplattformbieterclient (MPBC). Sogar Europa interessiert sich für das deutsche Projekt XVergabe.

Dieter Jagodzinska hat die XVergabe innerhalb der Healy Hudson Unternehmensgruppe zur Chefsache erklärt. Das Mitglied des Vorstands der Healy Hudson Holding AG, zu der auch die Healy Hudson GmbH mit dem Vergabeportal „Deutsche eVergabe“ gehört, ist seit dem 16. September Vizepräsident der European Association of Public eTendering Platform Providers, kurz EUPLAT. Das Ziel der Vereinigung: Interessenvertretung der eVergabe-Unternehmen innerhalb der EU sowie die Stärkung der elektronischen Vergabe insgesamt.

Zusätzlich gehört die technische Standardisierung im Bereich Interoperabilität der eVergabe-Plattformen in ganz Europa zu den Top Themen von EUPLAT. Um dem Thema die entsprechende Gewichtung zu geben, stellt Herr Jagodzinska gemeinsam mit

dem Präsidenten von EUPLAT die entsprechende Arbeitsgruppe „Interoperability“.

Technische Standardisierung europaweit vorantreiben

„Es ist gut und richtig, dass wir mit der XVergabe einen nationalen Standard schaffen“, so Herr Jagodzinska. „Allerdings reicht das aus unserer Sicht nicht aus. Momentan liegt zwar die Beteiligung ausländischer Unternehmen an EU-Ausschreibungen lediglich bei drei Prozent, allerdings können wir davon ausgehen, dass diese Zahl in den nächsten zehn Jahren massiv zunehmen kann, wenn wir die technischen Voraussetzungen hierfür schaffen. Alles richtet sich zunehmend auf Europa aus. Da ist es nur konsequent und folgerichtig, dass wir mit EUPLAT diesen Weg ebenfalls beschreiten und die Fragen der

technischen Standards in der eVergabe direkt mit der Europäischen Kommission diskutieren.“

Dass dabei die XVergabe eine Art Leitbild darstellt, dessen sich bei EUPLAT alle einig. „Es gilt nun, die technische Standardisierung mit Nachdruck europaweit voranzutreiben. Erste Gespräche mit Anbietern aus anderen EU-Ländern zeigen, dass dies gelingen kann“, erklärt Jagodzinska. „Wer die XVergabe ernsthaft unterstützen und vorantreiben will, muss dies im europäischen Kontext tun. Die Healy Hudson wird dies mit Nachdruck betreiben und so durch europäische Standards europaweit agieren. Wir sind zusätzlich zu Deutschland bereits in Portugal und der Schweiz aktiv und werden noch in diesem Jahr in Österreich und im kommenden Jahr in weiteren EU-Ländern in die Märkte eintreten. Dabei ist es nur konsequent, dass wir unsere Erfahrungen einbringen und aktiv an dem Thema auf EU-Ebene mitarbeiten“, so Jagodzinska. **DK**

App aufs Amt!

Die universelle Bürger-App für Ihre Verwaltung:

Online-Behördengänge über das Handy und aktuelle, überall verfügbare Informationen aus Rathaus, Verwaltung und Wirtschaft. komuna hat die innovative Lösung für die individuelle Bürger-App Ihrer Kommune.

Weitere Informationen unter www.komuna.de oder per Telefon unter 08 71 / 973 85-0



Auf zur Kommunale nach Nürnberg!
23.-24. Oktober 2013
Halle 12/Stand 424



Was benötigen Kommunen und Unternehmen in Zukunft?

Enterprise Mobility auf der Communication World 2013

Unternehmen und öffentliche Verwaltungen stehen im Zeitalter der Digitalisierung und Mobilisierung der Geschäftswelt vor neuen und immer größeren Herausforderungen. Aber was sind die richtigen Schritte und Maßnahmen, damit der Sprung in die Zukunft nicht verschlafen wird? Antworten und Lösungen auf diese Fragen gibt die Fachmesse Communication World am 6. und 7. November im MOC Veranstaltungszentrum München.

„Wie nähern Sie sich dem Thema „Enterprise Mobility“ an?“ Diese Frage stellte der Distributor Exclusive Networks 297 Entscheidungsträgern in europäischen Unternehmen. Die Studie untersuchte, wie stark die Wirtschaft den Trend Bring-your-own-Device bereits erkennt und erlaubt, welche Rolle Sicherheitsaspekte spielen und welche Erfahrungen Firmen mit „Enterprise Mobility“ gemacht haben.

Risiken

Das Ergebnis ist überraschend und erschreckend zugleich: 62 Prozent der Befragten mussten eingestehen, dass sie über keine angemessenen Strategien für „Mobile Enterprise“ verfügen. Das bedeutet gleichzeitig, dass Kostenüberschreitungen, aufwändiges Management und Sicherheitsrisiken akzeptiert werden. Lediglich ein gutes Drittel der Unternehmen (38 Prozent) entwickelte bereits passende Vorgehensweisen und verfügt über eine geeignete Infrastruktur, um mobile Geschäftsprozesse effektiv umzusetzen.

Informationsbedarf

Die Fachmesse Communication World hat erkannt, dass hinsichtlich Enterprise Mobility ein großer Informationsbedarf auf Seiten der Unternehmen besteht. Aus diesem Grund präsentiert sie neben Anbietern von Lösun-

gen und Anwendungen auch ein umfangreiches Vortragsprogramm in der begleitenden Konferenz. In der Session Mobile Strategien zeigen Experten am zweiten Messtag neue Wege in den Bereichen Mobile Social Media, Mobile Unternehmensführung oder Mobile Analytics. Besucher erfahren in den Sessions unter anderem, wie Unternehmen mobile Application erfolgreich in Geschäftsprozesse integrieren, oder wie eine Enterprise Mobility-Strategie zur Vertrieboptimierung anhand eines Praxisbeispiels aussehen kann. Außerdem erhalten Sie Antworten auf folgende Fragen: Bin ich im mobile Bereich richtig aufgestellt – kann ich wichtige Faktoren wie mobile Akzeptanz, Customer Engagement und die Gesamteffektivität des Unternehmens messen und vor allem ist mein Unternehmen überhaupt bereit für die Herausforderungen der digitalen, mobile Welt?

Mobile Government

Zu den weiteren Schwerpunkten der Konferenz zählen Mobile Government, Mobile Technologien, Business-Applications, Start-ups sowie Mobile Projekte und Mobile Labs. Für den Zugang zur Konferenz benötigen Besucher in diesem Jahr erstmals kein gesondertes Ticket. Die Eintrittskarte der Communication World ermöglicht gleichzeitig den Besuch der Open Conference.

Darüber hinaus präsentiert die Communication World im Ausstellungsbereich in einer eigens vorhergesehenen Fläche zum Thema Mobile Education. Dort können sich die Fachbesucher über die vielfältigen Möglichkeiten der Einbindung mobiler Technologien in Unterricht, Lehre und Weiterbildung informieren.

Am 7. November 2013:

Bayerisches Breitbandforum in München

Die Versorgung mit schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe zur Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern insgesamt stärken. Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Mit dem Bayerischen Breitbandforum am 7. November in München schafft die Bayerische Gemeindezeitung eine Plattform, über die Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht werden. Die IT-Messe Communication World bietet hierfür den perfekten Rahmen. Zusätzlich kann die Ausstellung besucht werden, auf der selbst ein großes Produktangebot für die öffentlichen Auftraggeber gezeigt wird.

Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter kommunaler Fachforen

Die Bayerische Gemeindezeitung beliefert kommunale Entscheider mit qualifizierten Fachinformationen. Die Leser sind verantwortlich für kommunale Investitionen im Freistaat und üben eine meinungsbildende Vorbildfunktion aus. Das Printangebot wird durch Fachveranstaltungen speziell für diese Zielgruppe ergänzt. Bereits im sechsten Jahr führte die GZ erfolgreich das Energieforum „Power für Bayerns Kommunen!“ durch. Hinzu kommen das Kommunalforum Alpenraum – als bayerischer Medienpartner – und das Bayerische Wasserkraftforum. Im Rahmen einer weiteren Fachveranstaltung wendet sich die GZ nun dem Fachthema EDV/IT/Kommunikation zu und lädt herzlich ein, auf dem Bayerischen Breitbandforum dabei zu sein.

Bayerisches Breitbandforum am 7.11.2013 im MOC München, Lilienthalallee 40, 80939 München. Weitere Informationen unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Erste Überblicke über die Themen der Communication World bietet die Messe München im Rahmen eines Pre-Event am Donnerstag, 10. Oktober, im Werk1 in München. Bei der Veranstaltung „Mobilisten Talk meets Communication World“ diskutieren Experten mit interessierten Besuchern über die Themen „Mobile Education“ und „Mobile Business Anwendungen“. Eine kostenlose Anmeldung zum Pre-Event ist ab sofort auf der Internetseite www.communication-world.com möglich. **Weitere Informationen unter: www.communication-world.com**



Communication World 2013

Die Plattform für mobile Entscheider

- Zentrale B2B-Fachmesse zum Thema Enterprise Mobility
- Open Conference: Praxisnah und anwenderorientiert
- Know-how-Transfer: Innovative Strategien und Lösungen



Sichern Sie sich jetzt Ihr kostenloses Besucherticket*! Aktionscode: CW2P5

Informieren Sie sich jetzt über die Fachmesse mit Konferenz unter: www.communication-world.com



COMMUNICATIONWORLD
ITelligent mobility

6.–7. November 2013
MOC Veranstaltungszentrum München

*Lösen Sie den Aktionscode unter www.communication-world.de/tickets ein.

Verwaltung sicher im Cyberspace!

Deutschlands Verwaltung sicher im Cyberraum! - „Für dieses Ziel hat der IT-Planungsrat (IT-PLR) unter bayerischem Vorsitz bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet“, bilanzierte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, nach einem Runden Tisch zur „Sicherheitstechnik im IT-Bereich“ im Bundesinnenministerium in Berlin mit Vertretern aus Wissenschaft, Verbänden und den Bundesländern. Ergebnisse der Sitzung, die im Auftrag von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel durchgeführt wurde, sollen im Nationalen Cyber-Sicherheitsrat erörtert werden.

„In Deutschland und Europa muss die heimische IT-Sicherheitsindustrie hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit gestärkt und weiter ausgebaut werden“, betonte Pschierer. Drei Handlungsfelder seien zukünftig besonders wichtig:

Handlungsfelder

1. Die Koordinierung der Cybersicherheitsmaßnahmen der Verwaltung.
2. Angemessene und bezahlbare IT-Sicherheit für die Kommunen und den Mittelstand. Dabei komme es in einer zunehmend vernetzten Welt immer mehr auf den Schutz und die vertrauliche Übermittlung von Unternehmens- und Bürgerdaten an.
3. In der qualitativen Verbesserung des IT-Betriebs in der öffentlichen Verwaltung bestehe Potential für mehr Sicherheit. Ein professioneller IT-Betrieb verlange qualifiziertes Personal mit zuverlässigen und vertrauenswürdigen Produkten in geregelten und nachvollziehbaren Prozessen. „Die Abhängigkeit der Verwaltung von der Informations- und Kommunikationstechnologie ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen“, so Pschierer. Daher sollten die Anstrengungen des

die notwendige betriebliche Basis zur Umsetzung der ständig steigenden Sicherheitsanforderungen.“

Leitlinie für Informationssicherheit

Der IT-PLR habe unter Bayerns Vorsitz eine für Bund und Länder verbindliche Leitlinie für Informationssicherheit verabschiedet, eine Bund/Länder-AG Informationssicherheit eingerichtet und einen verbindlichen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Die ressortübergreifende Zusammen-

Vor 30 Jahren:

Marktzulassung des ersten Handys

Das Mobiltelefon feiert in diesem Jahr 30-jähriges Jubiläum. Am 21. September 1983 erhielt das erste Handy seine Zulassung von der US-Aufsichtsbehörde FCC.

In diesem Jahr wird das Mobiltelefon 30. Einige Meilensteine aus der Erfolgsgeschichte: Das erste tragbare Handy, das Motorola Dynatac 8000, erhielt am 21. September 1983 seine Zulassung von der US-amerikanischen Aufsichtsbehörde FCC (Federal Communications Commission). Knapp drei Monate zuvor, im Juni 1983, wurde es zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgestellt. Verbraucher konnten das Mobiltelefon ab 1984 im Handel erwerben. Trotz des Preises von rund 4.000 US-Dollar wurden im ersten Jahr bereits 300.000 Exemplare des Dynatac 8000 verkauft. Mit einem Gewicht von fast 800 Gramm und einer Länge von 33 Zentimetern ist der Handy-Urahn kaum mit

heutigen Mobiltelefonen vergleichbar. Auch die Akku-Laufzeit war mit 30 Minuten reiner Gesprächszeit deutlich kürzer als bei den aktuellen Geräten.

Prognose: 2014 weltweit genauso viele Handys wie Menschen

Laut Prognosen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) wird die Anzahl der Mobiltelefone im kommenden Jahr erstmals die Marke von sieben Milliarden übersteigen. Damit gäbe es ebenso viele Handys wie Menschen auf der Welt. In deutschen Haushalten nähert sich die Verbreitung von Mobiltelefonen immer weiter der 100-Prozent-Marke an. Einer aktuellen Studie

arbeit der AG (Arbeitsgemeinschaft) Informationssicherheit des IT-PLR mit der AG Cybersicherheit der Innenministerkonferenz werde bereits erfolgreich praktiziert. Diesen Weg will der IT-PLR in Richtung der übrigen Fachministerkonferenzen weiter beschreiten.

Ausschreibungsbedingungen

Der IT-Planungsrat wird am 2. Oktober 2013 bei seiner nächsten Sitzung in München mögliche Konsequenzen prüfen, insbesondere im Bereich von Ausschreibungsbedingungen für die Verwaltungs-IT aus der Berichterstattung zu PRISM sowie Tempora & Co.

Regensburger Hightech:

Smartphones „versilbern“

(obx) Forscher aus der Donau-Metropole haben winzige Silberdrähte für die kostengünstigere Produktion berührungsempfindlicher Handy-Bildschirme entwickelt.

Das Smartphone gehört längst zum Alltag, doch der Markt für die intelligenten Helfer ist noch lange nicht gesättigt. Ein Problem für die Hersteller: Bisher wird für die Produktion der berührungsempfindlichen Bildschirme von iPhone und Co. der sehr seltene Rohstoff Indium benötigt. Das Regensburger Unternehmen rent a scientist hat winzige Nano-Silberdrähte als günstige Alternative für die Herstellung von Touchscreens entwickelt. Eine neue Kooperation mit einem internationalen Rohstoff-Konzern soll den patentierten Regensburger Silber-Drähten jetzt zum weltweiten Durchbruch verhelfen. Außer in Handy-Bildschirmen könnten die Nano-Drähte bald auch in modernen Solarzellen, zum Beheizen von Autoscheiben und vielem mehr eingesetzt werden.

Vermutlich noch in diesem Jahr soll ein erstes Handy auf den Markt kommen, das mit der

neuen Regensburger Technik „versilbert“ ist, sagt Adi Parzl, einer von drei geschäftsführenden Gesellschaftern der rent a scientist GmbH. Das Unternehmen arbeitet schon lange an der Entwicklung von Nano-Silber für zahlreiche Anwendungen von antibakteriellem Knochenzement für Chirurgen bis zu „versilberten“ Viren-Schutzanzügen für Rettungskräfte.

Kostensenkung

Jetzt soll eine neue Kooperation mit einem global agierenden Rohstoff- und Chemiekonzern dem Regensburger Nano-Silber zum weltweiten Durchbruch verhelfen. Zunächst im Fokus: eine deutliche Kostensenkung bei der Produktion der besonders teuren berührungsempfindlichen Smartphone-Bildschirme. Herkömmliche Touchscreens bestehen aus Glas, das mit Indiumzinnoxid leitfähig gemacht wird.



Die drei Geschäftsführer der Regensburger Firma „rent a scientist“ (v. l.) Dr. Georg Maier, Dr. Robert Nusko und Adi Parzl mit den von ihnen entwickelten Nano-Silberdrähten. In winzige Drähte zerlegt erscheint das Silber dunkel. Nano-Silberdrähte sollen künftig die Produktion der berührungsempfindlichen Bildschirme von iPhone und Co. deutlich günstiger machen. Bild: obx-news

Viel günstiger lässt sich der Stromfluss aber mit Nano-Silberdrähten herstellen. Der Clou: das Nano-Silber eignet sich auch für flexible Oberflächen wie Folien. Der Einsatz von Silber ist dabei extrem gering - mit zehn Gramm Nano-Draht können rund 250 Quadratmeter Folie beschichtet werden.

Autoscheiben beheizen

Künftig sind viele weitere Anwendungsmöglichkeiten für mit Nano-Silberdrähten beschichtete leitfähige Folien möglich: beispielsweise zum Beheizen von Autoscheiben ohne sichtbare

Drähte. Da elektrisch leitfähige Flächen auch Wärmestrahlen gut reflektieren, ist der Einsatz der neuen Nanosilber-Folien auch als kühlende Beschichtung für Hausdächer denkbar. Rent a scientist hat dafür bereits ein Netzwerk mit mittelständischen Unternehmen und dem Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) initiiert. Außerdem könnten organische Solarzellen künftig mit Nano-Silberdrähten hergestellt werden, so Adi Parzl. Rent a scientist wird sich in Kürze an einem internationalen Forschungsprojekt der EU zu diesem Thema beteiligen.

Führende Position

Das Regensburger Unternehmen arbeitet schon seit mehr als 10 Jahren an Nanosilber-Technologien und hat heute europaweit eine führende Position auf diesem Gebiet. Derzeit erwirtschaften die 16 Mitarbeiter jährlich rund zwei Millionen Euro Umsatz. Sollte sich die Nanosilber-Technik weltweit durchsetzen, würden sich diese Zahlen wohl bald vervielfachen.

Wirksames kommunales Forderungsmanagement

Neue Gestaltungsmöglichkeiten durch
Zentrale Adressverwaltung von INFOMA

Ein erfolgreiches kommunales Forderungsmanagement setzt einen eindeutigen Adressbestand voraus – erschweren doch veraltete Daten oder Adressdubletten bereits im Kern die Wirksamkeit. Mit dem Modul Zentrale Adressverwaltung bietet die INFOMA Software Consulting GmbH daher ein spezialisiertes Verfahren zur Bereinigung und kontinuierlichen Pflege der kommunalen Bürgerkonten im Finanzwesen.

Integriert in die Produktfamilie newsystem kommunal, aber auch übergreifend von anderen Verfahren nutzbar, übernimmt es die permanente Optimierung von Adressbeständen. Ziel dabei ist, qualitativ hochwertige Adressen zu erfassen, Dubletten zu vermeiden und den aktuellen Bestand systematisch zu komprimieren, um so eine rechtlich gültige Basis für bestehende Forderungen zu legen. Gleichzeitig ermöglicht die Zentrale Adressverwaltung einen schnellen Überblick über alle relevanten Daten in einer Adresse und führt die wichtigsten Informationen zu einem Debitor zusammen. Fachlich fundierte Beratungspakete hinsichtlich einer sinnvollen Nutzung der zusammengeführten Informationen für ein aktives Forderungsmanagement ergänzen das Softwareangebot der Ulmer.

Die eigentliche Entstehung einer Forderung ist der erste Ansatzpunkt eines aktiven Forderungsmanagements, also dem Steuern des Prozesses vom Entstehen einer Forderung bis zu ihrem Ausgleich durch Zahlung. Hier gilt sowohl für den öffentlich-rechtlichen Bescheid als auch für die privatrechtliche Willenserklärung, dass die Forderung als beweiskräftiges Schriftstück zunächst einmal dem Schuldner zugehen muss. Ist dies nicht möglich, kann keine

rechtskräftige Forderung entstehen.

Ein Grund dafür sind die in vielen Fällen veralteten, unübersichtlichen und melderechtlich dem tatsächlichen Wohnsitz bzw. Aufenthaltsort der Schuldner nicht mehr entsprechenden Adressdatenbestände. Die Ermittlung des aktuellen Aufenthaltsorts ist häufig sehr zeit- und kostenintensiv. Wesentliche Komponente eines erfolgreichen Forderungsmanagements ist folglich ein qualitativer und aktueller Adressdatenbestand.

Hier liegt der Nutzen des INFOMA-Moduls Zentrale Adressverwaltung für die Kommunen und öffentlichen Einrichtungen. Es ermöglicht, neben der Zusammenfassung von Adressdubletten zu einem klaren und übergeordneten Debitor auch deren Online-Abgleich mit dem Einwohnerwesen zur Verbesserung der Adressqualität. Zahlreiche Funktionalitäten zur Schaffung und Pflege eines eindeutigen Adressdatenbestands und Bürgerkontos, wie z.B. Antragswesen zur Standardisierung der adressrelevanten Verwaltungsprozesse, automatische Korrekturen und Normierungen fehlerhafter Adressdaten etc., stehen zur Verfügung.

Im Rahmen von Beratungspaketen analysiert das INFOMA Consulting-Team alle adäquaten Prozesse und erarbeitet auf dieser Basis ein entsprechendes Handlungskonzept. In den darauf aufbauenden Beratungseinheiten stehen sowohl die Optimierung der Forderungsentstehung und -verarbeitung als auch die Forderungsvollstreckung im Vordergrund.

Durch die Einführung der Zentralen Adressverwaltung und ihrer Bürgerkonten haben die Anwender die Möglichkeit, rechtzeitig steuernd einzugreifen und ihre Forderungen durch entsprechende Maßnahmen zeitnah und sicher umzusetzen. Ein konsequent realisiertes Forderungsmanagement trägt dazu bei, Kassenkredite zu verringern oder ganz zu vermeiden und auf diese Weise die Liquiditätssituation zu verbessern.

Weitere Informationen unter: www.infoma.de

Bayerischer Landkreistag unterzeichnet erweiterte Geodaten-Vereinbarung

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl, Miesbach, und der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, haben jüngst im Landratsamt Miesbach die Generalvereinbarung über die Nutzung von Geodaten für die Landkreise um realitätsnahe Gelände- und 3D-Gebäudemodelle ergänzt.

„Für die Landkreise ergeben sich dadurch viele neue praktische Anwendungsmöglichkeiten“, ist Jakob Kreidl überzeugt. Von diesen neuen Möglichkeiten konnten sich die Teilnehmer der Veranstaltung in Miesbach exemplarisch anhand der aktuellen Themen „Energiewende“ und „Katastrophenschutz“ überzeugen.

Anwendungsmöglichkeiten

So führte der GIS-Beauftragte des Landkreises Cham, Dr. Ulrich Huber, Windkraft-Standortanalysen mit Hilfe von 3D-Anwendungen durch und zeigte die Möglichkeiten mobiler GIS-Nutzung für politische Entscheidungsträger auf. Dr. Robert Roschlaub, Landesamt für Vermessung und Geoinformation, stellte das 3D-Gebäudemodell von Miesbach vor. Christian

Herrle, Geschäftsführer der G21 GmbH, informierte über die Nutzung von Geodaten im Katastrophenschutz.

Unmittelbarer Zugriff

Beim Katastrophenschutz hat der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung einen Projektvorschlag des Bayerischen Landkreistags aufgegriffen, der den im Katastrophenschutz mitwirkenden Kräften im Bedarfsfall jederzeit und bayernweit einen unmittelbaren Zugriff auf die amtlichen Geodaten ermöglichen soll. Bei der zurückliegenden Hochwasserkatastrophe hatten viele tausend Einsatzkräfte aus anderen Landkreisen und Städten und damit außerhalb des ihnen bekannten Gebietes unermüdet gegen die Fluten angekämpft. „Gerade für diese Einsatzkräfte ist es wichtig, dass sie bei der Ein-

satzvorbereitung und im laufenden Einsatz jederzeit auf aktuelle und verlässliche Geodaten zurückgreifen können“, betont Kreidl und freut sich, in Finanzstaatssekretär Pschierer einen Mitsprecher für das Projekt gefunden zu haben.

WS LANDCAD 2014:

Bauleitplanung für CAD und GIS

Das Wiesbadener CAD- und GIS-Systemhaus Widemann Systeme GmbH präsentiert WS LANDCAD 2014. Die neue Version der marktführenden Fachapplikation für Stadt- und Objektplanung kann unter AutoCAD oder BricsCAD eingesetzt werden. Der flexible modulare Aufbau erfüllt umfassende Anforderungen wie XPlanung, Flächennutzungs-, Landschafts- und Bebauungsplanung, Biotoptypenkartierung, Pflanz- und Ausführungsplanung, Abrechnung und vieles mehr.

WS LANDCAD 2014 enthält entscheidende Verbesserungen und Neuprogrammierungen in mehreren Modulen und wurde an die aktuelle AutoCAD-Produktfamilie 2014 und an BricsCAD Version 13 angepasst. WS LANDCAD ist damit die einzige Stadt- und Objektplanungs-Applikation, die BricsCAD unterstützt und damit die Neuanschaffung oder die Erweiterung von Arbeitsplätzen außerordentlich preiswert macht.

Für die Bauleitplanung ist ein reibungsloser Austausch mit GIS-Systemen zunehmend wichtig. Die Module Bauleitplanung und GeoXchange werden deswegen kontinuierlich weiterentwickelt. Hierbei ist im Besonderen die Nutzungsmaßberechnung hervorzuheben. Die Berechnung der Nutzungsmaße dokumentiert das Maß der baulichen Nutzung bezogen auf Teile eines Baugebietes. WS LANDCAD vermag diese Berechnungen überschlägig für ein geplantes Baugebiet durchzuführen oder detailliert für ein einzelnes Grundstück. Die Betrachtung einzelner Grundstücke erlaubt es daher auch, Berechnungen im Bestand durchzuführen und damit das tatsächliche Maß der baulichen Nutzung nachzuweisen.

GeoXchange erstellt völlig automatisiert Dateien des für die Bauleitplanung konzipierten Austauschformates XPlanGML. Sowohl der Import als auch der Export wird nun von einer erweiterten Konformitätsprüfung unter-

stützt. Dies minimiert Regelverstöße und verbessert die Qualität des Austauschs. Zudem wurde der Shape-Export inhaltlich und die Funktion GeoPlot um das sogenannte Bildklippen erweitert.

Bildklippen bezeichnet die Möglichkeit, beliebige Bereiche eines Bildes automatisiert transparent auszugeben. Diese Bereiche sind nicht identisch mit dem Hintergrund. Vielfach wird das Klippen genutzt, um Gebiete außerhalb einer Plangrenze nicht nur abzudecken, sondern gleichzeitig auch durchscheinend darzustellen, so dass in Auskunftssystemen nebeneinander mehrere „rechteckige“ Bilder ohne inhaltliche Überlappung angezeigt werden können.

Im Legendenmanager der Version 2014 kann nun die Legende sowohl im Modellbereich als auch im Layout angewendet werden. Zusätzlich wurden Parameter ergänzt, über die Einfluss auf den Legendentext genommen werden kann.

Das Modul Landcad bietet dem Anwender zahlreiche nützliche Werkzeuge zur generellen Vereinfachung des täglichen Umgangs mit einem CAD-System. In WS LANDCAD 2014 wurde beispielsweise die Polylinienverfolgung um eine Fortsetzen-Option ergänzt. Außerdem sind die Rastertools mit zusätzlichen Funktionserweiterungen deutlich aufgewertet worden und stellen ein unerlässliches Werkzeug im Umgang mit Rasterbildern dar.

Gesundheitsministerium:

Online-Wegweiser für Gesundheitswesen

Die Broschüre „Patientenberatung in Bayern“, ein gemeinsames Projekt der Patientenbeauftragten Dr. Gabriele Hartl (Bayerisches Gesundheitsministerium) zusammen mit dem „Runden Tisch Patientenrechte“, wurde im April 2013 veröffentlicht. Seitdem wurden rund 38.000 Exemplare an Interessierte verteilt. Die Publikation wurde jetzt als Online-Wegweiser im Internet unter www.patientenportal.bayern.de freigeschaltet.

Die Online-Version kommt dem Bedürfnis vieler Menschen entgegen, verlässliche Informationen im Internet zu suchen. Hartl: „Wir wollen mit diesem Online-Angebot den Patientinnen und Patienten helfen, schnell den richtigen Ansprechpartner für ihre Fragen zu finden.“

Komfortable Suche

Der Online-Wegweiser gibt einen Überblick über allgemeine Beratungsangebote von A bis Z und geht dabei über die gedruckte Broschüre hinaus: Mittels einer kom-

fortablen Suche bietet er die Möglichkeit, durch Stichworteingaben wie z. B. „Krankengeld“, „Heil- und Hilfsmittel“ oder „Zuzahlung“ alle passenden Ansprechpartner zu finden. Dabei stehen mit einem Klick auf die jeweilige Organisationskontaktdaten zur Verfügung. Die Nachfrage nach der Broschüre sowie die rund 1.000 Patientenfragen, die jährlich an die Patientenbeauftragte gestellt werden, zeigen, dass das Interesse an Gesundheitsthemen und der Beratungsbedarf groß sind.

Weitere Informationen unter: www.patientenportal.bayern.de

Die E-Mail-Flut eindämmen

Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung sind jeden Tag einer wahren Flut an Daten und Dokumenten ausgesetzt. Hier schafft eine neue Softwaregattung Abhilfe: Social Intranets. Sie beschleunigen den Austausch von Informationen und Dokumenten, fördern die interne Kommunikation und beseitigen auf diese Weise Zeitfresser wie E-Mails und Meetings.

Wachsende Datenmengen erschweren die Informationsfindung

„Der Erfolgreichste im Leben ist der, der am besten informiert wird.“ Dieses Zitat des ehemaligen britischen Premierministers Benjamin Disraeli ist heute noch genauso gültig wie im 19. Jahrhundert als es formuliert wurde. Obwohl wir heutzutage über bessere Möglichkeiten verfügen, uns zu informieren, wird es allerdings immer schwieriger, die für uns relevanten Informationen herauszufiltern.

Gerade die tägliche Flut an E-Mails, oft mit weiteren Dokumenten im Anhang, der die Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung ausgesetzt sind, stellt ein großes Problem dar. Laut einer Studie des Softwareherstellers Mindjet erhält jeder Mitarbeiter am Tag durchschnittlich etwa 40 geschäftliche E-Mails, von denen 20 Prozent aus Zeitgründen erst gar nicht geöffnet werden.

Neue Werkzeuge zur Zähmung der Informationsflut

Bereits jetzt ist es für die Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung schon schwer genug, aus dem Überangebot an Informationen und Daten genau die

jenigen herauszufiltern, die sie für ihre Arbeit brauchen. Man kann sich leicht ausrechnen, dass dies in Zukunft nicht unbedingt einfacher werden wird. Um dieses Problem zu lösen, bedarf es neuer Ideen und Werkzeuge für die tägliche Arbeit. Werkzeuge, die die Kommunikation unter den Mitarbeitern verbessern und den gezielten Austausch von Daten und Dokumenten unterstützen. Eine neue Softwaregattung, die genau hierfür von immer mehr Unternehmen und Behörden eingesetzt wird, sind Social Intranets.

Beschleunigte Prozesse

Diese Lösungen machen Kommunikationstechnologien, wie man sie von sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter kennt, für die Organisation nutzbar. Die Vorteile: Die Zusammenarbeit und der Wissensaustausch unter den Mitarbeitern werden gefördert, die Ideenfindung beschleunigt, der Bedarf an Meetings weniger, Prozesse schneller und die Kosten sinken.

Ein großer Vorteil moderner Social Intranets ist außerdem die einfache Bedienung. Alle, die privat selbst schon einmal ein soziales Netzwerk genutzt haben, benötigen keine weitere

Schulung. Führt man sich vor Augen, dass es aktuell allein in Deutschland über 23 Millionen Facebook-Nutzer gibt, wird schnell klar, dass wohl die meisten Mitarbeiter zu diesem Kreis gehören dürften. Aber auch Mitarbeiter, die über keine Erfahrung mit sozialen Netzwerken verfügen, können sehr schnell mit der Software arbeiten.

Austausch

Direkte Newsfeeds lösen im Social Intranet die umständliche Kommunikation per E-Mail vollständig ab. Der große Vorteil neben der Zeitersparnis ist hierbei, dass Nachrichten, Dokumente, Bilder und Videos von den Kollegen kommentiert werden können. Auf diese Weise lassen sich Gedanken transparent austauschen und neue Ideen sehr schnell gemeinsam weiterentwickeln.

Social Intranet Lösung

Die Social Intranet Lösung Intrexx Share des deutschen Herstellers United Planet geht sogar noch einen Schritt weiter. Die Mitarbeiter erhalten Status-Updates und Nachrichten nämlich nicht nur von ihren Kollegen, sondern auch von den eingesetzten Softwarelösungen (Intranet, ERP, Terminkalender, Excel, Access etc.): Ändern sich beispielsweise die Kontaktdaten eines Ansprechpartners, sendet die entsprechende Fachapplikation automatisch einen Newsfeed an den zuständigen Sach-

bearbeiter. Welche Informationen man erhalten will, kann jeder Mitarbeiter individuell bestimmen, indem er die entsprechenden Applikationen „abonniert“. Bekanntmachungen oder andere Informationen, die alle Mitarbeiter erhalten sollen, können jedoch auch als „Pflichtabonnement“ festgelegt werden.

Übersichtliche Informationen

Um die Übersichtlichkeit der erhaltenen Informationen weiter zu steigern, kann der Mitarbeiter sich die Neuigkeiten nicht nur chronologisch, sondern auch nach Kategorien und Wichtigkeit geordnet anzeigen lassen. Klickt er eine Neuigkeit bzw. einen Newsfeed an, öffnet sich ein Popup-Fenster, welches weiterführende Informationen enthält und in dem er die Daten bei Bedarf direkt bearbeiten kann.

Nur noch eine einzige Arbeitsoberfläche für alle Softwarelösungen

Erfasst man Daten in der Arbeitsoberfläche von Intrexx Share, werden sie in Echtzeit in die jeweilige Fachapplikation zurückgeschrieben. Erhält ein Mitarbeiter eine neue Information, kann er also direkt in Intrexx Share damit arbeiten und muss dazu nicht mehr extra in die einzelnen Programme gehen. Damit bietet Intrexx Share eine globale Arbeitsoberfläche für alle Softwareprogramme. Da die Mitarbeiter nicht mehr zwischen den verschiedenen (oft sehr unterschiedlichen) Oberflächen wechseln müssen, sparen sie sehr viel Zeit.

Über den grafischen Bezie-

hungsdesigner von Intrexx Share können die einzelnen – oft isolierten – Fachapplikationen sogar miteinander verknüpft werden. So ist es beispielsweise möglich, die Mitarbeiterverwaltung mit dem Dienstplan und der Urlaubsverwaltung zu verknüpfen. Erhält ein Vorgesetzter gemäß seiner Zuständigkeit dann beispielsweise den Urlaubsantrag eines Mitarbeiters als Newsfeed, kann er bei Bedarf weitere Informationen zum Mitarbeiter abrufen oder in den Dienstplan schauen. Er erhält somit alle nötigen Informationen auf einen Blick.

Konkrete Anwendungsfälle und ihr Nutzen

Gerade für Projektgruppen bietet ein Social Intranet einen großen Mehrwert. Ihnen stellt die Software einfach zu benutzende Arbeitsräume bereit, in denen die Gruppen sich ohne Zeitverzögerung per Newsfeed über aktuelle Projektstände austauschen und neue Ideen gemeinsam weiter entwickeln.

Transparenz

Die Kommunikation erfolgt hierbei deutlich schneller und transparenter als dies per E-Mail möglich wäre. Alle Mitteilungen können dabei sogar von den beteiligten Kollegen mit Kommentaren versehen werden. Projektdokumente lassen sich per Newsfeed versenden und übersichtlich verwalten. Auch Bilder und Videos können per Newsfeed sehr schnell unter den Mitgliedern einer Projektgruppe ausgetauscht und kommentiert werden. Damit sinkt der Bedarf an zeitraubenden Meetings deutlich.

Welche enormen Zeiteinsparungen ein modernes Social Intranet ermöglichen kann, veranschaulicht das Beispiel „Urlaubsantrag“ bei Intrexx Share: Stellt ein Mitarbeiter elektronisch einen neuen Urlaubsantrag, erscheint dieser unverzüglich als Newsfeed bei dem entsprechenden Vorgesetzten. Mit einem einzigen Mausclick genehmigt er ihn oder lehnt ihn ab. Im Falle einer Genehmigung erhält der Mitarbeiter unverzüglich eine entsprechende Benachrichtigung – ebenfalls als Newsfeed. Gleichzeitig wird automatisch die Personalabteilung informiert, der Urlaub in den Dienstplan eingetragen und ein Eintrag im Abwesenheitskalender generiert. Alle Prozessschritte werden automatisch vorgenommen, sodass der gesamte Vorgang statt einigen Stunden oder Tagen nur noch wenige Sekunden in Anspruch nimmt.

Fazit

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie ein Social Intranet die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung erleichtert und dabei innerhalb kürzester Zeit zu einer deutlichen Kosten- und Zeitersparnis führt. Da Informationen und Dokumente den Mitarbeitern nun außerdem sehr viel schneller erreichen als per E-Mail, kann er auch schneller darauf reagieren. Am Arbeitsplatz und unterwegs.

Ob Social Intranets in Zukunft wirklich dafür sorgen, dass keine E-Mails mehr versendet werden, wird sich zeigen. Zumindest aber werden sie den firmeninternen Gebrauch des zeitraubenden Kommunikationsmittels auf ein Minimum beschränken. □

Mobiles Breitband:

30 Prozent Wachstum pro Jahr

Schnellstwachsende Technologie der Geschichte sticht Festnetz aus

Die Zahl der mobilen Breitband-Abos nimmt um 30 Prozent pro Jahr zu, womit die Technologie die am schnellsten wachsende Technologie der Menschheitsgeschichte ist. Das geht aus dem von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) http://itu.int/veroeffentlichten/Bericht_„The_State_of_Broadband_2013“ (<http://www.broadbandcommission.org/Documents/bb-annualreport2013.pdf>) hervor. Bis Ende dieses Jahres wird es demnach bereits dreimal so viele mobile wie Festnetz-Breitbandanschlüsse geben.

Die Vorreiter bei mobiler Breitband-Durchdringung sind asiatischen Technologienationen sowie Skandinavien, in denen es teils mehr mobile Breitband-Verträge als Einwohner gibt. Die DACH-Region kann da nicht mithalten und findet sich unter den Industrienationen eher im hinteren Feld. Dafür ist die Schweiz Weltspitze beim klassischen Festnetz-Breitband, da sie 2012 als einziges Land der Welt mehr als 40 Prozent Penetration erreicht. Entwicklungsländer bleiben in Sachen Internet-Verfügbarkeit jedenfalls stark benachteiligt.

Breitband-Anschlüsse

Laut ITU gibt es weltweit bereits 70 Länder, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung das Internet nutzt, in vielen europäischen Staaten sind es vier von fünf Bürgern oder mehr – bis hin zu 96 Prozent in Island. Die Zahl der klassischen Breitband-Anschlüsse kann da nicht mithalten. Die Schweiz ist wie erwähnt Weltspitze und Deutschland liegt mit einer Festnetz-Durchdringung von 34 Verträgen pro 100 Einwohner auf dem starken neunten

Platz unter 193 im Bericht erfassten Ländern. Doch der weltweite Durchschnitt der Festnetz-Breitband-Penetration liegt bei unter zehn Prozent.

Spitzenreiter Singapur

Dagegen liegt die Durchdringung mit mobilem Breitband im globalen Schnitt bereits bei 22,1 Prozent. Spitzenreiter ist Singapur, wo im Jahr 2012 auf 100 Bewohner sogar 123,3 Verträge kamen. Auch in Japan, Finnland, Südkorea und Schweden liegt die Durchdringung bei über 100 Prozent, in den USA (Rang 9) haben fast drei von vier mobiles Breitband.

Im Vergleich dazu sind schon die 55,5 Prozent Penetration in Österreich eher bescheiden und reichen nur für Platz 23. In der Schweiz und Deutschland haben nur etwas mehr als zwei von fünf Personen mobiles Breitband, womit die Länder im ITU-Ranking fast gleichauf auf den Plätzen 39 und 40 liegen – und somit knapp hinter Kasachstan.

Gefährliches Gefälle

Die Tatsache, dass selbst die

Schweiz und Deutschland trotz einer für Industrienationen schwachen Verbreitung von mobilem Breitband global noch im erweiterten Vorderfeld liegen, ist freilich auch ein Zeichen dafür, dass es in Sachen Internet-Zugang immer noch ein riesiges internationales Gefälle gibt.

„Wir dürfen nicht die ver-gessenen, die zurückbleiben“, mahnt ITU-Generalsekretär Hamadou I. Touré. „Denn wenn-gleich mehr und mehr Leute online gehen, sind in den 49 am schwächsten entwickelten Ländern der Welt über 90 Prozent der Menschen völlig ohne Zugang.“

Beitrag zum Schließen von Entwicklungslücken

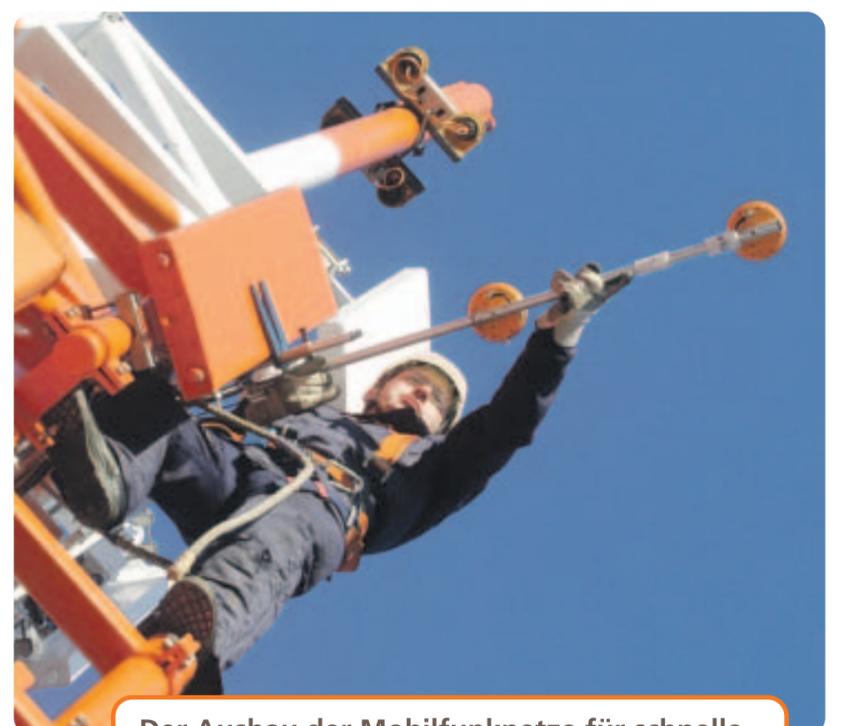
Touré betont, dass das Internet und speziell das Breitband-Internet ein wichtiges Mittel für die soziale und ökonomische Entwicklung ist und daher auch in den ärmsten Ländern hohe Priorität haben sollte.

„Technologie in Verbindung mit relevantem Content und Services kann helfen, dringliche Entwicklungslücken in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Umweltmanagement und Gender Empowerment zu schließen.“ Letzteres scheint auch im globalen Internet nötig: Laut ITU sind 200 Mio. Frauen weniger online als Männer – eine Kluft, die in drei Jahren auf 350 Mio. anwachsen könnte. **presstext**

E-PLUS GRUPPE



Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

Das bayerische Straßennetz:

Rückgrat der Mobilität

Innenminister Joachim Herrmann hat im Ministerrat über Bayerns Straßeninfrastruktur, deren Erhaltung und weiteren Ausbau berichtet. „Ein gut ausgebautes, funktionstüchtiges Straßennetz ist für Bayern als modernes Industrieland im Herzen Europas unverzichtbar. Das gilt für Bundesstraßen, Staats-, Kreis-, und Kommunalstraßen gleichermaßen. Wir wollen für alle Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen eine gute Verkehrsanbindung sicherstellen.“

Das bayerische Bundesfern- und Staatsstraßennetz hat eine Länge von rund 23.000 Kilometern. Der Erhalt und der weitere Ausbau sind zentrale Elemente der bayerischen Verkehrspolitik. Insgesamt wurden dafür 2012 in das Netz der Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen in Bayern über 1,1 Milliarden Euro investiert.

398 Teilprojekte bei Bundesfernstraßen

Bayern hat insgesamt 398 Teilprojekte für den Bereich der Bundesfernstraßen mit einem Investitionsvolumen von rund 17 Milliarden Euro angemeldet. Die Streckenlänge beträgt rund 2.000 Kilometer. 72 Teilprojekte betreffen den Ausbau von Bundesautobahnen, 220 Teilprojekte Ortsumgehungen.

Joachim Herrmann: „Für die Auswahl dieser bedeutenden Verkehrsprojekte haben wir Bayerns Bürger frühzeitig in den Entscheidungsprozess eingebunden. Über 25.000 Bürger, etwa 300 Mandatsträger sowie rund 280 Verbände und Institutionen haben sich zu den Projektanmeldungen positioniert. Das zeigt das starke Interesse am Entwurf der Liste mit seinen Projekten.“

In seiner aktuellen Fassung enthält er 666 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 3,2 Milliarden Euro. Er sieht zahlreiche Neubauprojekte wie Ortsumgehungen oder auch Ausbauprojekte bestehender Straßen vor.

Systematische Straßenerhaltung

Staatsminister Joachim Herrmann: „Das Anlagevermögen des rund 23.000 Kilometer langen Netzes der Bundesfern- und Staatsstraßen in Bayern beträgt mehr als 40 Milliarden Euro. Diesen Wert systematisch zu erhalten und die verfügbaren Haushaltsmittel dabei möglichst effektiv einzusetzen, ist angesichts der immer weiter zunehmenden Verkehrsbelastung und der Altersstruktur der Straßen und Brücken eine große Herausforderung.“ Allein der Bedarf an Baumitteln für Ersatzneubauten und Ertüchtigungen der 14.400 Brückenbauwerke, für die die Bayerische Straßenbauverwaltung zuständig ist, wird in den kommenden Jahren auf über 200 Millionen Euro pro Jahr ansteigen.

Moderner Lärmschutz

„In Bayern wurden in den Jahren 2008 bis 2012 an Bundesfern-

und Staatsstraßen für Maßnahmen der Lärmvorsorge und Lärmsanierung insgesamt rund 145 Millionen Euro investiert. Dabei konnten wir rund 53 Kilometer Lärmschutzwälle und 50 Kilometer Lärmschutzwände erstellen“, stellte Innenminister Joachim Herrmann fest. Baustellen bei laufendem

Landkreis Fürstentfeldbruck:

Aktuelle Straßenbaumaßnahmen und -planungen

Landrat Thomas Karmasin hat Vertreter des Staatlichen Bauamtes Freising zu einem alljährlichen Gespräch getroffen, um sich über aktuelle Straßenbaumaßnahmen und -planungen im Landkreis Fürstentfeldbruck zu informieren. Das Staatliche Bauamt Freising verwaltet die Bundes- und Staatsstraßen im Landkreis Fürstentfeldbruck.

Nach Abschluss des Ausbaus der Bundesstraße 2 südlich von Fürstentfeldbruck rückten dieses Jahr vorrangig wieder kleinere Projekte in den Fokus des Gesprächs. Im Zentrum standen der Neubau einer Querungshilfe auf der Bundesstraße 2 am östlichen Ortseingang von Hattenhofen, der Anfang September termingerecht abgeschlossen wurde und der Umbau der Einmündung der Langbehnstraße in die Bundesstraße 2 bei Puch, mit dem in Kürze begonnen wird. Beide Projekte führen zu einer erheblichen Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Unfallsschwerpunkt

2014 sollen die Erneuerung

Verkehr sollen mit intelligenten Verkehrssystemen möglichst störungsfrei, sicher und umweltgerecht abgewickelt werden. Staatsminister Herrmann: „Effizientes Baustellenmanagement heißt zunächst, dass die Baustellenabwicklung weitgehend in verkehrsschwächeren Zeiten erfolgt. Auch sorgen wir für optimierte Baustellenverkehrsführungen und eine möglichst kurze Bauzeit.“

Die Zahl der Verkehrstoten in Bayern ist im Jahr 2012 auf den niedrigsten Stand seit Beginn der

Unfallaufzeichnungen im Jahr 1954 gesunken. Damit dürfen wir uns aber nicht zufrieden geben. Joachim Herrmann: „Mit unserem Verkehrssicherheitsprogramm 2020 'Bayern mobil – sicher ans Ziel' wollen wir die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 deutlich auf unter 550 verringern. Das Programm enthält ein ganzes Maßnahmenpaket für mehr Verkehrssicherheit.“

Staatsminister Joachim Herr-

mann: „Wir fördern seit Jahren nachhaltig den Radverkehr in Bayern. So haben wir von 2008 bis 2012 an den Staatsstraßen rund 50 Millionen Euro und an den Bundesstraßen rund 70 Millionen Euro für Radwege investiert. Daneben haben wir den Kommunen weitere 50 Millionen Euro zugewendet, die zu einer Gesamtinvestition von rund 90 Millionen Euro geführt haben.“ □

bbiv-Präsident Josef Geiger:

„Bayern planen“ heißt die bayerische Verkehrsinfrastruktur

München. „Die bayerische Verkehrsinfrastruktur muss auch in Zukunft strategisch fortentwickelt werden. Nur den Bestand zu pflegen genügt nicht, um Bayern fit für die künftigen Chancen zu machen“, erwiderte Dipl.-Ing. Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, auf den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz der Länder, die Etatmittel für den Neubau nur dann zu verwenden, falls damit ein bestehender Engpaß beseitigt wird. „Bayerns Fernstraßen- und Schienennetz hat aber nicht nur Engpässe, sondern einen massiven Ergänzungsbedarf und ein enormes Entwicklungspotenzial.“

Strategisches Konzept

„Wer Bayerns Zukunft plant, wer seine Besonderheiten berücksichtigen will, braucht unbedingt ein strategisches Konzept für die bayerische Verkehrsinfrastruktur: Mit dem Bestandserhaltungsprinzip wahren wir bayerische Interessen jedenfalls nicht. Vor allem meistem wir so Bayerns Zukunft nicht“, so Geiger. Mit dem Primat des Bestandserhaltungsprinzips könnten möglicherweise Bundesländer, deren Autobahnnetz gut ausgebaut sei, zufrieden sein. Demgegenüber seien aber weder Bayerns Fernstraßennetz noch das Schienennetz bereits vollständig ausgebaut.

Erschließung osteuropäischer Wirtschaftsräume

Geiger: „Wir brauchen dringend die Verknüpfung und Erschließung der osteuropäischen, neu hinzugekommenen Wirtschaftsräume. Ich denke da an den autobahnähnlichen Ausbau der B 15 neu, der B 20, der B 85 sowie der Fichtelgebirgs-Verbindung B 303.“ Auch das bayerische Schienennetz ist noch lückenhaft, so Geiger weiter. „Ich will da nur ein Beispiel bringen, den dringend benötigten zweigleisigen Ausbau der ABS 38 mit der Abzweigung in das bayerische Chemiedreieck. Seit Jahrzehnten wartet die Region auf diese Verkehrsachse. Wenn nicht bald gehandelt wird, drohen der Region enorme Nachteile.“

Geiger abschließend: „Bayerns Erfolge sind historisch mit dem Ausbau der bayerischen Verkehrsinfrastruktur verbunden. Auch für die Zukunft gilt: Nur mit einer modernen Verkehrsinfrastruktur schaffen wir es, Bayerns ländliche Räume und seine beiden Metropolregionen erfolgreich fortzuentwickeln. Mit der Verwaltung des Bestehenden erreichen wir das aber nicht.“ □

Bundesverkehrsminister Ramsauer:

Neuer Wertachtalübergang fast fertiggestellt

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat zusammen mit dem Oberallgäuer Bundestagsabgeordneten Gerd Müller die Baustelle am Wertachtalübergang im Zuge der B 309 bei Nesselwang besucht.

Der 50 Jahre alte Wertachtalübergang benötigte aufgrund des schlechten baulichen Zustandes einen neuen Überbau. Die Planungen ergaben, dass es am wirtschaftlichsten ist, den neuen Überbau im Taktstiegeverfahren herzustellen und zeitgleich dazu den alten Überbau mit herauszuschieben. Dieses Verfahren wurde in Bayern erstmalig angewandt und erforderte eine umfangreiche Vorplanung, um die technische Funktionsfähigkeit des Bauverfahrens sicherzustellen. Mit dem gewählten Bauverfahren des gleichzeitigen Verschiebens von neuem und alten Überbau betrat das Staatliche Bauamt Kempten Neuland.

Ramsauer: „Gerade bei unseren Brücken haben wir einen gewaltigen Sanierungsstau. Den lösen wir Schritt für Schritt auf. Die Bundesregierung hat die Investitionen in die Bauwerkserhaltung in dieser Legislaturperiode kräftig aufgestockt. Die Mittel sollen in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Wir planen in diesem Jahr Investitionen in die Brückensanierung von mehr als 830 Millionen, 2014 sogar rund 950 und 2015 rund 980 Millionen Euro. Zum Vergleich: Bis ins Jahr 2009 wurden im Schnitt nur rund

330 Millionen Euro pro Jahr in die Reparatur der Bauwerke investiert. Hier am Wertachtalübergang an der B 309 investieren wir rund 8,4 Millionen Euro in die Erneuerung des Überbaus. Ich freue mich, dass wir kurz vor Abschluss der Bauarbeiten eine durchweg positive Zwischenbilanz ziehen können und die Arbeiten Ende Oktober abgeschlossen sein werden.“

Die Erneuerung des Überbaus stellte technisch eine Herausforderung dar: Zugunsten des Naturschutzes dürfen im Landschaftsschutzgebiet unterhalb des Bauwerks keine Hilfsstützen errichtet werden. Darüber hinaus war die Zugänglichkeit durch das steile Gelände und enge Zufahrten stark eingeschränkt. Der Einsatz großer Kräne und die Demontage der Stahlkonstruktion im Tal waren somit nicht möglich – daher das Schiebeverfahren. Neben der Bautätigkeit am Wertachtalübergang wurden im Zuge der Vollsperrung der B 309 noch weitere Maßnahmen durchgeführt. Auf einer Länge von etwa 2,5 km wurden drei weitere Brücken saniert, die Fahrbahndecke erneuert, ein Geh- und Radweg angelegt sowie eine umfangreiche Gehölzpflege betrieben. □

Bayerns neuer Zentralität in Europa die Verkehrswege bauen

Bayern liegt seit dem 1. Mai 2004 im Zentrum der EU – aber die dafür nötigen Verkehrswege sind immer noch nicht gebaut.

Bayerns Erfolge sind historisch mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur verbunden. Auch für die Zukunft gilt: Nur mit einer modernen Verkehrsinfrastruktur können sich Bayerns ländliche Räume und seine Metropolregionen erfolgreich fortentwickeln.

Bayerns Verkehrsinfrastruktur muss durch neue Verkehrswege gut mit Europa vernetzt werden.

Mobilität braucht Infrastruktur



Mit neuen Verkehrswegen Bayerns Chancen im Herzen Europas erschließen.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

Landkreis Altötting startet Warnsystem KATWARN

Als erster Landkreis Bayerns führt Altötting das kommunale Warn- und Informationssystem KATWARN ein. Ab sofort erhalten alle angemeldeten Bürgerinnen und Bürger behördliche Warnungen vor Gefahrensituationen über eine Smartphone-App (sowohl für iPhones als auch Android-Versionen), als SMS auf das Mobiltelefon oder per E-Mail. Die Anmeldung bei dem vom Berliner Fraunhofer-Institut Fokus und der Versicherungskammer Bayern zur Verfügung gestellten System ist kostenlos.

In Gefahrensituationen wie etwa nach einem Chemie-Unfall, bei extremen Unwettern oder der Entschärfung von Blindgängern, ist es wichtig, betroffene Menschen gezielt über die Gefahr zu informieren. Mit dem Start des Warn- und Informationssystems KATWARN ist das im Landkreis Altötting jetzt noch schneller und zielgerichteter möglich.

„Mit KATWARN führen wir im Landkreis ein zeitgemäßes System zur Alarmierung der Bevölkerung ein, damit die betroffenen Einwohner im Gefahrenfall schnell gewarnt sind und geschützt werden können“, erklärte Landrat Erwin Schneider bei der Einführung des Systems in Altötting.

Über KATWARN informiert die Feuerwehrleitstelle bzw. die Katastrophenschutzzentrale die betroffenen Einwohner des Landkreises in einer Gefahrensituation. Alle KATWARN-Warnungen sind postleitzahlengenau und enthalten wichtige Verhaltenshinweise. Zum Beispiel: „Großbrand – Warnung der Feuerwehr, gültig ab sofort, für PLZ xyz, öffentliche Plätze verlassen, Fenster geschlossen halten.“ Zusätzlich erhalten Nutzer der KATWARN-App deutschlandweite Warnungen über „extreme Unwetter“ durch den Deutschen Wetterdienst (DWD).

Kostenlose Plattform

Die Umsetzung und Einführung von KATWARN ist ein gelungenes Beispiel, wie Forschung, Wirtschaft und Politik im Landkreis Altötting zusammenarbeiten: Entwickelt wurde KATWARN von den Forschern des Fraunhofer-Instituts Fokus, die das System bereits in Städten wie Berlin und Hamburg erfolgreich eingeführt haben. Die technische Plattform stellt die Versicherungskammer Bayern dem Landkreis gemeinsam mit dem Verband öffentlicher Versicherer und der CombiRisk GmbH kostenlos zur Verfügung. Für die Einführung und den Betrieb sowie für das Versenden der Kurznachrichten übernimmt der Landkreis Altötting die Kosten. Die Bevölkerung des Landkreises kann den KATWARN-Dienst kostenfrei nutzen.

„Mit der Einführung von KATWARN wollen wir einen Beitrag für mehr Sicherheit für die Bürger

und ihr Hab und Gut leisten“, erklärt Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern. „Als eng mit Bayern und dem Landkreis Altötting verbundenes Unternehmen sehen wir dieses Engagement als Teil unserer Verpflichtung für das Gemeinwohl.“ Für die Forscher des Fraunhofer Fokus ist dies eine Möglichkeit, Forschung aus dem Labor in die Praxis zu bringen. Fraunhofer-Mitarbeiter Ortwin Neuschwander: „Mit unseren Entwicklungen wollen wir die Städte der Zukunft mitgestalten und dabei den Menschen einen spürbaren Nutzen bringen.“

Und so kann man sich bei KATWARN anmelden:

KATWARN als Smartphone-App:

Die KATWARN-App gibt es kostenlos für iPhones und Android-Smartphones. Sie ist kompatibel mit dem iPhone (ab iOS 5) sowie mit allen gängigen Android-Smartphones (ab Version 2.3.3). Innerhalb der mit KATWARN versorgten Landkreise und kreisfreien Städte bietet die KATWARN-App ortsbasierte Warnungen und Verhaltenshinweise zum aktuellen Standort und zusätzlich zu zwei frei wählbaren „Postleitzahl-Gebieten“. Diese Auswahl kann zu jeder Zeit aufgehoben, angepasst und bei Bedarf ausgeschaltet werden.

KATWARN-Warnungen per SMS und optional E-Mail:

SMS-Anmeldung an die Servi-

ce-Nummer 0163/7558842:

- für Warnungen per SMS: „Katwarn 12345“ (für das Postleitzahlengebiet 12345)
- für Warnungen per SMS und E-Mail: „Katwarn 12345 hans.mustermann@mail.de“ (für das Postleitzahlengebiet 12345)
- Abmeldung: „Katwarn aus“.

Außer den üblichen SMS-Gebühren des Mobilfunkanbieters für die einmalige SMS-Anmeldung bei KATWARN – und ge-

gebenfalls für die Um- bzw. Abmeldung – ist der Warndienst kostenfrei.

Wichtig:

- Es werden nur Postleitzahlen innerhalb der aktiven KATWARN-Gebiete berücksichtigt (Übersicht unter www.katwarn.de). Außerhalb dieser Gebiete versendet KATWARN keine Warnungen.
- KATWARN per SMS-/E-Mail berücksichtigt nur eine Postleitzahl pro Handy. Die Angabe einer E-Mail-Adresse ist optional.
- KATWARN ersetzt nicht die lokalen Anweisungen von Behörden, Polizei oder Einsatzkräften. Ihnen ist weiterhin unbedingt Folge zu leisten.

Info: www.katwarn.de □



Turmmontage Windenergieanlage Emsdetten von Green Energy. □

Energiekonzept – und nun?

So gelingt der reibungslose Übergang vom Konzept zur Umsetzung

Viele Kommunen kennen es. Mit der Erstellung eines Energiekonzeptes für ihre Region haben sie den ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur lokalen Energiewende getan. Doch der Maßnahmenkatalog soll nicht in der Schublade verstauben, erst durch die Umsetzung hat sich die Vorarbeit wirklich gelohnt. Sie wollen loslegen. Doch plötzlich stehen sie vor Schwierigkeiten, die den Sprung vom Konzept zur Umsetzung schier unüberwindbar scheinen lassen. Aber für jedes Problem gibt es auch eine Lösung. Energiedienstleister wie Green City Energy bieten aktive Hilfe bei der großen Herausforderung einer nachhaltigen und dauerhaften Umsetzung.

Der Ist-Zustand ist geklärt, die Einsparpotentiale sind berechnet, auch die regenerativen Ausbau-Potentiale der Region sind nach der Erstellung eines umfassenden Energiekonzeptes erhoben. Bis hierhin haben viele Kommunen sich externe Exper-

ten zu Hilfe geholt. Doch nun geht es an das Wichtigste, die Umsetzung, und sie stehen plötzlich völlig alleine da.

Einen Klimaschutzmanager einstellen – schön und gut. Aber wie genau sollen seine Aufgabenbereiche aussehen? Welche Strukturen

sind nötig? Und hat ein Klimaschutzbeauftragter bei möglichen Rückfragen einen kompetenten Ansprechpartner?

Aktive Hilfe aus einer Hand

Auch andere Fragen tun sich für viele Kommunen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimaziele auf. Welche Möglichkeiten der Finanzierung und auch der Bürgerbeteiligung gibt es? Stehen die Bürger hinter den angedachten Projekten? Und welche Flächen eignen sich nun konkret für die kommunale Windenergie?

„Das Problem ist auf keinen Fall

Startschuss für Regiomino – besser von hier

In Bamberg und Umgebung startete vor kurzem mit www.regiomino.de ein innovatives Regionalvermarktungsprojekt. Verbraucher können die regionalen Spezialitäten verschiedener Erzeuger auf einer Internetplattform einkaufen und sich diese einfach und bequem liefern lassen.

Gemeinsam haben Landrat Dr. Günther Denzler und Oberbürgermeister Andreas Starke im Landratsamt Bamberg den roten Startknopf gedrückt. Damit startet in Bamberg ein innovatives Vermarktungsinstrument für regionale Lebensmittel, das zusammen mit der Regionalkampagne Bamberg umgesetzt wird: www.Regiomino.de, die Internet-Handelsplattform für regionale Erzeugnisse.

Virtuelles Schaufenster regionaler Erzeuger

Wie Volker Heise, Geschäftsführer von Regiomino erläuterte, kann man die Plattform als das virtuelle Schaufenster der kleinen und mittelständischen Erzeuger in der Region bezeichnen. Der besondere Nutzen für den Verbraucher liegt auf der Hand: „Früher hat man alle Erzeuger einzeln nach ihren einzigartigen Produkten abklappern müssen. Bei Regiomino findet man ein attraktives, regionales Angebot, aus dem man bequem von zu Hause aus auswählen, bestellen und sich liefern lassen kann“, meint Volker Heise.

Und das gilt ebenso für die Weltmeisterbratwurst vom Metzger Kalb wie für den Vollmondkäse von der Käserei Öffner oder das Sappelbrot von der Bäckerei Schüller. Der Verbraucher kauft mit den Produkten auf Regiomino nicht nur besonderen Geschmack und Qualität ein, sondern schont durch kurze Lieferwege auch die Umwelt und sichert gleichzeitig Arbeits- und Ausbildungsplätze in Landwirtschaft und Handwerk in der Region.

Für die kleinen und mittelständischen Betriebe bietet Regiomino die Chance, ihren Betrieb einer größeren Öffentlichkeit präsentieren zu können und ihre Produkte den Verbrauchern der Region direkt zum Kauf anzubieten. Mit diesem modernen Internetshop erreichen die Produzenten neue Zielgruppen und erzielen durch den Wegfall des Zwischenhandels faire Preise für ihre Arbeit.

Als besonderen Willkommensgruß erwartet die Kunden bis Ende September unter www.regiomino.de ein Einkaufsgutschein in Höhe von 5 Euro. □

die Motivation der Kommunen“, sagt Peter Keller, Bereichsleiter Kommunale Energieberatung von Green City Energy. „Die Umsetzung von Energiekonzepten erfordert einfach erhebliche zeitliche und personelle Kapazitäten, Finanzmittel und auch ein gewisses thematisches Knowhow. Diese Aspekte fehlen in vielen Kommunen. Und genau hier können wir helfen.“ Daher bietet der alternative Energiedienstleister Green City Energy als Tochter eines gemeinnützigen Umweltschutzvereins auch für diese schwierige und alles entscheidende Phase der kommunalen Energiewende konkrete Schützenhilfe. Zusammen mit den Partnern Green City Projekt GmbH und der KlimaKom e.G. erhalten die Kommunen umfassende Unterstützung aus einer Hand.

Umfangreiches Angebot

Das Angebot reicht vom Aufbau sinnvoller kommunaler Umset-

zungsstrukturen und Netzwerke über finanzielle Bürgerbeteiligungsmodelle, die Projektierung von Erneuerbaren Energieanlagen, aktive Klimaschutzaktionen und Veranstaltungen zur Bürgerbindung bis hin zur Moderation von möglichen Konfliktsituationen und umfasst alles, was zur Umsetzung eines kommunalen Energiekonzeptes nötig ist.

Fachtagungsreihe zur kommunalen Energiewende

Auch die Fachtagungsreihe „Die Energiewende in kommunaler Hand“ von Green City Energy und KlimaKom bietet kommunalen Entscheidern, Stadtwerken und Energiegenossenschaften an acht Terminen zwischen 26. September und 16. Oktober praktische Hilfe rund um verschiedene Themen der aktiven Umsetzung der kommunalen regenerativen Ausbauziele. Informieren Sie sich online unter <http://www.greencity-energy.de/service/fachtagungen.html> □

Besuchen Sie uns vom 23. bis 24. Oktober 2013 auf der Kommunale an unserem Stand 418 im Nürnberger Messezentrum.

Gezielt fördern und finanzieren

BayernLabo: Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit zinsgünstigen Kommunalkredit und speziellen Förderkredit unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben. Besondere Fördermöglichkeiten bieten wir im Rahmen der Energiewende. Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo



Von links: Dr. Peter Pluschke, Dirk Helmbrecht (VR Banken), Manfred Geyer, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Metropolregion-Geschäftsführerin Dr. Christa Standecker.

Förderverein „Wirtschaft für die Metropolregion Nürnberg“:

Volksbanken und Raiffeisenbanken werden Leuchtturm

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken werden zum Leuchtturm in der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Mit einem Betrag von 50.000 Euro werden sie damit Mitglied im Förderverein „Wirtschaft für die Metropolregion Nürnberg e. V.“ und unterstützen konkrete Projekte der Metropolregion. Manfred Geyer, Bezirkspräsident des Bezirksverbandes Mittelfranken im Genossenschaftsverband Bayern e. V. und Vorstandsvorsitzender der RaiffeisenVolksbank eG Gewerbebank Ansbach, unterzeichnete den Sponsoringvertrag gemeinsam mit dem Wirtschaftsvorsitzenden der Metropolregion Nürnberg, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst.

Wübbenhorst, gleichzeitig Vorstandsvorsitzender des Fördervereins „Wirtschaft für die Metropolregion Nürnberg e. V.“, freute sich außerordentlich über den Beitrag der Genossenschaftsbanken: „Das großartige Engagement der Volks- und Raiffeisenbanken, als Leuchtturm im Förderverein und als Sponsor, erweitert unsere Spielräume entscheidend, um die Anziehungskraft der Metropolregion Nürnberg zu stärken und mehr Menschen in unserer Region zu

überraschen und zu begeistern. Dafür herzlichen Dank.“ Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind damit Gründungsmitglieder des Fördervereins, der mittlerweile auf 91 Mitglieder angewachsen ist.

Bezirkspräsident Manfred Geyer erläuterte, warum die Volksbanken und Raiffeisenbanken sich so stark für die Metropolregion Nürnberg engagieren: „Mit unserem Engagement wollen wir Stadt und Land auf wirtschaftlichem,

kulturellem und auf sozialem Gebiet miteinander verbinden. Die Unternehmen und damit die Menschen in der Region werden von der Strahlkraft der Metropolregion Nürnberg profitieren.“ Noch nie habe man ein Projekt so stark gefördert wie die Metropolregion Nürnberg, so Geyer. Die Metropolregion gewinne durch das Engagement der Genossenschaften aber nicht nur finanzielle Mittel, sondern ein Netzwerk mit 550.000 Mitgliedern und 1000 Filialen.

Knapp 20.000 Euro ihres Beitrages stellen die Volksbanken und Raiffeisenbanken ausdrücklich Projekten aus dem Klimapakt der Metropolregion zur Verfügung. Dr. Peter Pluschke, Vorsitzender des Lenkungskreises Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion und Umweltreferent der Stadt Nürnberg, erläuterte die große Bedeutung dieser Förderung: „Über die Zusammenarbeit mit den Volks- und Raiffeisenbanken bei Ausgestaltung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Energiesystems in der Metropolregion Nürnberg freue ich mich außerordentlich. Die örtliche Verankerung der Ban-

ken und ihre Orientierung auf die Wirtschaftsakteure der Region erlauben eine sehr praxisorientierte Förderung unserer Projekte.“

Zum Beispiel das Forum für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in der Metropolregion. Das Forum soll die umfangreich vorhandenen Kompetenzen innerhalb der Metropolregion zu dieser zukunfts-trächtigen Technologie zusammenfassen, systematisch ausbauen und Aktivitäten zur praktischen Umsetzung initiieren. Letztlich geht es darum, alle Beteiligten im Bereich KWK zusammen zu bringen.

Der Förderverein „Wirtschaft für die Metropolregion Nürnberg e. V.“ wurde am 22. Januar 2013 gegründet. Über den Förderverein stehen den Unternehmen und Wirtschaftskammern nachhaltige Mitwirkungsmöglichkeiten bei Strategieentwicklung und Themensetzungen innerhalb der Metropolregion zur Verfügung. Denn sie leisten nicht nur einen finanziellen Beitrag, sondern nehmen über einen Wirtschaftsvorsitzenden – das ist Prof. Dr. Klaus Wübbenhorst – und zwei Stellvertreter Einfluss in den Gremien. □

Damit Bad Wörishofen wirtschaftlich vital bleibt:

Förderbescheid für innovatives Gesundheitsprojekt

Keiner steht mehr für die Naturheilkunde als Sebastian Kneipp und keine Stadt hat er mehr geprägt als Bad Wörishofen. Dies betonte Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber bei der Übergabe eines Förderbescheids über 170.000 Euro an Bad Wörishofen.

„Sebastian Kneipp war Wegbereiter der modernen Präventionsmedizin. Mit den Bayerischen Fördermitteln sollen seine Ziele in unsere Zeit übertragen werden, damit Bad Wörishofen auch morgen noch für einen gesunden Lebensstil in seinem Sinne steht“, so Huber.

Zur Steigerung der medizinischen Qualität in Kurorten und Heilbädern hat Bayern ein Förderprogramm mit einem Volumen von zehn Millionen Euro aufgelegt, aus dem vor allem innovative Gesundheitsprojekte finanziert werden. Huber: „Bayerns Heilbäder sind Orte, um gesund zu werden und gesund zu bleiben. Der Freistaat unterstützt die Kurorte bei ihrer Ausrichtung auf die Zukunft, damit sie auch künftig wirtschaftlich vital und ihrer Bedeutung für den ländlichen Raum gerecht werden können.“

Projektpartner

So wird das Bad Wörishofener Lebensstilprogramm gefördert, ein multimediales Gesundheitsprogramm mit verschiedenen Betreuungsangeboten in Verbindung mit naturheilkundlichen und komplementärmedizinischen Verfahren. Die Patienten werden dabei nicht nur im Kurort, sondern auch zuhause begleitet und unterstützt.

Bad Wörishofen hat sich dazu mit sechs anderen Kurorten und Heilbädern zur Kooperationsgemeinschaft für individuelles Gesundheitsmanagement („IGM-Campus“) zusammengeschlossen. Langfristig sollen die Auswirkungen des individuellen Lebensstils auf Erkrankungen sowie die Grundlagen der Kurmedizin in den bayerischen Kurorten und Heilbädern erforscht werden. Projektpartner sind das Kompetenzzentrum für Komplementärmedizin und Naturheilkunde des Klinikums rechts der Isar und die Technische Universität München.

Enormer Wirtschaftsfaktor

In Bayern gibt es 47 hochprädis-katisierte Kurorte und Heilbäder sowie zehn anerkannte Heilquellen- und Moorkurbetriebe. Mit jährlich über 20 Millionen Übernachtungen, rund 82.000 Arbeitsplätzen und einer Wertschöpfung von etwa 3,6 Milliarden Euro sind die Kurorte und Heilbäder ein starker Akteur in der bayerischen Gesundheitswirtschaft. Mit annähernd 47 Milliarden Euro Jahresumsatz, einer Wachstumsrate von ca. 5 Prozent und rund 875.000 Beschäftigten ist die Gesundheitswirtschaft ein enormer Wirtschaftsfaktor - konjunktursicher und globalisierungsfest. Die Gesundheitswirtschaft um-

e21.klimakongress süd 2013 in Ulm:

Kommunaler Klimaschutz - Treiber der Energiewende

Die Energiewende ist in den Kommunen angekommen. Klimaschutzpläne wurden lanciert, der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert und Fördermaßnahmen initiiert. Diese Entwicklungen gehen mit vielen Herausforderungen einher, für die der e21.klimakongress süd eine exklusive Diskussionsplattform bietet. Süddeutschland zeigt hierbei besondere politische, geographische und demographische Charakteristika. Diese aufzugreifen ist das Anliegen der Veranstaltung. Energiewirtschaftliche Akteure aus den Kommunen und insbesondere auch öffentliche Vertreter sind herzlich willkommen teilzunehmen.

Der e21.klimakongress süd findet vom 19. bis zum 20. November im „ulmerflieger“ der Wilken GmbH statt. Im Fokus stehen die Themen Strom- und Wärmever-sorgung, intelligente Netztechnik und Gebäudeeffizienz. Kommunale Klimaschutzkonzepten wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung des Zubaus von erneuerbaren Energien zugesprochen. Damit gehen folgende Fragen einher: Was bedeutet diese für die Energieversorgung und welche neuen Anforderungen entstehen bei der Netzentwicklung?

Eine weitere Stoßrichtung der Veranstaltung ist das Thema Energieeffizienz. Die europäische Richtlinie 2012/27/EU identifiziert den Gebäudebereich als Schlüsselement zur Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020. Wärmeerzeugung und -versorgung bergen nach der Richtlinie ebenfalls ein enormes Entwicklungspotential. Doch welche Kombination aus Förderanreizen steigern Investitionen in diese Bereiche?

Beteiligung der Politik

Die politische Eröffnung des Kongresses übernimmt Thomas Bareiß, MdB des Wahlkreises Zolernalb-Sigmaringen und Energie-politischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Sein Vortrag beleuchtet die Rolle der Kommunen in der Energiewende aus bundespolitischer Sicht. Anschließend befasst sich ein Beitrag von Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied des Vorstandes der Thüga AG mit dem Thema „Neuausrichtung der Verteilnetze durch Solarboom“ und den daraus resultierenden neuen Aufgaben für Stadtwerke. Darüber hinaus veranschaulicht Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, welche Tätigkeitsfelder Kommunen in den Bereichen Gebäudeeffizienz und Wärmeversorgung bietet. Auch der Oberbürgermeister der Stadt Ulm und Präsident des VKU - Verband kommunaler Unternehmen e.V., Ivo Gönner, bereichert den e21.klimakongress mit

Landkreis Dillingen:

AK-Gründung „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“

„Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern sowie Familien die Teilhabe am Arbeitsleben ohne langfristige soziale und gesundheitliche Beeinträchtigungen möglich zu machen und zu erleichtern“, das sind zwei der Ziele der Gesundheitskonferenz, die Dillingens Landrat Leo Schrell im Jahr 2011 initiiert hat. Die Konferenz hat zur Umsetzung dieser Ziele nun einen Arbeitskreis „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ gegründet.

Der Arbeitskreis besteht aus regionalen Experten aus Gesundheit, Jugendhilfe und Wirtschaft, die Ansatzmöglichkeiten zur Organisation einer betrieblich unterstützten Kinderbetreuung, beispielsweise durch Zusammenschluss mehrerer Arbeitgeber, suchen. Im Herbst 2013 plant der Arbeitskreis dazu eine Informationsveranstaltung für interessierte Ar-

beitgeber. Dabei sollen unterschiedliche Modelle einer betrieblich unterstützten Kinderbetreuung vorgestellt und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Finanzierungsmöglichkeiten erläutert werden.

Bei Interesse an einer solchen Informationsveranstaltung oder am Thema „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ sowie zu allgemeinen Fragen zum Arbeitskreis sollten sich Interessierte an die Koordinatorin des Arbeitskreises, Eugenie Fuhrmann, Landratsamt Dillingen/Fachbereich Gesundheit, Tel: 09071/51-4055, E-Mail: eugenie.fuhrmann@landratsamt.dillingen.de wenden. □

einem Impulsvortrag zum deutschen Energiemarktdesign. Karl Greißing, Ministerialdirigent im Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg, beteiligt sich ebenfalls mit einer Rede zum Thema „Energieeffizienz als Schlüssel der Energiewende“ am Vortragsprogramm.

Stadtwerke mit Schlüsselfunktion

Bei der Energiewende in den Kommunen haben die Stadtwerke eine Schlüsselrolle. Welche Herausforderungen hierbei durch die erneuerbaren Energien entstehen, wird von Wolfgang Rabe, Geschäftsführer, SWU Netze GmbH, beleuchtet. Neben der dezentralen Energieversorgung steht auch der Einsatz von intelligenter Netztechnik immer mehr im Fokus.

Nobert Zösch, Geschäftsführer der Stadtwerke Haßfurt GmbH, wird deshalb die Wirtschaftlichkeit sowie auch Folgekosten von Investitionen in intelligente Netztechnik in einem Vortrag erörtern. Weiterhin bieten sich Stadtwerken neue Geschäftsfelder in der Wärmeversorgung und der Förderung von Gebäudeeffizienz. Michael Teigeler, Geschäftsführer der Heidelberg Energie GmbH, wird dies am Beispiel des eigenen Holzheizkraftwerks, das einen gesamten Stadtteil mit Wärme versorgt, illustrieren. Abschließend wird Cord Müller, Geschäftsführer der Stadtwerke Aalen, zeigen, inwieweit Energieeffizienzmaßnahmen und kommunalwirtschaftliche Ziele im Zusammenhang stehen.

Der e21.klimakongress richtet sich maßgeblich an Entscheidungsträger aus den Kommunen, Klimaschutz- und Umweltbeauftragte, Vertreter von Stadtwerken sowie leitende Angestellte aus den Umwelt- und Stadtentwicklungsamtern. Vertreter von Landes- und Kommunalämtern profitieren von einem besonders reduzierten Teilnahmebeitrag. Beide Veranstaltungstage sind einzeln buchbar. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.e21-klimakongress.de □



Liebe Leser,
bei der Energie-
wende haben
wir den Dreh raus.

Schließlich bewegt sich schon einiges – zum Beispiel bei uns in Nordbayern: weil wir zum Beispiel schon seit Jahren in umweltschonende Energieversorgung investieren und höhere Energieeffizienz sowie einen Ausbau der Elektromobilität mit Prämien fördern. So schaffen wir zusammen die Energiewende – um 180°. www.n-ergie.de

Besuchen Sie uns
auf der Kommunale 2013:
Halle 12, Stand 409



Rhein-Main-Donau AG und E.ON:

Investition in ökologische Aufwertung des Stöckigsbachs

Am Kraftwerk Knetzgau entsteht ein Bachlauf mit Naherholungswert
Stöckigsbach wird zum Lebens- und Schutzraum für Fische
und andere Wassertiere umgestaltet

Wenn die Maßnahmen beendet sind, haben Menschen und Fische etwas davon: Im Zuge der Aufwertung des Areal zwischen der Gemeinde Knetzgau und dem Main wird auch der Stöckigsbach in der Nähe des von E.ON betriebenen Laufwasserkraftwerks Knetzgau der Rhein-Main-Donau AG (RMD) so umgestaltet, dass Fische und andere Wassertiere wieder vom Main in den Stöckigsbach aufsteigen können.

Das Landratsamt Haßberge hatte Ende August die Genehmigung erteilt. Heute fand mit dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Knetzgau, Stefan Paulus, und Dipl.-Ing. Wolfgang Fischbacher, Prokurist bei der RMD, unter anderem zuständig für ökologische Verbesserungen an den RMD-Laufwasserkraftwerken in Bayern, sowie Dipl.-Ing. Richard Berghoff, Leiter der Flussgruppe Mitte der E.ON Kraftwerke ein symbolischer, erster Bagger-schurf statt.

Verlängerung des Bachlaufs

Künftig wird der Stöckigsbach 90 Meter weiter flussabwärts in den Main münden. Dazu wird der bisherige Graben des Stöckigsbachs ausgehend von der Brücke der Kraftwerkszufahrt teilweise verfüllt und der Stöckigsbach in ein neues Bachbett gelegt. Der neue Mündungsbereich wird aus Hochwasserschutzgründen mit Wasserbausteinen befestigt, um eine Aushöhlung zu vermeiden. Durch eine Verlängerung des Bachlaufs auf insgesamt 290 Meter wird der Höhenunterschied von 2,5 Meter zum Main kontinuierlich in kleinen Schritten abgebaut. Der Bach wird zudem in einem der Natur nachempfundenen Verlauf fließen.

Durch die neue Gestaltung, die künftig bessere Anbindung an den Main und den insgesamt flacheren Verlauf des Stöckigsbachs können die Fische aus dem Main besser einschwimmen und finden in den einzel-

nen Abschnitten Zonen mit ruhigem Wasser, die als Lebensraum und Laichplatz eine wichtige Rolle spielen. Es entsteht außerdem ein durchgängiger Wanderkorridor für Fische und andere Wasserlebewesen in den Stöckigsbach. Auch können die Fische sich dann bei den kommenden Main-Hochwässern in diesen Schutzraum zurückziehen. Die ökologische Umgestaltung des Stöckigsbachs leistet daher einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und Schutz der Fischpopulation.

Bauweise

Die Bauweise des neuen Bachlaufs entspricht dem eines Raugerinnes mit Beckenstrukturen, so die Fachbezeichnung für den der Natur nachempfundenen Bachlauf. Durch den Einbau von 35 Querriegeln aus Wasserbausteinen entstehen unterschiedlich lange Becken mit geringerer Strömungsgeschwindigkeit. Die Becken werden rund 2 Meter breit und ca. 4 Meter lang sein.

Die maximale Fließgeschwindigkeit wird etwa 1,25 Meter in der Sekunde betragen. Zwischen den Becken ergeben sich Höhenunterschiede von rund sieben Zentimetern. Diesen Höhenunterschied können Wasserlebewesen gut meistern. Um auch bei dem geringen Abfluss von 50 Litern pro Sekunde eine ausreichende Wassertiefe in den Becken zu erreichen, ist die minimale Wassertiefe durch die Ausgestaltung der Querriegel zwischen den einzelnen Becken

an den Engstellen auf 25 Zentimeter begrenzt. Die Schlitzbreite in den Querriegeln beträgt ebenfalls 25 Zentimeter. Bis zu einem Abfluss von ca. 140 Litern pro Sekunde fließt das Wasser durch die jeweiligen Schlitz. Bei größeren Wassermengen überströmt das Wasser schließlich die gesamten Querriegel. Zusätzliche, einzeln gesetzte Wasserbausteine und Bepflanzungen schaffen Einstandsmöglichkeiten für Fische. Die Böschungen des neuen Bachlaufs werden eine maximale Neigung von 30 Grad aufweisen.

Angelegte Sitzstufen

Der neue Lebensraum soll auch den Menschen zu Gute kommen: Eine gezielte Zugänglichkeit für Erholungssuchende wird durch angelegte Sitzstufen im Mittelteil des neuen Bachlaufs sowie durch das abgeflachte Ufer im Mündungsbereich geschaffen. Die südliche, zum Ort hin orientierte Uferseite wird flach ausgeprägt, und lädt mit Sitzstufen zum Verweilen ein. Das gegenüberliegende Ufer wird naturbelassen bleiben, und soll nicht zugänglich sein. Bepflanzungen entlang des Bachlaufs runden das ökologische Kleinod ab. Das Gesamtvolumen der Umbauarbeiten beträgt ca. 250.000 Euro. Es wird damit gerechnet, dass die Neuanlage des Bachabschnittes bis Ende 2013 fertig gestellt sein wird.

Dazu Bürgermeister Stefan Paulus: „Wir freuen uns, dass E.ON und RMD diese Baumaßnahme realisieren. Gemeinsam mit der von der Gemeinde Knetzgau geplanten Maßnahme „Dorf am Fluss“ mit Anlegestelle, Wasserspielplatz und neu gestalteten Uferbereich ist es eine sehr gelungene Kombination aus Fischschutz, Erhöhung des

Freizeitwertes für die Bürgerinnen und Bürger und einer ökologischen Aufwertung eines Bachabschnittes.“

Wolfgang Fischbacher von der Rhein-Main-Donau AG erklärt: „An unseren Kraftwerken am Main gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz Hand in Hand. Hier kommt noch im besonderen Maß die Verbesserung des Landschaftsbildes hinzu. Über diesen Vierklang freuen wir uns sehr!“ Richard Berghoff von E.ON, ergänzt: „Es ist sehr gut, dass wir mit der Umgestaltung des Stöckigsbachs so schnell beginnen können, und wir bedanken uns bei den zuständigen Behörden für die zügige Bearbeitung und Genehmigung unseres Bauvorhabens.“

Hintergrund: Mainkraftwerk Knetzgau

1960 nahm die Rhein-Main-Donau AG ihr Laufwasserkraftwerk Knetzgau offiziell in Betrieb. Mit der Betriebsführung ist E.ON betraut. Das Mainkraftwerk nutzt eine Fallhöhe von etwa 3,3 Meter zur umweltfreundlichen Stromversorgung. Es verfügt über zwei Kaplan-turbinen mit einer Ausbauleistung von 2.900 Kilowatt. Kaplan-turbinen sind ideal für die Stromerzeugung an Flüssen mit wenig Fallhöhe.

Durch die verstellbaren Leit- und Laufschraufeln können Kaplan-turbinen auf die jeweilige Wassermenge eingestellt werden und sind so bestens geeignet für den Einsatz am Main. Bei einem Wasserdurchfluss von 112 Kubikmetern pro Sekunde (rund 750 Badewannenfüllungen pro Sekunde) liegt das Regelarbeitsvermögen pro Jahr bei ca. 16 Millionen Kilowattstunden (kWh). Diese Strommenge würde ausreichen, um 4.900 bayerische Durchschnittshaushalte oder mehr als 10.000 Menschen ein Jahr lang umwelt- und klimafreundlich mit elektrischer Energie aus Wasserkraft zu versorgen.

Die 6.370 Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Knetzgau könnten mit einer Jahresproduktion aus dem Kraftwerk über einhalb Jahre versorgt werden. In den vergangenen 53 Jahren hat der regenerative Dauerläufer Kraftwerk



Assistiert von einer Gruppe des Kindergartens Knetzgau haben Erste Bürgermeister von Knetzgau, Stefan Paulus (links am Bagger) sowie Richard Berghoff (Mitte) von E.ON und Wolfgang Fischbacher von Rhein-Main-Donau den Bau zur fischfreundlichen Umgestaltung des Stöckigsbachs am Main-Kraftwerk Knetzgau im Landkreis Haßberge gestartet. Das Areal wird zusätzlich für die Bürger kindergerecht zu einem Naherholungsgelände mit Freizeitwert erweitert und aufgewertet. Foto: RMD AG

Knetzgau rund 859 Millionen Kilowattstunden Strom geliefert. Damit hat das Kraftwerk im Vergleich zum deutschen Energiemix (695 g CO₂ pro kWh) das Klima insgesamt um fast 600.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂), dies entspricht knapp 11.300 Tonnen CO₂ pro Jahr, entlastet.

Das Kraftwerk Knetzgau gehört zu einer Kette von 34 Mainkraftwerken zwischen der Main-Mündung in den Rhein und dem Abzweig des Main-Donau-Kanals bei Bamberg. 29 dieser Laufwasserkraftwerke gehören der Rhein-Main-Donau AG und werden von E.ON betrieben. Die Steuerung des Kraftwerks erfolgt von der rund um die Uhr besetzten Warte des Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten im Spessart aus, das ebenfalls im Besitz der RMD ist und von E.ON betrieben wird.

Nutzung der Wasserkraft

Die Nutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung ist angesichts der angestrebten Energie-wende in Deutschland aktueller denn je und hat in Bayern eine über 100-jährige Tradition. Sie ist nicht nur die älteste Form der Stromerzeugung, sondern immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig, in größerer Menge und subventionfrei bereit zu stellen. Die

Wasserkraft hatte 2012 in Bayern mit rund 12,5 Milliarden Kilowattstunden Jahreserzeugung einen überproportional hohen Anteil von 17,1 Prozent an der Stromerzeugung insgesamt. Ihr Anteil an den erneuerbaren Energien lag 2012 bei knapp 43 Prozent und war somit wichtigster regenerativer Stromproduzent in Bayern, der zudem noch grundlastfähig ist.

Potenzial erhalten

Importunabhängig, zuverlässig, flexibel und kundennah stellen die rund 220 großen und über 4.000 kleineren Wasserkraftanlagen an Bayerns Flüssen Strom in einer Größenordnung zur Verfügung, die rechnerisch für die Versorgung von rund 3,8 Millionen Durchschnittshaushalten ausreicht und den Ausstoß von rund 8,7 Mio. Tonnen CO₂ (bei 695 g/kWh) vermeidet. Dies entspricht dem jährlichen CO₂-Ausstoß von fast vier Mio. Mittelklassewagen (mit 15.000 km/a und durchschnittlich 145 g CO₂/km).

Um das bestehende Wasserkraftpotenzial zu erhalten, werden die Wasserkraftwerke mit hohem, finanziellem Aufwand instand gehalten. Laut einer repräsentativen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Forsa im Jahr 2009 befürworten 91 Prozent der Menschen in Bayern die Nutzung der Wasserkraft. □

Bus mit Füßen startete ins neue Schuljahr

Voll freudiger Erwartung starteten Mitte September 2013 die neuen ABC-Schützen in ihr erstes Schuljahr. Rund 400 Münchner Erstklässler werden ihren morgendlichen Schulweg ab sofort mit dem Bus mit Füßen zurücklegen, der organisierten Schulwegbegleitung von Green City e.V.

Auf diese Weise kommen die Kinder sicher zur Schule, starten den Tag mit einem Plus an Bewegung und werden vom ersten Schultag an zu Klimaschützern: Übers Jahr gerechnet sparen sie rund 11.500 kg CO₂ gegenüber den Schulkindern ein, die mit dem Auto in die Schule gebracht werden.

Funktionsweise

Und so funktioniert der Bus mit Füßen: In einer Gruppe gehen bis zu acht Erst- und Zweitklässler in Begleitung eines Erwachsenen täglich zur Schule. Ein Bus mit Füßen funktioniert dabei wie ein „richtiger“ Bus – nur ohne Motor. Entlang der festgelegten Route „steigen“ die Kinder an fixen „Haltestellen“ ein und kommen mit einem Elternteil sicher ans Ziel. Wie dies aussehen kann, zeigt der neue Bus mit Füßen - Film von Green City e.V.: <http://www.greencity.de/videos-2/>

Orientierung im Straßenverkehr

Im Schuljahr 2013/2014 nehmen mit 35 Münchner Schulen noch einmal mehr als im Vorjahr an dem erfolgreichen Projekt teil und das hat viele gute Gründe: „Die rund 400 ErstklässlerInnen die ab sofort mit dem Bus mit Füßen zur Schule gehen, lernen sich im Straßenverkehr zu orientieren und kommen nicht nur sicher und umweltschonend, sondern auch konzentriert in die Schule - dank der morgendlichen Bewegung und dem Austausch untereinander“, weiß Vanessa Mantini, Projektleiterin bei Green City e.V. „Das bestätigen mir die Lehrer und Eltern regelmäßig“. Und einen schönen Nebeneffekt bietet der Bus mit Füßen zudem: Durch die wechselnde Erwachsenen-Begleitung haben auch die Eltern mehr Zeit am Morgen. □

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei nahezu 50 Prozent. Bis heute haben wir über 230.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



50 Jahre Sonthofen:

Drehscheibe in der Region

Am Neujahrstag 1963 wurde die Marktgemeinde Sonthofen feierlich zur Stadt ausgerufen. Für das Jubiläumsjahr mit nahezu 60 Veranstaltungen, verteilt auf 110 Veranstaltungstage, hat die „südlichste Stadt Deutschlands“ eigens einen Jubiläumskalender drucken lassen. Es gibt einen eigenen Jubiläums-Trachtenhut mit dazugehörigem besticktem Trachtenhemd und sogar eine Jubiläumsmedaille aus Silber.

Bis Ende August zeigte das Heimatmuseum Sonthofen anlässlich des Stadtjubiläums die Sonderausstellung „50 Jahre Stadterhebung“. Im Mittelpunkt stand dabei die Stadt Sonthofen und ihr Festjahr 1963.

Mehrere Themeninseln beleuchteten die Ereignisse vor 50 Jahren aus verschiedenen Blickwinkeln: Historische Fotografien, Zeitungsberichte und ein Filmbeitrag von 1963 vermittelten einen allgemeinen Blick, wohingegen die Berichte einiger Zeitzeugen, die damals mitten im Geschehen standen - sei es ein junges Mitglied der Jugendblaskapelle oder ein damaliger Stadtrat - eine sehr persönliche Sicht auf die Stadterhebung widerspiegelten. Ein Bildvergleich von 1963 und heute zeigte anhand einiger ausgewählter Beispiele die städtebauliche Entwicklung Sonthofens in den vergangenen 50 Jahren.

Themeninsel

Einen Sprung in die Gegenwart stellte dagegen die Themeninsel „Typisch Sonthofen“ dar. Hier waren die Menschen in und um Sonthofen aufgerufen, Gegenstände, die sie ganz individuell mit ihrer Stadt verbinden, einzureichen.

Beim großen Festakt im Haus Oberallgäu verwies Bürgermeister Hubert Buhl in seinem Grußwort darauf, dass der damalige Bürgermeister Alois Waltenberger mit seinen erfolgreichen Bemühungen, die Marktgemeinde Sonthofen zur Stadt erheben zu lassen, den Grundstock zur künftigen Entwicklung Sonthofens gelegt habe. Der „Weitblick von Waltenberger“ habe die „Grundlage für die fortschrittliche Entwicklung Sonthofens“ gelegt, betonte Buhl. Aus diesem Grund habe der Stadtrat beschlossen, den Platz am Marktbrunnen in „Bürgermeister-Waltenberger-Platz“ umzubenennen.

Auch Waltenbergers Nachfolger, der heutige Ehrenbürger und Altbürgermeister Karl Bla-

ser, habe einen großen Teil dazu beigetragen, aus dem bäuerlichen Markt der Nachkriegszeit ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum in der Region zu gestalten, erklärte Buhl. Als erster hauptberuflicher Bürgermeister Sonthofens habe er den Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Heute sei die Kreisstadt eine moderne Stadt und Drehscheibe in der Region, in der es sich „gut leben, wohnen und arbeiten“ lässt.

Festakt

Wie Landrat Gebhart Kaiser (Oberallgäu) konstatierte, habe sich Sonthofen im Laufe seiner Geschichte immer wieder erfolgreich auf geänderte Rahmenbedingungen eingestellt. So habe man auf Reduzierungen am Bundeswehrstandort ebenso reagiert wie auf wirtschaftliche Rückschläge - siehe den Weg von Ergee oder Bosch. Durch hohe Investitionen in die Modernisierung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen habe die Stadt sich gut auf die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt eingestellt und sei nun in Sachen Bildung auf dem neuesten Stand.

Projekt „Zukunft Sonthofen“

Auch die Bevölkerung Sonthofens habe in den vergangenen Jahren viel an der Gestaltung der Stadt mitgewirkt. „Mit dem Projekt ‘Zukunft Sonthofen’ und seinen Projektgruppen wurde schon viel erreicht, wie die Umgestaltung des Marktangers oder des Spitalplatzes. Da sind Sie anderen Kommunen voraus!“, meinte Kaiser.

„Ob Stadtfest, Ausstellung im Heimatmuseum, Rockfestival oder das Jubiläumsbier ‚Stadtgold‘ - was Sie zum Fünfzigsten Ihrer Heimatstadt auf die Beine stellen, ist großartig“, lobte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Thomas Kreuzer, in seiner Festrede die Arbeit der Projektgrup-

pe Stadtjubiläum und der Stadtverwaltung. Auch sei die Kreisstadt tief in ihren Traditionen und ihrer Kultur verwurzelt. „Wer sehen will, wie Zukunft geht, muss nach Sonthofen kommen“, stellte Kreuzer fest, denn „wer weiß, wo er herkommt, ist selbstbewusster, gelassener, zukunftsstark.“ In dieser Stadt steckten Dynamik, Kraft und Aufbruch. Bester Beleg dafür sei die sensationell niedrige Arbeitslosigkeit von 2,8 Prozent.

Konversion

Mit Blick auf die Verkleinerung des Bundeswehrstandortes

Neumarkt und Nürnberg:

Ehrung für Fairen Handel

Für ihr Engagement für den Fairen Handel sind zwei bayerische Städte ausgezeichnet worden. Neumarkt in der Oberpfalz landete bei der Wahl zur „Hauptstadt des Fairen Handels 2013“ auf dem zweiten Platz, Nürnberg erreichte den fünften Rang. Als Sieger des bundesweiten Wettbewerbs der Städte und Gemeinden wurde in Bremen die Hansestadt Rostock ausgezeichnet.

Der zweite Platz ist mit einem Preisgeld in Höhe von 22.500 Euro dotiert. Nürnberg erhielt 10.000 Euro. Weitere Sonderpreise - mit je 1.000 Euro dotiert - gingen für gelungene Einzelprojekte unter anderem an Aschaffenburg und München.

Die teilnehmenden Städte und Gemeinden leisteten einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklungspolitik, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp, bei der Preisverleihung in Bremen. Bei fair gehandelten Waren sollen Anbieter besonderen Wert auf gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern legen.

Hohe Kreativität

„Bemerkenswert fand ich die Kreativität, die innovativen Ideen und das konstant hohe Niveau der Projekte bei Bewerbern und Preisträgern“, urteilte Kopp. „Beharrlichkeit, Leidenschaft und immer neue Einfälle haben den Fairen Handel in die Mitte der Gesellschaft gebracht

Sonthofen versprach Kreuzer erneut seine volle Unterstützung für die von der Konversion betroffenen Städte. In Sonthofen fallen dem Minister zufolge 500 Arbeitsplätze weg. Kreuzer zeigte sich jedoch von den ISEK-Plänen der Stadt überzeugt: „Gemeinsam werden wir im Allgäu die Konversion gut bewältigen.“

Liebenswerte Heimat

„Sonthofen“, so Kreuzer abschließend, „ist liebenswerte Heimat für mehr als 20.000 Bürgerinnen und Bürger. Viermal so viele Menschen verbringen Jahr für Jahr ihre Ferien in unserer wunderbaren Natur. Weltoffen und heimatverbunden, traditionsbewusst und zukunftsstark - das ist Sonthofen, das ist Bayern! Auf die nächsten 50 Jahre Sonthofen!“ DK

Neuer Tourismusverband für München und Oberbayern:

Gründung auf gutem Weg

Prominente Vertreter der Landkreise, des Wirtschaftsministeriums, der verschiedenen Verbände wie des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern, der IHK, der Handelskammer sowie Tourismusmanager haben unter der Leitung des designierten Gründungspräsidenten Robert Salz auf der Basis der Vorarbeiten verschiedener Arbeitskreise die Weichen für die Gründung des neuen Vereins Tourismus Oberbayern-München e.V. gestellt. Robert Salz: „Mit großer Begeisterung für ihr Premium-Produkt haben sich alle Beteiligten darauf geeinigt, die Region noch bekannter und beliebter zu machen.“

Erfahrungsaustausch

Der Verein soll in Zukunft die Interessen der Tourismusbranche in Oberbayern gegenüber der Politik vertreten. Er wird die verantwortlichen Akteure in den Gemeinden und in regionalen Tourismusorganisationen bei der Qualitätssicherung, Zertifizierung und Schulungsmaßnahmen unterstüt-

zen. Darüber hinaus soll der Verein eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen und für die Entwicklung gemeinsamer Produktangebote und Aktivitäten anbieten.

Neue Beitragsordnung

Mit einer neuen Beitragsordnung werden die Grundbeiträge für eine Mitgliedschaft attraktiv gestaltet und um leistungsbezogene Elemente ergänzt. Ministerialrat Dr. Otto Ziegler versicherte, dass das Wirtschaftsministerium dem neuen Verein mit Landesmitteln von ca. 500.000 Euro zur Seite stehen wird.

Oktober im Visier

Die Teilnehmer haben sich auf einen Zeitrahmen geeinigt, der eine Gründung des Vereins noch im Oktober dieses Jahres ermöglicht. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um möglichst alle ehemaligen Mitglieder wieder in den neuen Verein einzubinden und die notwendigen Gremienbeschlüsse herbeizuführen. □

Wenn nur noch der Fernseher „fördert“

Behindertenbeauftragte des Bezirks Unterfranken prangert Missstände an

Würzburg. Dass immer mehr behinderte Schüler Assistenten erhalten, ist Ausfluss der Inklusionsdebatte: Schulbegleiter ermöglichen es diesen Kindern, am Unterricht in einer Schule ihrer Wahl teilzunehmen. So sinnvoll die Maßnahme ist, so laut ist auch die Kritik daran, erklärte Karin Renner, Behindertenbeauftragte des Bezirks Unterfranken bei der Vorlage ihres Tätigkeitsberichts. Ihrer Bilanz zufolge fasst sie sich fast zweimal in jeder Woche mit dem Thema „Behinderung“. 124 Fälle hat sie registriert.

Mehr als die Hälfte davon betreffen Anliegen betroffener Menschen oder Angehöriger. Daneben nahm Renner an Veranstaltungen und Aktionen teil. Die Schulbegleiter beschäftigt sie, seit sie sich mit Eltern des Förderzentrums Franz-von-Prümmer-Schule in Bad Kissingen getroffen hat. Die Eltern berichteten ihr, wie überfordert sie als Arbeitgeber der Schulbegleiter sind: „Denn es werden tägliche Aufzeichnungen verlangt.“ Wann genau hat der Schulbegleiter das Haus verlassen? Wann war das Kind krank? Ein Pauschalansatz für die Assistenten würde die Eltern entlasten. Noch besser sei es ihrer Ansicht, wären - „echt“ inklusive - Schulen für die Schulbegleiter zuständig.

Vom Leben betrogen

Falsch liegt, wer glaubt, dass Menschen mit Handicap durch die Inklusionsversprechen inzwischen unkompliziert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dies zeigt Renner zufolge der Fall eines Mannes, der in der Rhön lebt. Durch einen schweren Skiunfall ist der heute 40-Jährige seit seinem 17. Lebensjahr behindert. Weil er seit drei Jahren keine Arbeit mehr findet, lebt er von Hartz IV. Am gesellschaftlichen Leben kann er nur durch sein 15 Jahre altes Auto teilnehmen. Doch der Hartz IV-Satz reicht nicht mehr aus, um das Auto zu unterhalten. Seine Bitte auf Kostenübernahme wurde jedoch abgeschlagen. Dies könne sie „nicht nachvollziehen“, klagte Renner.

Die Kosten für den Behindertenfahrdienst wären dem Mann gewährt worden. Auch würden Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln finanziert. „Doch es ist bekannt, dass der Mann nur schleppend und kurze Wege gehen kann.“ Wäre er ausschließlich auf den Behindertenfahrdienst angewiesen, könnte er nicht mehr so

flexibel und spontan sein, wie er es jetzt ist. „Zudem wäre dies ein Vielfaches teurer als der für den eigenen Pkw notwendige Zuschuss“, kritisierte die Behindertenbeauftragte. Der Mann aus der Rhön sei „verbittert“ und fühle sich vom Leben betrogen. Der Fall bewege sie sehr und beschäftige sie seit langem und bis zum heutigen Tag, so Renner.

Die Leistungen von Menschen mit schwersten Behinderungen zu fördern, darauf zielen Tagesförderstätten ab. Am Beispiel der Einrichtung Maria Bildhausen zeigte Renner auf, wie gravierend es sich auswirkt, wenn Heimbewohner mit mehrfachem Handicap nicht in Tagesförderstätten außerhalb des Heims gehen können. In Maria Bildhausen durften aus Kostengründen nicht mehr alle Behinderte die Förderstätte besuchen, die Arbeitszeiten wurden reduziert. Die „Förderung“ und Beschäftigung einer ganzen Gruppe behinderter Menschen fand darum im Wohnheim statt: „Und anderem durch Aufstellen eines Fernsehapparats im eigenen Zimmer.“

Thema Inklusion

„Das Thema Inklusion ist noch nicht in allen Köpfen“, konstatierte die Schweinfurter SPD-Bezirksrätin Kathi Petersen. Der Grünen-Bezirksrat Michael Gerr warf Renner mit scharfen Worten vor, sich „als Inklusionsgegnerin geoutet“ zu haben, da sie beim Punkt „Schulbegleiter“ davon gesprochen habe, dass es Kinder gibt, die „für eine Regelschule tatsächlich nicht geeignet“ und „im Schulfahrdienst wären dem Mann gewährt worden.“ Das ist Separation.“ Die CSU dankte Renner, dass sie den Vorkommnissen in Maria Bildhausen intensiv nachgegangen ist. Hier habe sich der Träger, was die Tagesstrukturierung betrifft, gegen die Leistungsvereinbarung mit dem Bezirk hinweggesetzt.“ pat





Napa Valley, Kalifornien?

Juliusspital, Würzburg!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde - sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Der Landkreis Regensburg sagt „Danke“

Landrat Mirbeth verlieh Helferabzeichen an die Einsatzkräfte des Juni-Hochwassers

Sünching. (RL) Rund 2.200 Mitglieder der Feuerwehren, des THW, des DLRG sowie Kräfte der Polizei, der Bundeswehr und Behördenmitarbeiter waren beim Juni-Hochwasser 2013 im Landkreis Regensburg eingesetzt. Mit einem großen Helferfest in Sünching sagte der Landkreis diesen überwiegend ehrenamtlichen Kräften „Danke“. Rund 400 Helfer und die Bürgermeister der vom Hochwasser betroffenen Gemeinden folgten der Einladung von Landrat Herbert Mirbeth. Allen Helfern wurde das Helferabzeichen mit der Aufschrift „Hochwasser 2013 – Helfer – Landkreis Regensburg“ ausgehändigt.

„Wir haben beim größten Hochwasser seit 2002 eigentlich noch Glück gehabt, andere Regionen waren schlimmer betroffen“, sagte Landrat Mirbeth in seiner Ansprache. Doch es sei nicht nur am Glück gelegen,

sondern auch an den in den letzten Jahren verwirklichten Hochwasserschutzmaßnahmen, etwa in Lappersdorf und Sinzing und an vor allem an den engagierten Helfern. Der Landrat bedankte sich bei allen Einsatz-

kräften für ihre hervorragende Arbeit.

2.200 zumeist ehrenamtliche Helfer waren vor Ort. Die Einsatzschwerpunkte lagen dabei in Matting, Mariaort, Ebenwies, Regendorf, Bach und Sulzbach. Die Hauptlast trugen dabei die Feuerwehren des Landkreises. Alleine die 2.000 Feuerwehrleute leisteten 28.500 Arbeitsstunden. „Darunter waren sehr viele junge Menschen und das freut mich besonders“, so Mirbeth.

Welle der Solidarität

Das Hochwasser habe dabei auch eine riesige Welle der Solidarität ausgelöst. Insgesamt seien 320.000 Euro eingegangen, darunter Großspenden von Unternehmen, Spenden von Mittelständlern, Privatleuten und sogar Schülern, die ihr Taschengeld zur Verfügung stellten. Das Geld gehe hauptsächlich an die Härtefälle unter den Hochwasseropfern, werde aber auch dazu dienen, zusätzliches Gerät für die Einsatzkräfte des Landkreises anzuschaffen um sich für weitere Hochwässer zu rüsten. Diese zusätzlichen Mittel wie zum Beispiel Tauchpumpen, Dieselstromaggregate oder Lichtmasten des Landkreises sollen in Zukunft an Brennpunkten verwendet werden.

Kreisbrandrat Waldemar Knott betonte, dass man es beim tragenden Landwirtschaft präsentiert.

Auszeichnung für Olchinger Unternehmen

Am Sonntag Vormittag können die Besucherinnen und Besucher regionale Apfelsorten direkt von der Streuobstwiese probieren. Den Abschluss macht am Sonntag die „Unternehmensauszeichnung 2013“, in der wieder Olchinger Unternehmen für ihr besonderes Bestreben in verantwortungsbewusstem und nachhaltigem Unternehmertum ausgezeichnet werden.



Landrat Herbert Mirbeth (r.) und Kreisbrandrat Waldemar Knott (2. v. l.) sowie Sünchings 1. Bürgermeister Erwin Rist (l.) gemeinsam mit den acht exemplarisch geehrten Einsatzkräften.

Schatzsuche auf den Agenda 21-Tagen in Olching

Zu einer besonderen Schatzsuche lädt das Agenda 21-Büro am 5. und 6. Oktober 2013 von 11 bis 17 Uhr ins KOM in Olching ein. Auf einem 10 qm großen Luftbild und in einer Ausstellung können die Besucherinnen und Besucher den Landkreis Fürstentfeldbruck aus der Luft entdecken und zahlreiche regionale Agenda 21-Schätze zur nachhaltigen Entwicklung kennenlernen.

Seit mehr als 15 Jahren sind viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, Vereine, Verbände und kommunale Einrichtungen aktiv im Agenda 21-Prozess tätig. Aus diesem jahrelangen Einsatz für unsere Heimat sind viele Projekte entstanden. Das Agenda 21-Büro des Landkreises hat daraus die Ausstellung „Der Landkreis Fürstentfeldbruck auf dem Weg in die Nachhaltigkeit“ mit Beispielen aus den Bereichen Artenvielfalt und Naturschutz, Energie- und Ernährung und Ressourcenschutz, Bildung, Mobilität und Soziales miteinander erstellt.

Fahrrad- und Wanderkarte

Selbst entdecken kann man die Agenda 21-Schätze dann auf Ausflügen mit der Agenda 21-Schatzkarte. In dieser Fahrrad- und Wanderkarte des Landkreises Fürstentfeldbruck sind mehr als 40 öffentlich zugängliche Orte verzeichnet, die eine zukunfts- und nachhaltige Entwicklung unseres Land-

kreises aufzeigen. Die Agenda 21-Schatzkarte wird am 05. und 6. Oktober 2013 auf den Agenda 21-Tagen in Olching kostenfrei an alle Besucherinnen und Besucher ausgegeben.

Zukunft wagen

Die Wanderausstellung ist ein Teil des vielfältigen Angebots auf den Olchinger Agenda 21-Tagen. Unter dem Motto „Zukunft denken – Zukunft wagen“ erwartet die Besucherinnen und Besucher ein reichhaltiges Programm: Auf der „EcoDesign Expo“ der Studenten der Hochschule München, können Produkte, die sich durch ansprechendes Design und durch Funktionalität und Umweltfreundlichkeit auszeichnen, ausprobiert werden.

Die Agenda 21-Olching präsentiert ihre Aktivitäten und stellt das Konzept des Ökologischen Fußabdrucks vor. In einem Vortrag mit Film wird am Samstag die Idee und Umsetzung der gemeinschaftlich ge-

brandinspektor Johann Glözl. Hochwassereinsatz 2013 geschafft habe, „Hilfe in einem professionellen Stil“ zu leisten. Dabei hätten alle Organisationen hervorragend zusammengearbeitet. „Durch vorausschauende Planung hat sich der Schaden in Grenzen gehalten, wobei ja für die Feuerwehren das ganz normale Tagesgeschäft, etwa die Hilfe bei schweren Verkehrsunfällen ungestört weiter lief.“ Als neues Phänomen bezeichnete er es, dass viele junge Menschen ganz spontan ihre Hilfe zur Verfügung stellten. „Die Bereitschaft für kurzfristige Aufgaben zur Verfügung zu stehen, besteht also durchaus, hingegen nimmt die Bereitschaft leider ab, ständig in festen Strukturen zu arbeiten“, so Knott.

Hochwasser-Helferzeichen

Stellvertretend für alle Helfer erhielten acht Helfer aus den Händen des Landrates das Hochwasser-Helferzeichen. Es waren: Wolfgang Heigl von der FFW Matting, Franziska Zimmerer von der Wehr Bach, Mathias Meller von der Feuerwehr Wischenhofen, Wolfgang Meier von der Wehr Kleinprüfening, Anja Pasold von der FFW Dießenbach, Hauptmann Andre Schneider vom Bundeswehrverbindungskommando, Markus Deneke von der DLRG, Markus Schießl von der Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (UG-ÖEL) und Kreis-

brandinspektor Johann Glözl.

Organisation

Das Sachgebiet „Öffentliche Sicherheit“ unter Leitung von Karl Frank hatte das Fest zusammen mit den Feuerwehren organisiert, die Firma Ruhland aus Oberviechtach stellte dem Landkreis für das Helferfest im

Anschluss an das Sünchinger Volksfest kostenlos das Festzelt zur Verfügung und die Sanitätswache Pfatter-Schönach des BRK leistete am Abend ehrenamtlich Dienst. Festwirt Fritz Englberger kümmerte sich um das leibliche Wohl, für musikalische Unterhaltung sorgte die Blaskapelle Toni Schmid aus Aufhausen.

Bürgermeisterwahlen:

Bayerische Ergebnisse

Parallel zur Bundestagswahl haben in Bayern Bürgermeisterwahlen stattgefunden. In Aßling (Landkreis Ebersberg) wird der parteilose Hans Fent neuer Bürgermeister. Der 52-jährige Kandidat von SPD, Grünen und Freien Wählern erzielte 58,3 Prozent der Wählerstimmen und setzte sich damit gegen Sebastian Brilmayer (CSU) durch, der 41,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Sehr knapp fiel das Endergebnis bei der Wahl zum Rathauschef von Kirchdorf am Inn (Landkreis Rottal-Inn) aus: Mit nur 29 Stimmen Unterschied kamen Walter Unterhuber (Freie Wähler) und Johann Springer (Bürgerliste) in die Stichwahl. 27,1 Prozent votierten für den Bewerber der Freien Wähler, 26,2 Prozent der Bürger für den Polit-Neuling Springer. Das Ergebnis der drei weiteren Kandidaten: 19,1 Prozent erreichte Torsten Erlemeier (CSU), 16,4 Prozent Willi Hauswirth (UWG) und 11,2 Prozent Hans Feirer (Grüne).

Auch die Vaterstettener werden in 14 Tagen ein weiteres Mal an die Wahlurnen gebeten. Dann wird es zur Stichwahl zwischen CSU-Bewerberin Brigitte Littke und dem Kandidaten der Freien Wähler, Georg Reitsberger, kommen. Die beiden lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, während SPD-Kandidatin Heike Tischler mit 13,8 Prozent abgeschlagen auf dem dritten Platz landete. Littke kam auf 45,1 Prozent, Reitsberger erhielt 41,1 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,5 Prozent. **DK**

Nachhaltige Energie-Einsparteknik



Sparen Sie dauerhaft Energie- und Erhaltungskosten!

- Multifunktionale Wärme- und Kälterückgewinnungssysteme für alle luft- und klimatechnischen Anlagen -

Die Luft- und Klimatechnik ist ein wichtiger Bestandteil moderner Gebäudetechnik und dient einer hohen Nutzungsqualität.

Bei rechtzeitiger Einplanung der SEW®-Rückgewinnungstechnik ergeben sich erhebliche Vorteile in Bezug auf Investitionen und Amortisationen sowie auf Betriebskosten und Erhaltungsaufwand.

Diese Technik bietet Lösungen, mit welchen hocheffizient Wärme, Kälte und sogar Strom eingespart werden. Heizkessel und Kältemaschinen werden spürbar kleiner und Rückkühlwerke entfallen ggf. ganz.

Die SEW®-Rückgewinnungstechnik basiert auf vollkommen getrennten Luftströmen zwischen Außenluft und Fortluft und ist damit absolut

keim- und schadstoffübertragungsfrei und auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung!

Bundesweite Vorbildprojekte



Tonhalle Düsseldorf
Wärme *: 2.478 kW
Kälte *: 524 kW



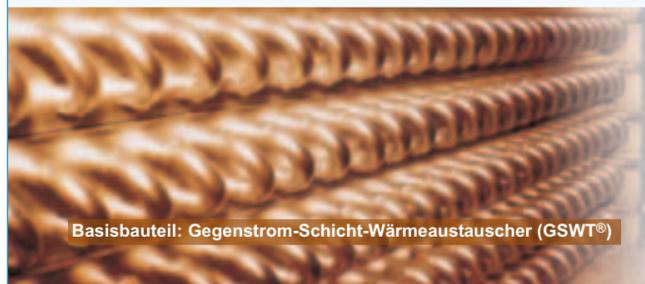
Bayerischer Rundfunk München
Wärme *: 2.276 kW
Kälte *: 735 kW



Landesamt für Umwelt Augsburg
Wärme *: 417 kW
Kälte *: 147 kW



Bundeskanzleramt Berlin
Wärme *: 2.160 kW
Kälte *: 710 kW



Basisbauteil: Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher (GSWT®)



SATURN Arena Ingolstadt
Wärme *: 1.100 kW
Kälte *: 781 kW



Museum für Völkerkunde Hamburg
Wärme *: 350 kW
Kälte *: 63 kW



Universität Regensburg
Wärme *: 1.283 kW
Kälte *: 181 kW



Europabad Wetzlar
Wärme *: 634 kW
* eingesparte Wärme- bzw. Kälteleistungen

Morgens ab sieben wird geschmiert

Die Würzburger Kindertafel versorgt über 120 Schüler mit gesunden Pausenbroten

Würzburg. Wer sich falsch ernährt, ist weniger gesund und leistungsfähig. Wird häufiger krank. Oder übergewichtig. Besonders fatal ist falsche oder mangelhafte Ernährung für Kinder, sagt Uschi Scheler von der Würzburger Kindertafel: „Ein hungriges Kind kann nicht lernen. Wenn der Magen knurrt, ist es mit der Konzentration vorbei.“ Seit mehr als einem Jahr versorgt die Kindertafel Erst- bis Viertklässler, die ohne ein Sandwich im Schulranzen aus dem Haus gehen, mit Pausenbrot, Obst und Getränk.

Gummibärchen oder Noisetteschokolade, das alles schmeckt natürlich super lecker, ist in der Pausenbrotzeit der Kindertafel jedoch tabu. „Es gibt süßes Obst und ganz selten Mal ein Marmeladenbrot“, sagt Vorstandsmitglied Peter Estenfelder. Dem Team ist es wichtig, dass die Grund- und Förderschüler wirklich etwas Nahrhaftes zum Essen bekommen. Meist gibt es Käse in verschiedenen Variationen. „Von Wurst sind wir abgekommen, da es immer wieder zu Problemen mit muslimischen und jüdischen Kindern kam“, erklärt Estenfelder.

Rund 30 Freiwillige

Durchschnittlich 1,65 Euro gibt die Kindertafel pro Pausenbrot täglich aus. Mehr als 120 Brote wurden im vergangenen Schuljahr jeden Morgen ab 7 Uhr geschmiert, eingepackt und ab 8 Uhr an die Schulen ausgeliefert. Das Ganze geschieht in einer Heidingsfelder Privatwohnung. Rund 30 Freiwillige teilen sich in den Dienst. Sechs bis sieben treten pro Schicht an. Für manche Schule werden zehn, für eine andere 40 Brote zubereitet.

Starkes Glied in der kommunalen Präventionskette

Die Würzburger Kindertafel ist ein starkes Glied in der kommunalen Präventionskette gegen Kinderarmut. Seit sechs Jahren wird die Tatsache, dass auch in Würzburg viele Kinder am Rand des Existenzminimums leben, verstärkt in den Blick genommen. So legte die Stadt 2007 einen mit 25.000 Euro dotierten Nothilfefonds für arme Familien auf. Außerdem übernimmt sie für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien die Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen. Zur Kindertafel gibt es einen entscheidenden Unterschied, so Estenfelder: „Bei uns muss man keine Bescheinigung vorlegen, dass man bedürftig ist.“ Ausnahmslos jedes Kind ohne Pausenbrot wird unterstützt.

Frische ist oberste Maxime

Produkte mit überschrittenem Mindesthaltbarkeitsdatum kommen nicht auf die Brote. Selbst wenn sie noch gut wären. Die Kindertafel legt auf Frische Wert. Schwierig ist für die Mitglieder, dass sie noch nicht über

geeignete Räumlichkeiten verfügen, in denen die Brote kreiert werden können. Die Privatküche in Heidingsfeld kann nur eine Übergangslösung sein. Denn hier ist es nicht möglich, größere Mengen an Lebensmitteln fachgerecht zu kühlen und zu lagern. „Wir suchen nach Räumen in der Stadtmitte“, sagt Estenfelder. Die müssten allerdings zu einer sehr geringen Miete anzumieten sein: „Denn jeder Mieteuro geht ja von den Pausenbroten für die Kinder weg.“

Dass ein sechsjähriges Kind morgens ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule geschickt wird, ist eigentlich unfassbar. „Doch es passiert. Und es gibt viele Gründe dafür“, sagt Uschi Scheler. Armut ist ein Hauptgrund. Aber auch Kinder von psychisch kranken Eltern treten morgens nicht selten ohne Wegzehrung den Gang in ihre Schule an.

Weitere Sponsoren gesucht

„Der Bedarf nach Unterstützung ist sehr groß“, betont die Waldbüttelbrunnerin. „Größer, als wir ihn bewältigen können.“ Derzeit werden lediglich die Kinder von acht Würzburger Grund- und Förderschulen von der Kindertafel versorgt. Doch es gäbe noch mehr Schulen, die in das Projekt integriert werden könnten. Was aber nur mit weiteren Sponsoren möglich wäre.

Die laufenden Ausgaben betragen derzeit 36.000 Euro im Jahr. „Wir kratzen und kratzen, damit wir das Geld zusammenbekommen“, sagt der Ochsenfurter Peter Estenfelder. Angefangen habe der Verein „mit Nichts“, ergänzt Schriftführerin Scheler. Lange habe die Bäckerei Schiffer die Brote gespendet. Allmählich wuchs der Kreis der Sponsoren und Fördermitglieder. Heute wird die Kindertafel vor allem von der Firma Gebrüder Götz unterstützt.

Charity-Aktion

Das Unternehmen knobelt ständig neue Pläne aus, um Geld für die Kindertafel aufzutreiben. Bei der aktuellen Charity-Aktion zum Schulanfang werden Turnbeutel zugunsten der Kindertafel zum Verkauf angeboten. Außerdem helfen Azubis einmal pro Woche vor Arbeitsbeginn, die Dutzenden Pausenbrote in Heidingsfeld zu schmieren. Pat Christ



Über 100 verzweigte Kellerräume bilden ein mystisches Labyrinth im Sandstein unter der Stadt.

Foto: obx-news/Robold/Stadt Schwandorf

Im Raum Regensburg:

Flutpolder nicht zielführend

Mirbeth und Hörner: Hochwasserschutz muss an der richtigen Stelle ansetzen

Sünching. (RL) „Wir werden jetzt insbesondere den Bau von gesteuerten Flutpoldern vorantreiben“, war die erste Reaktion des bayerischen Umweltministers im Angesicht der Schadensbilder im niederbayerischen Deggendorf und die Süddeutsche Zeitung titelte „Polder braucht das Land“. Vor dem Hintergrund der erneuten öffentlichen Flutpolderdiskussion, die der Raum Regensburg im Jahr 2007 bereits als erledigt ansah, lud Landrat Herbert Mirbeth vor kurzem die Bürgermeister der Anliegergemeinden und die Vertreter der Interessengemeinschaft Flutpolder zu einem Gespräch nach Sünching ein.

Die Kommunalpolitiker und die Vertreter der Interessengemeinschaft zeigten sich überzeugt, dass zahlreiche fachliche Gründe der Schaffung von Flutpoldern im Raum Regensburg entgegenstehen. Diese Gründe an die Entscheidungsträger in München heranzutragen, will man sich zur Aufgabe machen und dafür auf Vorschlag von Landrat Mirbeth einen Aktionskreis bilden.

Mirbeth und Markus Hörner, der Sprecher der Interessengemeinschaft, fordern eine Gesamtbetrachtung sowohl des Wassereinzugsgebiets der Donau als auch der Nebenflüsse. „Das Hochwasser in Passau hat gezeigt, dass es immer dann zur Katastrophe kommt, wenn mehrere Flüsse zusammenspielen“, resümierten Hörner und der Barbinger Bürgermeister Hans Thiel.

Hoher Grundwasserspiegel

Gerade im östlichen Landkreis Regensburg bestehe bereits jetzt ein sehr hoher Grundwasserspiegel. „Wir können darauf nicht auch noch einen Wasserteppich in Form gesteuerter Flutpolder stellen“, verdeutlichte der Mintrachinger Bürgermeister Kurt Senft das Problem. Beim aktuellen Hochwasser konnte heuer der Scheitelpunkt der Donau in Regensburg nicht genau vorhergesagt werden. Flutpolder hätten nichts genutzt, da man sie wohl zu früh geflutet hätte. Das hätte stark verschmutztes Hochwasser auf die Äcker gebracht und die Trinkwasserversorgung bedroht, ohne zumindest eine kleine Entlastung für die Unterlieger der Donau zu bringen.

Dezentrale Lösungen

„Dieser Raum hat einen Anspruch, dass nicht wieder etwas kaputt gemacht wird“, formulierte Bürgermeister Josef Heuschneider im Hinblick auf den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals, der dem östlichen Landkreis bereits einen erheblichen Landverbrauch gebracht habe. Eine weitere Flächen-Inanspruchnahme in Form von Dammbauten und Überfahrten sei nicht vertretbar. Eine Gesamtbetrachtung müsse auch dezentrale Lösungen in den Zuflüssen der Donau untersuchen.

„Wir müssen das Hochwasser dort bekämpfen, wo es entsteht, nämlich an den Oberläufen der Donauzuflüsse“, forderte Hörner. Dass Flutpolder nicht nur die

Landwirtschaft, sondern auch Hausbesitzer und Industrie negativ betreffen, verdeutlichte Bürgermeister Hans Thiel. „Wer in der Nähe von Poldern wohnt, muss eine Wertminderung seiner Immobilie in Kauf nehmen“, befürchtet er.

Landrat Mirbeth sah großen Konsens in den vorgeschlagenen Anstrengungen, Politik und Verwaltung davon zu überzeugen, dass Flutpolder entlang der Donau im Landkreis Regensburg nur neue Probleme schaffen würden.

„Wir dürfen uns aber nicht darauf verlassen, dass es in München ähnlich gesehen werde, sondern wir müssen uns fachlich fundiert Gehör verschaffen“, zeigte Mirbeth die nächsten Schritte auf und bot Landkreismittel dafür an, durch fachliche Beratung einen „hohen Argumentationsdamm aufzuschütten“. Es gelte, der staatlichen Wasserwirtschaft Fakten entgegenzuhalten, an denen auch die Politik nicht vorbeikomme. Flutpolder dürften dort nicht entstehen, wo neue Probleme und grundlegende Verschlechterungen aufgeworfen würden. „Genau das wäre aber bei uns der Fall“, fassten Mirbeth und Hörner die Diskussion zusammen.

Anliegen verteidigen

Es gelte, die berechtigten Anliegen des Heimatortes zwischen Barbing und Wörth zu verteidigen. Dies umso mehr, als im Gegensatz zur Diskussion in den Jahren 2006 und 2007, in der auch der Regensburger Kreistag in einer Resolution die Planungen für Überschwemmungsgebiete einstimmig abgelehnt hatte, heute nicht mehr die Regionalplanung und damit die örtlichen Mandatsträger zur Entscheidung berufen sind, sondern nur mehr die staatliche Wasserwirtschaftsverwaltung. „Der Staat hat diese Entscheidung an sich gezogen und damit einen Auftrag an die Planungsverbände vom Dezember 2005 zurückgenommen“, zeigte Mirbeth die Rahmenbedingungen auf.

„Wir verweigern uns nicht einem besseren Hochwasserschutz und was notwendig ist, muss gemacht werden“, zeigte die Besprechungsrunde Verständnis für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die hohe Priorität, die die Landespolitik dem Hochwasserschutz beimisst, darf aber nicht zu vorschnellen Entscheidungen führen, die sich am Ende als unbrauchbar erweisen könnten. □

Irrgarten in der Tiefe:

Bayerns größtes Felsenkeller-Labyrinth

Schwandorf (obx) - Eine geheimnisvolle Unterwelt begeistert immer mehr Besucher im Oberpfälzischen Schwandorf. Über 100 verzweigte Kellerräume bilden ein mystisches Labyrinth im Sandstein unter der Stadt. Entstanden sind die bis zu 500 Jahre alten Gewölbe als Gär-Keller als Schwandorf noch ein Zentrum der Braukunst war. Heute können Besucher bei Erlebnisführungen durch rund 60 effektiv beleuchtete historische Sandsteinkeller wieder in die faszinierende Geschichte von Bayerns größtem Felsenkeller-Labyrinth abtauchen: Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Gewölbe auch von „Keller-Dieben“ heimgesucht und retteten als Luftschutzbunker tausenden Menschen das Leben.

Wer heute in Bayerns größte „Unterwelt“ hinabsteigt, der kann die wechselvolle Geschichte des einzigartigen Schwandorfer Felsenkeller-Labyrinths hautnah erleben. Über 100 von Menschenhand in den Sandstein gehauene Kellerräume erstrecken sich nebeneinander oder in Etagen übereinander liegend von Nord nach Süd über rund einen Kilometer unter der Stadt.

Entstehung

Entstanden sind die ersten Schwandorfer Felsenkeller bereits Ende des 15. Jahrhunderts. Der Grund: In dieser Zeit begannen die Bierbrauer der Region ihr Brauverfahren von der oberen, warmen auf die untere, kalte Gärung umzustellen und erzielten damit ein süffigeres, vor allem aber länger lagerfähiges Bier. Die Temperatur durfte bei diesem innovativen Gärprozess zehn Grad Celsius nicht überschreiten - Bedingungen, welche die Schwandorfer Felsenkeller noch heute bieten.

Historische Bedeutung als „Brau-Metropole“

Die einzigartige Ausdehnung des Schwandorfer Felsenkeller-Labyrinths zeigt die historische Bedeutung der Stadt als „Brau-Metropole“. Schon etwa ab der Mitte des 16. Jahrhunderts „exportierten“ die Schwandorfer Kommun-Brauer ihr Bier auch in umliegende Städte wie Regensburg. Allein in der Zeit von 1855 bis 1861 weisen die Archive eine Verdreifachung der gelagerten Biermenge in den Braukellern aus, auf dann über 700.000 Liter.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg errichteten die immer größeren Privatbrauereien moderne Gäranlagen und Kühllhäuser, so dass in den Schwandorfer Felsenkellern jetzt vermehrt landwirtschaftliche Produkte wie Kartoffeln, Fleisch und Rüben gelagert wurden.

„Keller-Diebe“

Dieses reichhaltige „Angebot“ an Nahrungsmitteln rief schließlich 1931/32 die sogenannten „Keller-Diebe“ auf den Plan: Auf ihren Raubzügen durchbrachen sie Mauern und natürliche Felswände und verbanden dadurch ursprünglich voneinander unabhängige Keller-Systeme. Die „Keller-Diebe“ sind also die eigentlichen „Schöpfer“ des Schwandorfer Felsenkeller-Labyrinths.

Unterwelt als Lebensretter

Im Zweiten Weltkrieg wurde die weitverzweigte Unterwelt der Stadt zum Lebensretter für tausende von Schwandorfer Bürgern. Während einer dramatischen Bombennacht am 17. April 1945 mit 1250 Toten suchten allein rund 6000 Menschen Zuflucht in den zu Bunkern ausgebauten Felsenkellern. Nach den dramatischen Ereignissen des Zweiten Welt-

kriegs verfiel ein Großteil des Schwandorfer Felsenkeller-Labyrinths in den Nachkriegsjahren. Doch inzwischen hat die Stadt einen Teil aus etwa 60 Kellerräumen ihrer historischen und jetzt denkmalgeschützten Unterwelt saniert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Neben spannenden Erlebnisführungen finden dort heute auch Konzerte und außergewöhnliche Kulturveranstaltungen statt.

Nähere Info im Internet: www.schwandorf.de unter „Bildung und Kultur“ - „Felsenkeller“ □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef-in vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Peter Estenfelder und Uschi Scheler mit Bildern, die Kinder dem Team der Kindertafel als Dankeschön gemalt haben. Foto: pat

Preise der Oberfrankenstiftung 2013:

Investitionen in die Zukunft

Auszeichnung in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“

Auch in diesem Jahr verlieh die Oberfrankenstiftung ihre Preise in den Kategorien „Soziales“, „Denkmalpflege“ und „Kultur“. Sie sind je Kategorie mit 15.000 Euro dotiert. In Bayreuth laudierten der Vorsitzende des Stiftungsrats der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler und Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Der Sozialpreis 2013 wurde diesmal in Form eines Förderpreises an die Universität Bamberg, Lehrstuhl für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur für das Projekt „Kul(tur)Kids“ vergeben. Dieses im November 2012 gestartete Projekt wird von Annette Pöhlmann-Lang geleitet, die an der Uni Bamberg Didaktik des Deutschen als Zweitsprache (DiDaZ) lehrt und die Auszeichnung aus den Händen von Bezirksstagspräsident Denzler entgegennahm.

eine kulturelle Einrichtung von Bamberg wie z. B. den Dom besucht hätten. Dann stieß sie auf ein Tandemprojekt an der FU Berlin, das seinen Ursprung in Schweden hat (Nightingale). Annette Pöhlmann-Lang setzte dieses Projekt für Bamberg um. Die „Kul(tur)Kids“ laufen bisher in Kooperation mit der Grund- und Mittelschule in Gaustadt, ein Stadtteil mit traditionell hohem Migrantenanteil.

Innovatives Projekt

„Kul(tur)Kids“

„Die Kinder lernen spielerisch durch Freizeitaktivitäten die Stadt Bamberg kennen und verbessern nebenbei ihr Deutsch. Die Verbindung von Sprachkompetenz und kultureller Einbindung ist das Besondere an „Kul(tur)Kids“, so die Wissenschaftlerin. Durch die Betreuung von Studierenden werden die Kinder sowohl im zwischenmenschlichen Miteinander als auch in der Verwendung der Sprache gefördert und lernen die Kultur vor Ort kennen. Das obligatorische Tagebuchschreiben dient dabei der Verbesserung der Schreibfähigkeit und der sprachlichen Ausdrucksweise.

In seiner Laudatio betonte Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler: „...Es ist ein sehr junges, aber aus unserer Sicht ein sehr innovatives und zukunftsweisendes Projekt, das auf jeden Fall unterstützt werden sollte. ...Das Projekt Kul-Kids der Universität Bamberg verbessert die Startbedingungen für Kinder mit Migrationshintergrund. Es gibt den Kindern die Chance, Nachteile, die durch das sprachliche Defizit herühren, auszugleichen. Und das Tolle dabei ist: alle haben Spaß daran.“

Kulturpreis für Paul Maar

Spielerisches Lernen

Die Idee zu diesem Projekt kam ihr, als sie selbst als Grundschullehrerin in einer Bamberger Schule tätig war. Ihr sei aufgefallen, dass viele ihrer Schüler noch nie

Mit dem Kulturpreis 2013 erhielt wurde der Schriftsteller, Illustrator und Drehbuchautor Paul Maar. Der gebürtige Schweinfurter zählt zu den erfolgreichsten zeitgenössischen Autoren von Büchern und Theaterstücken für Kinder.

Europapreis 2013 für Altötting

Als 16. deutscher Stadt ist der Kreis- und Wallfahrtsstadt Altötting der Europapreis 2013 des Europarates verliehen worden. Gemeinsam mit der ungarischen Kommune Tata ist Altötting heuer Träger der höchsten Auszeichnung, die der Europarat seit 1955 an europäische Städte vergibt.

Im Rahmen eines Festaktes nahm Bürgermeister Herbert Hofauer im Kultur + Kongress Forum aus den Händen des zuständigen Vorsitzenden des Unterausschusses für den Europapreis Sir Alan Meale die Auszeichnung entgegen. Meale lobte die Stadt, weil sie in ihren partnerschaftlichen Beziehungen „einen echten europaweiten Horizont“ angestrebt habe und nannte als Beispiele die Arbeitsgemeinschaft „Shrines of Europe“, die vielfältigen Jugendaustauschprogramme sowie die Aktivitäten der Gemeinschaft Emanuel. Die insgesamt 71, mit dem Europapreis ausgezeichneten Städte, bildeten „in einem gewissen Sinn die Elitetruppe unter den Kämpfern für den europäischen Gedanken“.

Gemeinschaftswerk

„Sie halten Europa in Ihrer Heimatstadt lebendig. Paradebeispiel sei der heutige „Europäische Tag“ – ein Freudenfest für die ganze Stadtgemeinschaft. Jung und Alt, Vereine, Betriebe und Kommune packen an und beweisen: Europa ist ein großartiges Gemeinschaftswerk“, hob Europaministerin Emilia Müller in ihrer Festrede hervor.

In Altötting sei der Geist der Völkerverständigung besonders stark, konstatierte Ministerin Müller. Schönheit und die christliche Strahlkraft der Heimat würden weit über die Gren-

zen Bayerns und Deutschlands hinaus getragen. Seit vielen Jahren sei die oberbayerische Stadt mit den großen Marienwallfahrtsorten in Europa wie Fatima, Loreto, Lourdes, Marizell und Tschestochau verbunden und „diese Zusammenarbeit wird mit Städtepartnerschaften untereinander gestärkt“.

Lange Tradition

Jugendforen, Schüleraustausche, Jugendostertage, Klostermärkte, gemeinsame Sportwettbewerbe und Konzerte – all das habe in Altötting schon lange Tradition, fuhr Müller fort. Darüber hinaus würden deren europäische Freundschaften Jahr für Jahr mit neuen Ideen bereichert.

Mit dem internationalen Musical „Gangs of Turin“ waren Müller zufolge junge Darsteller aus 16 Nationen in mehreren Ländern unterwegs. Zudem bereicherte die Heimvolksschule Franziskushaus die bayerisch-oberösterreichische Landesausstellung mit dem Kochbuch „Grenzgeschmäcker“.

Erfolgsgeschichte

Wie die Ministerin darlegte, „ist und bleibt Europa eine Erfolgsgeschichte und eine großartige Gemeinschaftsleistung“. Europa bedeute Frieden und Sicherheit, mehr individuelle Frei-

Der 75-Jährige, der besonders als Erfinder der Fantasiefigur „das Sams“ bekannt wurde, sei heute „Gemeingut im deutschen Sprachraum“, hob Bezirksheimatpfleger Günter Dippold in seiner Laudatio hervor. Dippold bezeichnete Maar als „meistgespielten lebenden Dramatiker deutscher Zunge“; seine Werke würden nicht nur gelesen und aufgeführt, sondern auch verfilmt und in zahlreiche Sprachen übersetzt: „... Das Werk Paul Maars ist groß in jeder Hinsicht. Zu groß für einen Abend. So groß jedenfalls, dass ihre Wahlheimat Oberfranken stolz auf sie sein kann. Heute verleiht die Oberfrankenstiftung diesem Stolz einen sichtbaren Ausdruck.“

Zahlreiche Werke

Neben den „Sams“-Abenteuern gehören Stücke wie „Der König in der Kiste“ und „Lippels Traum“ oder Musicals wie „Die vergessene Tür“ zum umfangreichen Katalog von Maars Werken. Maar erhielt für seine Arbeit zahlreiche Preise und Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und den Bayerischen Verdienstorden.

Den Denkmalpflegepreis teilen sich in diesem Jahr Petra Dierl für das Anwesen Friesener Hauptstraße 28 in Hirschaid, die Eheleute Heidemarie und Hans Gerdes für das Anwesen Nürnberger Straße 119 in Bamberg und Stephan Schütz für das Anwesen Oberlangheimer Straße 1 in Bad Staffelstein/Uetzing.

Denkmalpflegepreis

In seiner Laudatio erläuterte Regierungspräsident Wilhelm Wenning die Besonderheiten der drei denkmalpflegerischen Maßnahmen: „...Das schlichte Fachwerkhaus von Frau Dierl aus dem 18. Jahrhundert, die Balken rotbraun gefasst, mit seinen grünen Fensterläden ergibt ein freundliches Bild, und es ist eine Zierde für das schmucke Straßendorf Friesen.“

„...Das Gärtnerhaus mit seiner schlichten, aber edlen gelben Fassade ist dank der Eheleute Heidemarie und Hans Gerdes wieder ein Hingucker in der Nürnberger Straße, es wertet seine ganze Umgebung auf.“ „...In der Ortsmitte von Uetzing prangt ein stattliches Fachwerkhaus mit steinerem Erdgeschoss, mit einem Zierfachwerk aus dem frühen 18. Jahrhundert und einem Halbwalmdach. ...Viele tausend Arbeitsstunden wandte Herr Schütz auf, jede freie Minute verbrachte er hier.“

Dorfcharakter erhalten

Wenning erinnerte, dass die Oberfrankenstiftung im Jahr 1927 ins Leben gerufen wurde, inzwischen werde ein Vermögen von 500 Millionen Euro verwaltet. In den vergangenen Jahren seien acht Millionen Euro in die Denkmalpflege in Oberfranken investiert worden. Gefördert würden vor allem Projekte, die den Charakter eines Dorfes erhalten, aber auch historische Anwesen in Städten. Voraussetzung sei, dass sie einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. **DK**

heit, mehr Wohlstand und Arbeit, aber auch mehr Völkerverständigung und Freundschaft. Müller: „Sie alle in Altötting sind Vorbild - bei Ihnen ist Europa keine abstrakte Idee, sondern gelebte Überzeugung. Sie alle setzen auf grenzenlose Zukunft und auf Freundschaft in Europa. Damit stärken Sie Europa von innen nach außen. Bleiben Sie auch in Zukunft leidenschaftliche Europäer!“ **KI**

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Sagen Sie mal, Sabrina, sind Sie eigentlich bei irgendeinem Tausch- oder Shareportal angemeldet? Ich meine, weil Shareconomy doch der große Megatrend unter euch jungen Leuten sein soll.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war mal wieder bemüht, sich auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen, über die man so spricht.



könnte. Carsharing ist absolut der Renner unter jungen Leuten in großen Städten mit Parkplatzproblemen. Heute braucht man einen Kombi für den Großeinkauf, Morgen tut es ein Mini-Flitzer für den Geschäftstermin und am Wochenende wäre ein Cabrio recht – wenn man rechtzeitig reserviert. Ein großer Anbieter sorgt jetzt in München und Berlin sogar dafür, dass man den Wagen am Flughafen abstellen und nach einer Reise auch dort wieder einen Wagen aufnehmen kann – adieu Taxi oder Bus. Da wirklich alles auf der Agenda steht, wird jetzt auch ein Parkplatz-Sharing-System aufgebaut: Wer seinen festen Parkplatz nur während des Tages braucht, bietet ihn in den Abendstunden zur Benutzung an, wer in Urlaub fährt, gibt ihn während dieser Zeit für andere frei. Genial.

Da hat er sich ein lohnendes Stichwort gesucht. Zwar kann man sich getrost darüber streiten, ob der zunehmende Trend, hochwertige Konsumgüter nicht mehr unbedingt zu kaufen, sondern zu teilen, eigentlich schlicht auf Zeit zu mieten, tatsächlich unsere Form zu leben und zu wirtschaften, revolutionieren wird, wie einige Ökonomen euphorisch meinen. Aber ohne Zweifel ist es ein spannender Trend, der immer weitere Kreise zieht und getreu dem marktwirtschaftlichen Credo, dass

den Wagen am Flughafen abstellen und nach einer Reise auch dort wieder einen Wagen aufnehmen kann – adieu Taxi oder Bus. Da wirklich alles auf der Agenda steht, wird jetzt auch ein Parkplatz-Sharing-System aufgebaut: Wer seinen festen Parkplatz nur während des Tages braucht, bietet ihn in den Abendstunden zur Benutzung an, wer in Urlaub fährt, gibt ihn während dieser Zeit für andere frei. Genial.

Angeblich gibt es jetzt schon ein Schimpfwort in der Community: Behälter. Das soll einen Menschen kennzeichnen, der tatsächlich mal was für sich haben will. Wie dem auch sei: Der Wunsch, Dinge nicht nur zu nutzen, sondern sein eigen zu nennen und die exklusiven Nutzungsrechte darauf zu haben, scheint zu schwinden. Das ist im Übrigen kein antikapitalistischer Reflex, sondern ein Triumph marktwirtschaftlichen Denkens: Die Leute überlegen sich, was für sie in Summe günstiger kommt, etwas zu kaufen oder nur zu mieten und entscheiden sich dann für das für sie Passende.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich etwas ratlos an. Schließlich gehört er einer Generation an, die durchaus noch von der Knappheit einiger Güter gekennzeichnet war und für den das erste eigene Fahrrad oder das erste mit eigenem Geld gekaufte Auto gern erinnerte Meilensteine der eigenen Biographie darstellen. Allerdings gibt er auch freimütig zu, dass es clever ist, wenn man nicht jedes Ding, das man nur ein paar Mal im Jahr braucht, gleich kaufen muss, sondern seinen Konsum flexibel den konkreten Bedürfnissen anpassen kann. Die ganz anderen Gedanken, die sich Albert Schweizer zum Thema Teilen gemacht hat, poste ich jetzt an den Chef: „Das eigene Glück kann man nur multiplizieren, indem man es teilt.“

Spannender Trend: Shareconomy

sich am Markt durchsetzt, was nachgefragt wird, eine Reihe von experimentierfreudigen Start-ups hervorgebracht hat.

Die Großmutter dieser Idee, die da meist netzbasiert heute als typische Ausprägung der digitalen Revolution gilt, stammt noch aus den grauen Tagen der analogen Welt. Das sind die meist in kommunaler Hand befindlichen Artotheken, in denen man sich Bilder, Skulpturen und andere Kunstwerke, die in städtischen Galerien sonst die Lagerkeller verstopft hätten, für ein paar Monate kostengünstig für zu Hause mieten kann. Heute ist das Angebot dank privater Teil- oder neudeutsch Shareplattformen erweitert auf Designermöbel und -kleidung, Orientteppiche, Geschirr, Spielzeug, Kindersachen, Gartengeräte, Werkzeug und was weiß ich noch alles.

Die Klassiker sind aber natürlich die Car- oder Bikesharing-Portale, mit deren Hilfe man sich die Anschaffung eines Autos oder Fahrrads sparen kann, weil man sich für die Zeit, in der man es braucht, einfach ein Wunschauto reserviert oder per Handy schaut, an welcher Mauer in der Nachbarschaft gerade ein Fahrrad lehnt, das man für die Spritztour ins Grüne benutzen

ihre Sabrina

Grundsteinlegung für „Bauhütte“ in Perlesreut:

Vorzeigeprojekt im Ilzer Land

Zahlreiche Gäste aus Politik, Behörden und Wirtschaft folgten der Einladung des Marktes Perlesreut (Landkreis Freyung-Grafenau) zur öffentlichen Grundsteinlegung für die sogenannte Bauhütte. Hier wird – betrieben von allen neun Kommunen des „Ilzer Landes“ – in vom Markt Perlesreut bereitgestellten Räumen eine zentrale Anlaufstelle der Innenentwicklung im ILE entstehen. Zu festen Bürozeiten gibt es ein Beratungsangebot für Hausbesitzer und Interessenten.

Hinzu kommen Räumlichkeiten für die Öffentlichkeitsarbeit (Vorträge, Veranstaltungen, Ausstellungen). Die Bauhütte soll künftig auch ein Depot mit historischen Baumaterialien aus Abbrüchen oder Sanierungen, die bei der Umnutzung von Gebäuden wieder zum Einsatz kommen können, verwaltet. Mittelfristig könnte die Bauhütte auch für die Aus- und Weiterbildung in sanierungsnahen Handwerkstechniken weiterentwickelt werden bis hin zu einem Gründerzentrum für Firmen, die sich speziell dem Bauen im Bestand widmen.

Vorzeigeprojekt

Das Vorzeigeprojekt für die Innenentwicklung und Ortskernbelebung im ländlichen Raum wird in einem denkmalgeschützten Gebäude am Marktplatz in Perlesreut umgesetzt. Mit rund 3,1 Millionen Euro förderfähigen Kosten, von denen allein die Städtebauförderung etwa 1,7 Millionen Euro übernimmt, ist die Bauhütte „Ilzer Land“ das größte Investitionsvorhaben im Städtebauförderungsprogramm „kleinere Städte und Gemeinden“ in der Region.

Während der zum Marktplatz gewandte Teil die öffentlichen Einrichtungen der Bauhütte und Vereinsräume für den Markt Perlesreut aufnehmen wird, wird den rückwärtigen Gebäudeteil ein privater Investor, nämlich die MST Consulting GmbH, zu sechs barrierefreien Wohnungen mit je 65 Quadratmetern Größe umbauen. Die Investitionskosten belaufen sich hier auf rund 750.000 Euro. Damit können am „Modellprojekt“ die Entwicklungsmöglichkeiten für vergleichbare Lagen in den Ortsmitteln demonstriert werden.

Positive Ausstrahlung

„Mit der heutigen Grundsteinlegung der Bauhütte im Ilzer Land wird ein Vorzeigeprojekt umgesetzt, das positiv auf die Ortskerne ausstrahlen wird“, stellte Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, fest. Er nahm die offizielle Grundsteinlegung als Vertreter des Hauptfördergebers vor. Die Bauhütte stelle nicht nur ein Leuchtturmprojekt in der Region dar, sondern auch für das Städtebauför-

derungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“.

„Fest steht: Wir brauchen lebendige und funktionsfähige Zentren. Sie übernehmen nicht nur vielfältige Versorgungsfunktionen für die Bürger vor Ort. Sie sind auch wichtige Ankerpunkte in der Region. Die hervorragende interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Ilzer Land ist auch für andere Regionen beispielgebend“, machte Scheuer deutlich.

Sicherung der Daseinsvorsorge

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ haben Bund und Länder 2010 einen neuen Schwerpunkt in der Städtebauförderung gesetzt. Im Jahr 2013 stellt der Bund insgesamt 55 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen für das Programm bereit. Es unterstützt gezielt Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen bei der Bewältigung des demografischen Wandels und der Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort.

Wie Scheuer darlegte, „wollen wir die Kommunen insbesondere bei der Bündelung ihrer Kräfte und Ressourcen unterstützen“. Neben der gemeinsamen Entwicklung der Infrastruktur komme der Stärkung der Ortszentren eine besondere Bedeutung zu. Daseinsvorsorge benötige vitale und funktionsfähige Ortskerne. **DK**

Mit großem Ehrgeiz und Wörterbuch

Asylsuchende: Junge Flüchtlinge lernen in der Don Bosco-Berufsschule Deutsch

Würzburg. Im Christentum ist niemand gezwungen, zu fasten. „Und im Islam?“ fragt Andrea Zumbrägel. Neun junge Leute aus der neuen Deutschklasse für Flüchtlinge in der Würzburger Don Bosco-Berufsschule beginnen, auf Deutsch zu diskutieren. „Man muss fasten!“, meint der 16-jährige Daniyal Sayed aus Pakistan. „Nein, das ist freiwillig“, entgegnet Alex aus Afghanistan. Seit diesem Schuljahr gibt es diese Klasse zur Sprachförderung. 18 Flüchtlinge aus der Region nehmen daran teil.

„Es gab in Pakistan große Schwierigkeiten“, erzählt Daniyal. Der Jugendliche gehört den Schiiten, einer islamischen Minderheit an, die in seinem Heimatland verfolgt wird. „Wenn man morgens in die Schule geht, weiß man nicht, ob man nachmittags wieder heil nach Hause kommt“, sagt er. Einige seiner Freunde seien umgebracht worden.

Die schiitischen Forderungen nach einem Militäreinsatz gegen die sunnitischen Angreifer blieb unerfüllt. Viele Schiiten flohen. Auch Daniyals Familie gelang vor zehn Monaten die Flucht nach Deutschland. Im Moment lebt der Jugendliche im Asylantenheim in Aub. Jeden morgen fährt er um sechs Uhr zum Unterricht nach Würzburg. „Im letzten halben Jahr habe ich hier sehr gut Deutsch gelernt“, freut er sich.

Daniyal, der zwei Jahre vor dem Militärputsch in Pakistan zur Welt kam und viel Schlimmes in seinem Heimatland erlebt hat, möchte nicht mehr zurück. Sein Traum es ist, in Deutschland den Beruf des Elektrotechnikers zu

lernen. Dafür strengt er sich enorm an. Seine Deutschfortschritte sind imponierend.

Nichts wäre für ihn schlimmer, als unbeschäftigt zu sein. Er will, wie alle jungen Flüchtlinge, Deutsch lernen und sich berufliche Perspektiven eröffnen. Darauf reagierte die Don-Bosco-Schule als erste Berufsschule in Unterfranken. Seit September 2012 bietet sie berufsschulpflichtigen Flüchtlingen unabhängig von ihrem Status zwei Stunden qualifizierten Unterricht am Tag an. Im kommenden Schuljahr soll diese Initiative mit Unterstützung des Freistaats ausgeweitet werden. So wird auch die Franz-Oberthür-Berufsschule zwei Klassen für Flüchtlinge einrichten. Weitere Klassen soll es in Aschaffenburg und Schweinfurt geben.

Im Unterricht von Deutschlehrerin Andrea Zumbrägel versenkt eine Afghanin mit weißem Haarband den Kopf ins Wörterbuch. Puh, das ist wirklich kompliziert mit der deutschen Grammatik! Andrea Zumbrägel nimmt gerade

das Perfekt durch. „Wie heißt die Perfektform von ‚beten‘?“, fragt sie. „Gebet!“, sagt Daniyal Sayed. Dann klingelt es zur Pause. Die anderen verlassen das Klassenzimmer, doch Daniyal bleibt. Zusammen mit Andrea Zumbrägel geht er verschiedene Papiere durch. Daniyal hofft, dass seine in Pakistan erworbenen Kompetenzen in Deutschland anerkannt werden. Der junge Mann war in einer englischen Privatschule und hat ein sehr gutes Zeugnis. Bisher allerdings wurde nur ein einfacher

Hauptschulabschluss anerkannt.

Weltweit reißt der Flüchtlingsstrom nicht ab. Über 45 Millionen Menschen sind auf der Flucht. In der Region Würzburg leben derzeit 800 Asylsuchende an 14 Standorten. 100 dieser Flüchtlinge sind zwischen 16 und 25 Jahre alt. „Für sie stehen im kommenden Schuljahr 50 Plätze in der Franz-Oberthür-Schule und unserer Einrichtung zur Verfügung“, so Ebert. Das reicht also nicht aus. Der Schulleiter will über das Programm ALPHA+ der EU weitere Mittel für Kurse einwerben. ALPHA+ würde zu 50 Prozent aus dem Europäischen Sozialfonds und zu 20 Prozent vom Kultusministerium finanziert. 30 Prozent hofft Ebert, von der Caritastiftung zu bekommen.

Es ist den Auseinandersetzungen über den Fachkräftemangel

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Thema: „Elektroofenschlacke als Ersatzbaustoff“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

zu verdanken, dass sich der Freistaat inzwischen um berufsschulpflichtige Flüchtlinge kümmert, sagt Ebert. Doch weil die staatlichen Mittel knapp sind, sieht er die Zivilgesellschaft gefordert, ergänzende Angebote in den Unterküften in Würzburg, Kitzingen und Main-Spessart zu organisieren. Aktuell vermitteln 20 Privatpersonen in der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg Deutsch. 50 Erwachsene und 17 Kinder nehmen daran teil. Durch eine Privatspende des Würzburger Bi-

schofs konnte es in diesem Schuljahr weiteren knapp 70 Personen aus der GU ermöglicht werden, die deutsche Sprache zu lernen.
Pat Christ

Liebeserklärung an Schwaben in Buchform

Zu seinem 60-jährigen Jubiläum gibt der Bezirk Schwaben eine „Liebeserklärung an Schwaben“ ab. Der renommierte Augsburger Fotograf Bernd Müller fertigt für den Bezirk Schwaben eine Bilderreise durch die einmalige schwäbische Landschaft zwischen Ries und Allgäu, von Neu-Ulm bis ins Wittelsbacher Land zusammen. Bernd Müller veröffentlicht unter anderem in überregionalen Magazinen und Tageszeitungen. Zudem arbeitet er im Auftrag großer Institutionen, so der Fraunhofer-Gesellschaft und dem Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz.

Beeindruckende Bilderreise

Für den Bezirk Schwaben stellte er eigene Aufnahmen mit wunderschönen Fotografien aus den zehn schwäbischen Landkreisen und vier kreisfreien Städten zu einer abwechslungsreichen Bilderreise zusammen. Aufnahmen von Land und Leuten, Natur- und Stadtleben, Kultur, Tradition und Forschung ergeben ein Kaleidoskop bleibender Eindrücke einer einmaligen Region und Landschaft.

Das schön gestaltete Buch erscheint nun in einer ersten Auflage von 3000 Stück. Es umfasst 104 Seiten. Einen Eindruck davon kann man sich auf der Internetseite www.60-jahre-bezirk-schwaben.de machen. □



Traditionelles Fußballturnier um den Stefan-Röble-Wanderpokal

An den „Landkreisbomben“, der Promi-Fußballmannschaft um Landrat Leo Schrell (unser Bild), führte auch dieses Jahr beim traditionellen Fußballturnier um den Stefan-Röble-Wanderpokal kein Weg vorbei. Zu dominant war die von Stadt- und Kreisrat Walter Fuchsluger betreute Mannschaft. Das Turnier fand dieses Jahr auf dem Sportgelände des FC Weisingen statt. Dabei gewannen die „Landkreisstolperer Günzburg“ im ersten Spiel gegen die „Mondspritzer Donauwörth“ mit 3:1. Im zweiten Spiel besiegten die „Landkreisbomber Dillingen“ die „Mondspritzer Donauwörth“ ebenfalls mit 3:1. Im Endspiel sicherten sich die „Landkreisbomber Dillingen“ schließlich mit einem klaren 4:1 gegen die Günzburger Promi-Elf den Turniersieg. Der Landrat bedankte sich anlässlich des Turniers bei Kurt Mayer, Medlingen, für die Ausstattung der „Landkreisbomber“ mit Aufwärmtrikots. □

Vorschau auf GZ 19
In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 10. Oktober 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:
• Kommunale Energiethemen
• Kommunaler Umweltschutz
• Abfall · Recycling · Altlastensanierung
• Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
• Kommunale Baupolitik
• Kommunalfahrzeuge
• Bestattungswesen · Friedhof

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/6933 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schule
Frauenrograben 73 · 90483 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher/ Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!
Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Software für Behörden

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen
GEVE 4 Gewereregister- & Erlaubniswesen
eArchiv Kompakt DMS
www.edv-ermtraud.de 02635/9224-0

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE
Einzelhandelskonzepte | Auswirkungsanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren
SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
fax: 09123/99 812 96
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

STRASSENBAU:

ELEKTROOFENSCHLACKE ALS ERSATZBAUSTOFF

Elektroofenschlacke – was ist das eigentlich? Wissen wir wirklich, was sich hinter dem Nebenprodukt aus der Stahlerzeugung verbirgt? In Zeiten, in denen das Thema Ressourcenschonung immer wichtiger und wertvoller wird, herrschen oft noch Unklarheiten und Missverständnisse über das Material und dessen Potenzial für einen effektiven Beitrag zum Naturschutz in Bayern.

Die Elektroofenschlacke (EOS) entsteht während der Stahlherstellung im Elektrolichtbogenofen der Lech-Stahlwerke, dem einzigen Stahlwerk in Bayern.

Der Stahl wird aus 100 % Stahlschrott hergestellt und findet anschließend Verwendung vor allem in der deutschen Auto-

mobil- und Bauindustrie sowie im Maschinenbau.

WIE NATÜRLICHE LAVA

Elektroofenschlacke ist dabei ein wichtiger Bestandteil des Herstellungsprozesses, um die hohe Qualität des Stahls zu gewähr-

leisten. Aus den nichtmetallischen Zusatzstoffen sowie den Oxiden der Legierungsstoffe entsteht im Produktionsprozess eine Schlackenschicht auf dem flüssigen Stahl. Diese bewirkt eine energetische Optimierung des Stahlherstellungsprozesses und dient zur Steuerung (sowie Einstellung) der Stahlqualität. In dieser Phase gleicht das flüssige Material natürlicher Lava vulkanischen Ursprungs.

MINERALISCHER STEIN MIT HOHER DICHT

Nachdem die Schlacke vom Stahl in heißem Zustand getrennt wurde, erfolgt dessen Behandlung durch Max Aicher Umwelt. Die flüssige Schlacke wird zum Erkalten in ein Schlackenbeet geschüttet. Folglich erstarrt das zuvor heiße und flüssige Material zu einem mineralischen Stein mit hoher Dichte. Dieser wird in einem aufwändigen Aufbereitungs- und Behandlungsprozess von Restmetallen getrennt, je nach Kundenwunsch gebrochen, gesiebt und in unterschiedliche Größen klassiert.

VIELSEITIG EINSETZBAR

Aufgrund der guten technischen Eigenschaften (PSV- und S/Z-Wert) des Materials kann durch die Aufbereitung der Elektroofenschlacke ein vielseitig einsetzbarer und güteüberwachter Ersatzbaustoff mit dem Produktmarkennamen EloMinit® hergestellt werden. Im Straßenbau kann das Material als Frostschutz- sowie als Schottertragschicht verwendet werden.



Ein Nebelvorhang aus feinst verdüstem Wasser verhindert Staubemissionen beim Verladevorgang zum Abtransport der Elektroofenschlacke vom Schlackenbeet zur Aufbereitungsanlage. Dort wird in einem aufwändigen Behandlungsprozess der güteüberwachte Ersatzbaustoff EloMinit® hergestellt, der für den Straßenbau besonders gut geeignet ist. ©LSW

1. INHALTSSTOFFE VON ELEKTROOFENSCHLACKE

Da die Elektroofenschlacke in der Stahlproduktion der Lech-Stahlwerke maßgeblich an der Stahlqualität beteiligt ist, ergibt sich daraus die Zusammensetzung der Inhaltsstoffe des Materials. Dieses besteht überwiegend aus Metalloxiden, Silizium- und Calcium-Verbindungen wie sie auch in natürlichen Mineralien vorkommen. Bei diesen chemischen Verbindungen handelt es sich um wertvolle Bestandteile, die auch in anderen Bereichen Anwendung finden.

VIELSEITIG EINSETZBAR

So sind einige der in Elektroofenschlacke enthaltenen Oxide beispielsweise in der EU sogar als Lebensmittelzusatzstoff zugelassen. Der Inhaltsstoff Siliziumdioxid ist auch als Quarz bekannt und bildet die Grundlage für

wertvolle Kieselsäure. Des Weiteren sind Metalloxide in der Elektroofenschlacke als



Der güteüberwachte Ersatzbaustoff EloMinit® nach erfolgter Aufbereitung bei Max Aicher Umwelt. ■

Spurenelemente enthalten und deshalb in der Zusammensetzung mit natürlichen Gesteinen wie Basalten vergleichbar.

Ökotoxikologische Untersuchungen der Elektroofenschlacke bestätigen eine gute Umweltverträglichkeit der darin enthaltenen Mineralstoffe. Langzeituntersuchungen des FEhS- Institut für Baustoff-Forschung e. V. zum Auslaugverhalten von EloMinit® haben ergeben, dass keine für die Umwelt nachteiligen Auslaugungen in den Boden gelangen, bzw. für das Grundwasser entstehen. Weitere Versuche in Labor und Praxis sowie realisierte Baumaßnahmen seit über 20 Jahren haben gezeigt, dass Elektroofenschlacke hinsichtlich ihrer technischen Eigenschaften hervorragend als Baustoff für den Straßenbau geeignet ist.

2. QUALITÄTSMANAGEMENT

Qualitätsmanagement wird bei Max Aicher Umwelt sehr groß geschrieben. Entsprechende Zertifizierungsaudits wer-

den regelmäßig für alle Tätigkeitsbereiche durchgeführt. Zusätzlich erfolgt für EloMinit® eine werkseigene Produktionskontrolle (WPK) nach TL Gestein-StB 04 (Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau) sowie TL SoB-StB 04 (Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau).

ÜBERWACHUNGSRHYTHMEN

Hierfür gibt es vorgegebene, definierte Überwachungsrythmen, die im WPK-Handbuch festgeschrieben sind. Beispielsweise wird EloMinit® für Frostschutzmaterial alle 5.000 Produktionstonnen überprüft. Diese Produktionskontrolle wird im regelmäßigen Audit des Qualitätsmanagements sowie durch Fremdüberwachung von unabhängigen Instituten begutachtet. Über die üblichen Kontrollen nach den TL Gestein-StB hinaus wird EloMinit® außer-



Die Produktion von EloMinit® wird qualitativ streng überwacht. Die bautechnischen Eigenschaften sind denen von natürlichen Materialien sehr ähnlich. ■

dem entsprechend den RAL-Bestimmungen für Eisenhüttenschlacken durch unabhängige Institute fremdüberwacht. ■



EINBAU VON ELOMINIT® IM STRASSENBAU

Aufbereitete Elektroofenschlacke weißt aufgrund der einzigartigen Kornform außergewöhnliche bautechnische Eigenschaften auf und findet daher im anspruchsvollen Straßenbau unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten. Der Einsatz von EloMinit® anstatt von natürlichen Materialien ermöglicht nicht nur einen verbesserten und hochwertigen Straßenoberbau, sondern bietet gleichzeitig für den Bauherrn die Möglichkeit zu Kosteneinsparungen.

Stark befahrene Straßen, wie beispielsweise Bundesstraßen oder Autobahnen, werden durch den täglichen Verkehr immer stärker beansprucht. Die Funktionalität dieser Straßen und der bayerischen Infrastruktur sind essentielle Elemente der wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bayern.

Daher sind die Belastbarkeit der Straßen sowie deren Funktionalität und Langlebigkeit für die Wirtschaft wie auch für jeden einzelnen Bürger von hoher Bedeutung. Die Verwendung von EloMinit® beim Bau von hochfrequentierten und beanspruchten Straßen unterstützt deren Langlebigkeit. Das Material weist hervorragende bautechnische Eigenschaften auf und besitzt unter anderem folgende Vorzüge im Vergleich zu natürlichen Materialien:

- Deutlich höhere Rohdichte mit 3,7 - 3,8 g/cm³
- Raue und poröse Oberflächenstruktur (verbesserte Haftfähigkeit und Affinität zu Bitumen)
- Niedriger Schlagzertrümmerungswert, damit hohe Festigkeit
- Hohe Polierresistenz durch ständige Regenerierung der rauen Oberfläche
- Erhöhter Verformungswiderstand
- Relativ dunkle Färbung - trotzdem günstiges Temperaturverhalten
- Hoher Widerstand gegen Frost- und Tausalzbeanspruchung

EloMinit® kann im Straßenbau vielseitig eingesetzt werden. Der Einsatz in ungebundener Form eignet sich für die Frostschuttschicht sowie die Schottertragschicht im Straßenoberbau. In gebundener Form kann das Material im Asphalt zum Einsatz kommen.



Beispielhafter Aufbau des Straßenoberbaus mit Kennzeichnung der Einsatzmöglichkeiten für EloMinit®

1. ASPHALT

EloMinit® kann in gebundener Form im Asphalt eingesetzt werden, dessen Schichten sich gemäß den „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen“ (RStO 12) ergeben. Der Einsatz von aufbereiteter Elektroofenschlacke in offenporigen Asphalttschichten (OPA) wird derzeit u. a. im Rahmen des Verbundprojektes LeiStra3 (Leiser Straßenverkehr 3) der Bundesanstalt für Straßenwesen, an dem Max Aicher Umwelt beteiligt ist, getestet und erprobt. Ein Teil dieses Projektes be-

fasst sich mit der Entwicklung leiser Straßenbeläge um Straßen- und Verkehrslärm zu minimieren. Durch den Einsatz von Körnungen mit wenig Sandanteil entstehen im Asphalt strukturierte Hohlräume, die Reifenabroll- sowie Motorengeräusche minimieren.

EIGNUNGSPRÜFUNG

Im Asphalt ist EloMinit® ebenso eine Gesteinskörnung wie natürliche Materialien,

die den Vorgaben der TL Gestein-StB unterliegt. Für jede Asphaltmischung muss eine entsprechende Eignungsprüfung durchgeführt werden, der eine bestimmte Rezeptur (Anteile der verwendeten Gesteinsbaustoffe inkl. Bindemittelmenge) zugrunde liegt. Solche Asphaltmischungen können, je nach Eignung, vollständig (mit Ausnahme von Füller und Bindemittel, sowie anderen Zusätzen wie z. B. Zellulosefasern bei Splittmastixasphalt - SMA) aus EloMinit® hergestellt werden.

2. SCHOTTERTRAGSCHICHT

Durch den Einsatz einer Schottertragschicht (STS) kann die Einbaustärke der gebundenen Asphalttragschicht reduziert und somit Kosten gespart werden. Daher werden an die Schottertragschicht deutlich höhere Anforderungen gestellt, als an herkömmliches Frostschutzmaterial (FSM).

Für die eingesetzten Baustoffe in der Schottertragschicht ist die Gleichmäßigkeit der Produktion insgesamt und damit auch die Kontinuität der Korngrößenverteilung nach TL SoB-StB 04 nachzuweisen.

Dazu muss die STS nach einer Rezeptur im Zentralmischverfahren (mit Dosseur)

aus mindestens drei Einzelfractionen (mind. eine feine Gesteinskörnung und mind. zwei grobe Gesteinskörnungen mit Größtkorn bis 32 mm - aus Bekanntmachung OBB vom 20. 06. 2008) hergestellt werden. Die Schottertragschicht darf nicht zwischengelagert werden sondern muss nach der Herstellung auf die Baustelle verbracht und direkt eingebaut werden.



Der Einsatz von EloMinit® in der Schottertragschicht in ungebundener Form. ■

LIEFERANTENTYPISCHER SIEBDURCHGANG

Der Hersteller von STS muss seinen „lieferantentypischen Siebdurchgang“ angeben. Die Bandbreite hinsichtlich der Abweichungen von diesem „lieferantentypischen Siebdurchgang“ ist deutlich geringer als bei herkömmlichem Frostschutzmaterial. Somit werden die erforderliche Gleichmäßigkeit der Produktion und die Kontinuität der Korngrößenverteilung sichergestellt.

3. FROSTSCHUTZSCHICHT

Die Frostschutzschicht ist der untere Bestandteil des Straßenoberbaus und liegt als ungebundene Tragschicht direkt oberhalb des Planums. Neben ihrer Eigenschaft als tragfähiger Baustoff muss die Frostschutzschicht auch zur Sicherheit des gesamten Straßenaufbaus gegen Frost beitragen. Während der sich jährlich wiederholenden Frost- und Tauperioden kann es zu Schäden der Fahrbahnkonstruktion durch eindringendes Wasser kommen.

DEFINIERTER FEINKORNANTEIL

Diese Frostschäden werden durch einen zu hohen Feinkornanteil (Korngröße < 0,063 mm) innerhalb der ungebundenen Tragschicht verursacht, da sich das beim Gefrieren kristallisierende Porenwasser

unter diesen Bedingungen nicht schadlos ausdehnen kann. Somit kommt es zu einer Volumenzunahme und insgesamt zu Hebungen der Konstruktion. Um solche Schäden zu

vermeiden, darf der Feinkornanteil des Frostschutzmaterials ein bestimmtes Maß nicht überschreiten. EloMinit® erfüllt diese Anforderungen.



EloMinit® erfüllt die Anforderungen für die Verwendung als Frostschutzschicht im Straßenbau. ■



Die Aufbereitungsanlage von Max Aicher Umwelt, in der aus Elektroofenschlacke der güteüberwachte Ersatzbaustoff EloMinit® hergestellt wird.

4. ERFAHRUNGSBERICHTE

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet zur vorrangigen Verwendung von Sekundärrohstoffen, bevor natürliche Ressourcen zum Einsatz kommen. Dies wird auch in aktuellen Regelwerken besonders betont.

Gegensätzlich zu der weit verbreiteten Meinung, Elektroofenschlacke sei ein ungeeigneter Ersatzbaustoff für den Straßenbau, sprechen Bauunternehmen und Institute, die bereits mit dem Material gearbeitet haben, sehr positiv über die Verwendung von EloMinit®.

VERMEHRTER EINSATZ VON RECYCLINGBAUSTOFFEN GEFORDERT

Stefan Schmidmeyer (Geschäftsführer, Baustoff Recycling Bayern e.V.):

„Der gesellschaftliche und teils politische Widerstand gegen die Deponierung

sowie die Verfüllung von mineralischen Abfällen und auch gegen den Abbau von Primärrohstoffen wie Sand, Kies und Gestein auf der einen Seite, andererseits aber auch die immer geringere Verfügbarkeit von natürlichen Rohstoffen und ausreichendem Deponieraum birgt für die bayerische Bauwirtschaft enorme Risiken. Eine bezahlbare Entsorgung von mineralischen Abfällen und auch eine zuverlässige Versorgung mit Baustoffen kann so auf Dauer sicher nicht mehr gewährleistet werden. Nur durch den vermehrten Einsatz von Recyclingbaustoffen und industriellen Nebenprodukten, wie z. B. Elektroofenschlacken im Straßenbau, können wir dieser

Entwicklung entgegenwirken. Durch den Aufbereitungsprozess, begleitet durch eine ständige Qualitätssicherung, werden bautechnisch hochwertige Baustoffe produziert und definierte Rahmenbedingungen und Einbaumöglichkeiten gewährleisten deren Umweltverträglichkeit. Durch den verstärkten Einsatz dieser Sekundärrohstoffe können wir den Verbrauch unserer natürlichen Ressourcen reduzieren, den mit dem Rohstoffabbau einhergehenden Flächenverbrauch eindämmen und Deponiekapazitäten einsparen. Gerade die öffentliche Hand als größter Auftraggeber der Bauwirtschaft ist angehalten, die ökologischen und vor allem ökonomischen Poten-

tiale dieser Baustoffe intensiv zu nutzen und deren Einsatz gezielt zu fördern.“

IN WEITEN TEILEN BAYERNS IST DER EINSATZ MÖGLICH

Prof. Dr. Günter Schuler

(Geotechnisches Büro Prof. Dr. Schuler und Dr. Ing. Gödecke):

„Der Einbau von EloMinit® im Straßenbau ist gemäß den in Abschnitt 3 beschriebenen ‘Umweltfachlichen Kriterien zur Verwendung von EOS’ aus geologischer und hydrogeologischer Sicht in weiten Teilen Bayerns möglich. Ungeeignet sind i. A. Gebiete mit oberflächennahem Grundwasser, wie es hauptsächlich in quartären Talschottern und -sandten auftritt, wie auch Karstgebiete des Frankenjura und des Muschelkalks. Besonders günstige Bedingungen liegen i. d. Regel in den Tertiärgebieten südlich der Donau und in den Keuper-Tonschichten Nordbayerns vor.“

Dr.-Ing. Thomas Merkel

(Geschäftsführer, Fachverband Eisenhüttenschlacken e. V., Duisburg):

„In vorindustrieller Zeit wurde im Zuge der Metallerzeugung ein zähes Gemisch aus Metall und Gestein erzeugt, bei dem die Gesteinsanteile durch Schlagen und Schmieden vom Metall abgetrennt werden mussten. Von diesem Schlagen leitet sich letztlich auch der Begriff ‘Schlacke’ ab. Im Zuge der Entwicklung der metallurgischen Prozesstechnik hat sich die Bedeutung der Schlacke jedoch entscheidend geändert: Bei den modernen metallurgischen Verfahren fungiert Schlacke als gezielt eingestelltes Reaktionsmittel, an das höchste Ansprüche gestellt werden. Gleichzeitig verlor die Schlacke auch den Charakter eines lästigen Abfalls, und wurde als wertvolles Nebenprodukt erkannt, welches neben dem Hauptprodukt ‘Metall’ erzeugt wird.“

Der Einsatz von Hochofenschlacke im Bauwesen ist seit über 150 Jahren dokumentiert. Dagegen war der Absatz von Stahlwerksschlacke lange Zeit auf die Verwendung als Düngemittel fokussiert. Ansonsten erfolgte - neben der Verwendung als

einfaches Schüttmaterial - insbesondere eine werksinterne metallurgische Nutzung als Kalk- und Eisenträger. Die Verwendung als Baustoff dagegen hat erst in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 etwa 13,4 Mio. t Eisenhüttenschlacke erzeugt. Neben der Verwendung des Hüttensands als Hauptbestandteil von Normzementen wird sie zum überwiegenden Teil als Gesteinskörnungen und Baustoffgemische im Straßen-, Wege- und Erdbau eingesetzt. Die insgesamt erreichte Verwendungsquote liegt seit vielen Jahren über 95 % der jeweils erzeugten Menge - damit gehört Eisenhüttenschlacke zu den industriellen Nebenprodukten mit den höchsten Nutzungsraten.

POSITIVE ERFAHRUNGEN

Aufgrund der jahrzehntelangen guten Erfahrung ist zu beobachten, dass die technischen Eigenschaften der Gesteinskörnungen und Baustoffgemische aus Eisenhüttenschlacke seitens der einbauenden Firmen sehr geschätzt werden. Die kubische Kornform und raue Oberfläche garantieren beispielsweise eine hohe Tragfähigkeit beim Bau von Tragschichten ohne Bindemittel, die sich auch bei ungünstigen Witterungsbedingungen problemlos einbauen und direkt befahren lassen. Auch Asphaltdecken unter Verwendung von Eisenhüttenschlacke weisen einen hohen Verformungswiderstand auf sowie - bei Verwendung in Deckschichten - eine sehr gute Griffbarkeit. Die positiven Erfahrungen bewirken, dass Eisenhüttenschlacke heute im Regelwerk für den Straßenbau gleichberechtigt neben den Naturgesteinen behandelt wird, sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene.“

Dr. Wolf D. Karl

(Hauptgeschäftsführer RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung):

„Das System der RAL Gütesicherung wird seit 1925 von RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung im Produkt- und Dienstleistungsbereich be-

trieben. Zurzeit gibt es über 160 RAL Gütezeichen mit 130 Gütegemeinschaften. In der Regel geht die Initiative für ein neues RAL Gütezeichen von interessierten Kreisen der Wirtschaft aus, die bei RAL einen Antrag auf eine Gütesicherung stellen. Nach Feststellung, dass es zu diesem Produkt oder dieser Dienstleistung kein RAL Gütezeichen gibt, werden die Güte- und Prüfbestimmungen erarbeitet.“

ANERKENNUNGSVERFAHREN

Danach wird unter Federführung von RAL das RAL Anerkennungsverfahren eingeleitet, in das die von der Gütesicherung tangierten Verbände, Behörden, Prüfstellen usw. eingeschaltet werden. Nach dessen erfolgreichem Abschluss erkennt RAL die Gütesicherung, das RAL Gütezeichen und die Gütegemeinschaft an. Sie wird Mitglied im RAL und vergibt von nun an das Gütezeichen. Unternehmen, die die strengen Güte- und Prüfbestimmungen erfüllen, dürfen das jeweilige RAL Gütezeichen führen und unterwerfen sich freiwillig einer stetigen Eigen- und Fremdüberwachung durch unabhängige externe Prüfer. Dies überwacht in der Gütegemeinschaft ein Güteausschuss, dem neben Unternehmen Vertreter neutraler Institutionen angehören können. Auch die bei der Lech-Stahlwerke GmbH erzeugte Elektroofenschlacke wird auf Basis der Güte- und Prüfbestimmungen der Gütegemeinschaft Eisenhüttenschlacke überwacht.

ZUVERLÄSSIGKEIT DER GÜTEZEICHEN

Die Zuverlässigkeit der Gütezeichen ist für die Wirtschaft und die öffentlichen Auftraggeber ein besonderer Vorteil. Da die Produkte und Leistungen die Güte- und Prüfbestimmungen sicher erfüllen, können Auftraggeber auf aufwändige Vor- und Nachprüfungen verzichten. Diese Zuverlässigkeit der Gütesicherung ist auch ein Grund dafür, dass diese in öffentlichen Ausschreibungen dazu genutzt wird, Ausschreibungs- und Vergabeverfahren zu vereinfachen.“

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN EINBAU VON ELEKTROOFENSCHLACKE IM STRASSENBAU

Bei der Verwendung von EloMinit® sind behördliche Auflagen und Rahmenbedingungen zu erfüllen. In Bayern sind hierfür die „Umweltfachlichen Kriterien zur Verwertung von Elektroofenschlacke (EOS)“ des Bayerischen Landesamtes für Umwelt maßgeblich.

Für den Einbau von Elektroofenschlacken existieren in Deutschland behördliche Sichtweisen und Anforderungen, die sich je nach Bundesland stark voneinander unterscheiden. In Bayern wird EloMinit® als Abfall kategorisiert, anders als beispielsweise in Baden-Württemberg, wo das Material Produktstatus innehat. Aufgrund dieser starken Unterschiede, wird an einer länderübergreifenden Regelung zur Verwertung mineralischer Abfälle und Nebenprodukte gearbeitet. Wann diese Bundesregelung in Kraft treten wird, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

UMWELTFACHLICHE KRITERIEN ZUR VERWERTUNG VON ELEKTROOFENSCHLACKE

Bis Inkrafttreten dieser Bundesregelung gelten in Bayern die „Umweltfachlichen Kriterien zur Verwertung von Elektroofenschlacke (EOS)“, deren aktuelle Fassung von März 2013 durch das Bayerische Landesamt für Umwelt veröffentlicht wurde. Für den Einsatz von EloMinit® in Bayern sind diese zu berücksichtigen. Ausnahmen hiervon oder

der Einsatz für andere Verwendungszwecke bedürfen einer separaten Genehmigung der zuständigen Behörden. Max Aicher Umwelt garantiert die chemische und bautechnische Eignung von EloMinit® gemäß dieser Vorschrift (<= Z. 2).

EINZELFALLGENEHMIGUNG

Die „Umweltfachlichen Kriterien zur Verwertung von EOS“ setzen fest, dass es für alle Verwendungszwecke einer Einzelfallgenehmigung der für die Baumaßnahme zuständigen Behörden bedarf.

Ein ungebundener Einsatz von EloMinit®, wie beispielsweise in der Frostschutz- und Schottertragschicht, ist gemäß dem Regelwerk möglich, wenn ein Kontakt zwischen Niederschlags- und Oberflächenwasser mit dem eingebauten Material dauerhaft ausgeschlossen werden kann. Dies wird im Straßenbau durch wasserundurchlässige Deckschichten (z.B. Asphaltbelag, Betondecke) erreicht.

Der Einsatz von EloMinit® ohne überdeckende wasserundurchlässige Deckschicht darf

nur in hydraulisch oder mit Bitumen gebundener Form erfolgen, wie beispielsweise in den Asphaltsschichten des Straßenoberbaus. Ferner wird der einzuhaltende Mindestab-

LECH-STAHLWERKE GMBH

Die Elektroofenschlacke, die bei Max Aicher Umwelt zu dem Ersatzbaustoff EloMinit® verarbeitet wird, stammt aus der Stahlherstellung der bayerischen Lech-Stahlwerke GmbH in Meitingen bei Augsburg. Hier wird neben Betonstahl vor allem Qualitäts- und Edelbaustahl hergestellt, der in der Automobilindustrie weiterverarbeitet wird. Für die Lech-Stahlwerke, welche 1970 gegründet wurden, arbeiten ca. 720 Mitarbeiter um eine Jahreskapazität von etwa 1,1 Mio. Tonnen Stahl herzustellen. ■

stand zwischen EloMinit® und dem höchst zu erwartenden Grundwasserstand mit zwei Metern geregelt. Beträgt der Grundwasserabstand weniger als drei Meter, so ist eine 30 cm starke kapillarbrechende Schicht einzubringen. Hierzu ist eine hydrogeologische Beurteilung des Einbauortes durch die zuständigen Fachbehörden erforderlich.

KEIN EINSATZ IN WASSERSCHUTZGEBIETEN

Nicht zulässig ist der Einbau von EloMinit® in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten, Wasservorranggebieten, ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten und in Karstgebieten ohne ausreichende Überdeckung. Zusätzlich gelten die bundesweiten Regelungen TL Gestein-StB 04, TL SoB-StB 04, TL BuB E-StB 09 sowie das MTSE für den Einsatz von EloMinit® im Straßenbau. ■



Für den Einbau von EloMinit® im Straßenbau sind in Bayern die „Umweltfachlichen Kriterien zur Verwertung von Elektroofenschlacke (EOS)“ zu berücksichtigen. ■

RESSOURCENSCHONUNG DURCH SEKUNDÄRROHSTOFFE

Es ist an der Zeit, auf industrielle Nebenprodukte und Recyclingmaterialien zurückzugreifen, anstatt endliche Rohstoffe abzubauen. Auch das Kreislaufwirtschaftsgesetz ruft dazu auf, unvermeidbare Abfälle vorrangig einer Verwertung zuzuführen. Durch die vielseitigen Anwendungsbereiche kann durch den Einsatz von EloMinit® ein wichtiger Beitrag zur Schonung von Ressourcen geleistet werden

Im Straßenbau wird meist auf natürliche Materialien zurückgegriffen, wie Kies oder Basalt. Naturstein wird in Steinbrüchen z.B. durch Sprengungen abgebaut, Kies wird in Kiesgruben gewonnen. Diese Maßnahmen hinterlassen ein zerstörtes Landschaftsbild und vernichten die natürlichen Lebensräume von Tieren und Pflanzen. Zusätzlich sind Kies und Sand regional nur begrenzt verfügbar. Durch den Einsatz von EloMinit® als Straßen-, Erd- und Industriebaustoff werden natürliche Ressourcen geschont und intakte Naturlandschaften bleiben erhalten.

VERANTWORTUNGSVOLLER UND SCHONENDER UMGANG MIT NATÜRLICHEN RESSOURCEN

Verantwortungsvoller und schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen ist eine Grundbedingung für aktiven Umweltschutz



Die Verwendung von EloMinit® schützt natürliche Ressourcen sowie die Lebensräume von Mensch und Tier.

und zwingt uns weltweit zum Umdenken. Deshalb engagiert sich Max Aicher Umwelt für die nachhaltige Kreislaufwirtschaft und entwickelt Lösungen gemäß dem Leitmotiv „Verwerten statt Entsorgen“. Elektroofenschlacke wird hier zu einem güteüberwachten Ersatzbaustoff mit hochwertigen bauphysikalischen Eigenschaften aufbereitet, die von Naturstein oft nicht erreicht werden können. Der daraus resultierende Mehrwert bei der Langlebigkeit der Bauwerke ist ein weiterer Vorteil zum Einsatz von ressourcenschonenden Ersatzbaustoffen, der zum Schutz unserer Umwelt beiträgt.

VERPFLICHTUNG IM KREISLAUFWIRTSCHAFTSGESETZ

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz nimmt den Gedanken der Ressourcenschonung auf und verpflichtet zur Verwendung von

Sekundärrohstoffen bevor natürliche Rohstoffe eingesetzt werden. Anstatt Materialien wie Basalt, der nicht in jeder Region Bayerns vorhanden ist, auf langen Verkehrswegen zum Einsatzort zu fahren, sollte vermehrt auf regional verfügbares Material

MAX AICHER UMWELT

Max Aicher Umwelt ist ein Unternehmen der Max Aicher Unternehmensgruppe und hat sich auf die Verwertung von Reststoffen sowie die Aufbereitung und Verwertung von Elektroofenschlacke spezialisiert. Mit mehr als 25 Mitarbeitern ist das Unternehmen an 2 Standorten in Bayern tätig. In der Niederlassung in Meitingen bei Augsburg erfolgt die Verwertung von Elektroofenschlacke für das einzige Stahlwerk in Bayern. Dabei werden jährlich über 150.000 t Elektroofenschlacke aufbereitet und verwertet.

zurückgegriffen werden. Die Lage der Aufbereitungsanlage für Elektroofenschlacke in der Nähe von Augsburg liegt zentral in Bayern. Durch den Einsatz von EloMinit® könnten Transport-, Energie- und Anschaffungskosten reduziert werden. Das Bewusstsein für regionale und umweltschonende Produkte ist auch in der Verwaltung und der Industrie dringend erforderlich. Denn der Einsatz von Ersatzbaustoffen schont natürliche Ressourcen und erhält unser aller Lebensraum.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
Redaktion: Anna Mooser
Fotos: Max Aicher Umwelt GmbH,
 Lech-Stahlwerke GmbH, FEHS e.V., Martin Köppl
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg